



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsschutz

Wissenschaftliche Ausbildung

4 | 2015



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

„Was soll denn dieses ganze Studieren und Akademisieren im Bevölkerungsschutz?“ war eine Fragestellung, die ich noch vor einigen Jahren aus Kreisen der Fach-Community des Zivil- und Katastrophenschutzes, aus öffentlichen Verwaltungen sowie aus den Hilfsorganisationen deutlich gehört habe. Dort war man lange der Auffassung, dass Bevölkerungsschutz im Wesentlichen durch zupackende Hände



Dr. Wolfram Geier ist Leiter der Abteilung II „Risikomanagement, Internationale Angelegenheiten“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

und weiterentwickelt wurden, tat man sich hierzulande mit diesem Qualifikationsschritt für künftige Führungskräfte schwer. Erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts etablierten sich erste Studiengänge in Köln, Bonn, Hamburg, Magdeburg, Bremen, Wuppertal und Berlin, um nur einige Hochschulorte zu nennen, an denen heute in rund 100 Bachelor-, Master- oder Diplomstudiengängen im Bereich Sicherheit, Gefahrenabwehr, Risiko- und Katastrophenmanagement aus- und weitergebildet wird. Was sind Ursachen für diesen akademischen „Dammbruch“, der nun auch bei uns stattgefunden hat? Zum einen bedingen neue, teils globale Risiken und Gefahren einen wissenschaftlich basierten inter- und transdisziplinären Umgang bei der Detektion, Analyse und Bewertung dieser Risiken und Gefahren ebenso wie bei der Umsetzung von präventiven, vorsorgenden und abwehrenden Maßnahmen. Zum anderen erfordern das Generieren und zielgerichtete Verarbeiten von enormen Informations- und Wissensmengen rund um die Erforschung bedrohlicher Risiken völlig andere Voraussetzungen von den Akteuren und Operateuren auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Die Komplexität und die mit ihr in

einsatzerprobter und praxisnah ausgebildeter Einsatz- und Führungskräfte gewährleistet und „Studieren“ eine unnötige Überqualifikation sei. Während in den angelsächsischen Ländern bereits ab den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entsprechende Studiengänge und akademische Weiterbildungsangebote für zukünftige oder amtierende Notfallplaner, Manager und Führungskräfte des Katastrophenschutzes in der Verwaltung und den Einsatzorganisationen angeboten

Zusammenhang stehende Vulnerabilität der ganzen Welt inklusive international vernetzter Hightech-Gesellschaften erzwingt die quasi „historische“ Forderung des Katastrophenforschers Wolf R. Dombrowsky, im heute benötigten Risiko- und Katastrophenmanagement endgültig Abschied von Denk- und Handlungsstrukturen des „Dampfkesselexplosions-Zeitalters“ zu nehmen.

Um das Jahr 2000 kamen an der Bonner Universität auf Initiative von Richard Dikau und dem damaligen Leiter der AKNZ, Dietrich Löpke, Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und Einrichtungen sowie erfahrene Praktiker aus dem Bevölkerungsschutz zusammen, um mit inter- und transdisziplinären Überlegungen für neue Studienangebote, die an den Prozesskreislauf des Risiko- und Katastrophenmanagements angelehnt sein sollten, Breschen in den Damm zu schlagen. 2006 ist u. a. daraus in Kooperation mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ein bis heute einmaliger Weiterbildungsstudiengang zur Katastrophenvorsorge und zum Katastrophenmanagement (KaVoMa) entstanden, dessen zehnter Jahrgang 2015 personenstärker denn je gestartet ist. Mittlerweile sind die kritischen Stimmen gegen die Akademisierung im Bevölkerungsschutz verstummt, zahlreiche Absolventen von einschlägigen Studiengängen sind zielgerichtet in ihrem beruflichen Umfeld angekommen und leisten wertvolle Beiträge bei der Fortentwicklung eines integrierten Risiko- und Katastrophenmanagements in Behörden und Organisationen des Bevölkerungsschutzes sowie im Sicherheitsmanagement von Wirtschaftsunternehmen. Was ein Studiengang wie KaVoMa für Studierende, Absolventen und Arbeitgeber bedeuten kann und welche Weiterentwicklungsoptionen für diese Studiengänge in der Zukunft gesehen werden, erfahren Sie in dieser Ausgabe von [Bevölkerungsschutz](#).

Fruchtbare Erkenntnisse und viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Dr. Wolfram Geier



WISSENSCHAFTLICHE AUSBILDUNG

Unbedingtes Neuland	2
Vernetzt denken – vernetzt handeln Der berufsbegleitender Masterstudiengang KaVoMa	3
10 Jahre KaVoMa Interview mit Christoph Unger (BBK) und Professor Dr. Lothar Schrott (Uni Bonn)	5
Katastrophenrisikomanagement in der Weiterbildung an Hochschulen – Strategische Herausforderungen	10
Perspectives on Higher Education in Risk and Disaster Reduction	15
Der Studiengang KaVoMa aus Sicht der AKNZ	17
Vielfältiger Studiengang Zwei beispielhafte Masterarbeiten aus dem Studiengang	18
„Die breite Ausrichtung hat sofort mein Interesse geweckt“ Vier Fragen an Absolventen und (Noch)Studierende	22

EHRENAMT

Herausforderung für das Ehrenamt Gegenwärtige Entwicklungen im Katastrophenschutz aus Sicht der Trägerorganisationen und Behörden in Schleswig-Holstein	28
--	----

KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Städtische Stromversorgung während eines langanhaltenden Stromausfalles	32
--	----

SOCIAL MEDIA

Soziale Medien in Krisen- und Katastrophensituationen Ein Vergleich zwischen Deutschland, Norwegen und Frankreich	35
---	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	40
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	42
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	43
Deutscher Feuerwehrverband	45
Deutsches Rotes Kreuz	47
Johanniter-Unfall-Hilfe	49
Maltenser Hilfsdienst	51
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	52

RUBRIKEN

Nachrichten	54
Impressum	56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Unbedingtes Neuland

Richard Dikau

Mit Beginn des Wintersemesters 2015 / 16 hat der 10. Jahrgang des Masterstudienganges „Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement“ (KaVoMa) sein Studium aufgenommen. Erste Ideen und Überlegungen zu dieser Form eines universitären Studienganges entstanden sechzehn



Prof. Dr. Richard Dikau.
(Foto: privat)

Jahre zuvor im Rahmen des wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge (DKKV). Der Aufbauprozess war kompliziert und langwierig, da hier eine inhaltliche und rechtliche Kooperation einer politischen Behörde des Bundes mit einer Universität aufgebaut werden sollte, die für alle Beteiligten unbedingtes Neuland darstellte. Als Gründungsleiter und langjähriger Sprecher des Studienganges möchte ich an dieser Stelle allen Akteuren für ihre Sachkenntnis, Geduld und Ausdauer ausdrücklich danken. Dass wir den Studienbetrieb aufnehmen konnten ist ihr Verdienst.

KaVoMa ist ein Studiengang der beruflichen Weiterbildung. Unser Curriculum bietet also keine fachliche Ausbildung oder Fortbildung, etwa im Rettungsdienst- oder Polizeiwesen. Die thematische Konzeption des Studien-

ganges basiert auf einem generalistisch-pluralistischen Ansatz. Er gründet sich auf der Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Katastrophenvorsorge nur erreicht werden kann, wenn Versäulungen im Denken und Handeln erkannt und beseitigt werden. Die Dozierenden des Studienganges beleuchten daher die Themensetzungen von Katastrophenvorsorge und -management aus verschiedensten Sichtweisen und disziplinären Ansätzen. Es ist nicht unüblich, dass Studierende zum ersten Mal in ihrem beruflichen Leben etwas über die Existenz und Relevanz etwa der psychologischen Risikowahrnehmung, der technischen Hochwasservorhersage oder der Kommunikationsprozesse im Katastrophenfall erfahren. Diese Erfahrung kann sehr schmerzhaft sein, zeigt sie doch die Beschränktheit des eigenen Wissens. Darüber hinaus sind KaVoMa-Studierende beruflich ausgewiesene Spezialisten, sodass sie sich auf fachlicher Augenhöhe mit spezialisierten Themen des Curriculums befinden können. Deshalb wird von allen Beteiligten ein reifer und den Studiengang stärkender sozialer und fachlicher Umgang erwartet. Persönlichkeitsentwicklung durch Bildung und das Erkennen und Erlernen der Pluralität des Problems sind daher zentrale Anliegen des Studienganges.

Ich bin der Auffassung, dass Bildung einen zentralen Bestandteil des Bevölkerungsschutzes darstellt, ja dass Bildung sogar der zentrale Schlüssel ist, um die Grundlage für risikoreduzierendes Handeln zu legen. KaVoMa bildet daher eine Komponente einer zu entwickelnden nationalen Strategie der Bildung als Katastrophenvorsorge. Sie verlangt neue Curricula in den Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen unserer Gesellschaft. Jedoch sind Veränderungen in der Katastrophenvorsorge nur zu erreichen, wenn das theoretische Wissen mit der Einübung praktischen Handelns und dem individuellen Verhalten verbunden wird. Diese Erkenntnis in die Zivilgesellschaft zu tragen ist sicherlich eine zentrale Aufgabe des Studienganges. In diesem Sinne wünsche ich dem Weiterbildungsstudiengang KaVoMa eine erfolgreiche Zukunft.

Univ.-Prof. Dr. Richard Dikau, geb. 1950, Professur für Geomorphologie am Geographischen Institut der Universität Bonn, war bis 2014 Sprecher des Weiterbildungsstudienganges KaVoMa; aktuelle Forschungsgebiete: Hochgebirgsprozesse, Naturgefahren, Naturrisiken, Naturphilosophie. Veröffentlichung: Dikau & Weichselgartner, 2005, Der unruhige Planet. Der Mensch und die Naturgewalten. Darmstadt.

Vernetzt denken – vernetzt handeln

Der berufsbegleitende Masterstudiengang Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement (KaVoMa) an der Universität Bonn

Gabriele Hufschmidt und Lothar Schrott

Der Studiengang richtet sich an Berufstätige, die auf der Grundlage ihrer bisherigen – teilweise sehr spezialisierten – Ausbildung und Berufserfahrung vertiefende sowie neue

ständige, reflektierte Handeln in Bezug auf Problemstellungen und Aufgabenfelder des Bevölkerungsschutzes gemeint ist. Hierzu zählen verschiedene Kompetenzbereiche



Abb. 1: Sechster KaVoMa-Jahrgang: Vielfalt der Risikosichten.

Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich des Katastrophenmanagements erwerben möchten. Die gewonnenen Expertisen und Kompetenzen helfen ihnen, Lösungen für bereits bekannte und neue Problemstellungen der Berufspraxis zu finden. Diese Problemfelder finden sich in den Phasen des sogenannten „Katastrophenkreislaufs“, der die Vorsorge (Vorbeugung, Vorbereitung), die Bewältigung von Krisen und Katastrophen sowie den Wiederaufbau umfasst.

KaVoMa ist durch einen stark fächerübergreifenden, integrativen Charakter gekennzeichnet. Das Studium zeigt Sichtweisen aus ganz unterschiedlichen Disziplinen und Berufsfeldern, was auch in den Berufs- und Lebenswegen der Teilnehmer/-innen widerspiegelt wird. Viele Begriffe im Risiko- und Katastrophenkontext werden in Theorie und Praxis teilweise nicht einheitlich verwendet – wichtig ist hierbei, diese Unterschiede zu erkennen (Abb. 1). Ein übergeordnetes Ziel des Studienganges ist die Weiterentwicklung der Handlungskompetenz, womit das selbst-

wie die Fach- und Methodenkompetenz, aber auch Schlüsselkompetenzen wie die Interaktion in sehr heterogenen Gruppen oder Entscheidungsfindung (auch unter Stress).

Entsprechend der integrativen Zielsetzung des Studienganges deckt der Teilnehmer- und Dozentenkreis ein breites Spektrum ab. So sind z. B. Teilnehmer/-innen aus der Verwaltungswissenschaft oder der Humanmedizin vertreten (Abb. 2). Sie arbeiten in der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung oder dem präklinischen und klinischen Bereich des Gesundheitswesens (Abb. 3). Auch die ca. 40 KaVoMa-Dozentinnen und -Dozenten sind in verschiedenen Fachbereichen ausgebildet und in Universitäten und an Fachhochschulen, Behörden, Organisationen und der Wirtschaft tätig.

Ein weiteres profilbildendes Merkmal des Studienganges KaVoMa ist die Spezialisierung innerhalb der wissenschaftlichen Weiterbildung. Mit der Bologna-Erklärung von 1999 und der einhergehenden gestuften Studienstruktur ist nun bereits der

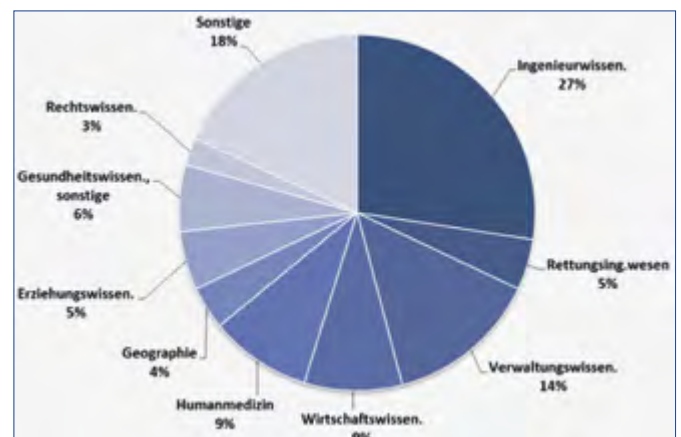


Abb. 2: Erste Hochschulabschlüsse, Jahrgänge 1 bis 10. Hochschulabschlüsse „Sonstige“ sind z. B. Politikwissenschaften oder Psychologie.

Eine Kooperation	von Universität Bonn und BBK
Abschluss:	Master of Disaster Management and Risk Governance
Leistungspunkte (sog. ECTS):	60, geplant ist ab dem Wintersemester 2016/17 eine Erhöhung auf 120
Studienform	berufsbegleitende Weiterbildung, Berufserfahrung erforderlich
Lehr- und Lernkonzept	„blended learning“ – Kombination aus Präsenzwochenenden ca. alle 8 Wochen und nachfolgenden Selbstlernphasen
Regelstudienzeit	4 Semester, berufsbegleitend, ab dem Wintersemester 2016/17 ggf. 5 Semester
Zulassungsbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> • ein erster berufsqualifizierender Abschluss, der im Rahmen eines Hochschulstudiums mit mind. 6-semesteriger Regelstudienzeit erworben wurde, • fachspezifische Berufserfahrung in den Bereichen der Katastrophenvorsorge und des Katastrophenmanagements von mindestens 3 Jahren sowie • ausreichende Beherrschung der englischen Sprache (Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens)
Kosten	8000 €, plus Kosten für die Anfahrt zum Veranstaltungsort (AKNZ) sowie Verpflegung und Unterkunft vor Ort
Studienaufbau	3 Module im Block „Grundlagen“, 4 Module im Block „Vertiefung“, 2 Module im Block „Spezialisierung“ und die Masterarbeit, geplant ist ab dem Wintersemester 2016/17 ein weiteres Modul im Bereich „Spezialisierung“
Unterrichtssprache	deutsch, Fachliteratur teilweise in größerem Umfang in englischer Sprache

Masterstudiengang KaVoMa auf einen Blick.

Bachelor ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss. Wer nicht gleich den Master anschließt, sondern zunächst in den Beruf einsteigt, hat zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit, einen Master wie KaVoMa zu absolvieren, ohne aus dem Job aussteigen zu müssen. Dass diese Möglichkeit auch im fortgeschrittenen Berufsleben verstärkt genutzt wird, zeigt das Altersspektrum der Teilnehmer/-innen (Abb. 4).

Lernen zuhause ermöglicht. Auf diese Weise wird den Studierenden so viel Raum wie möglich für die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Privatleben gegeben.

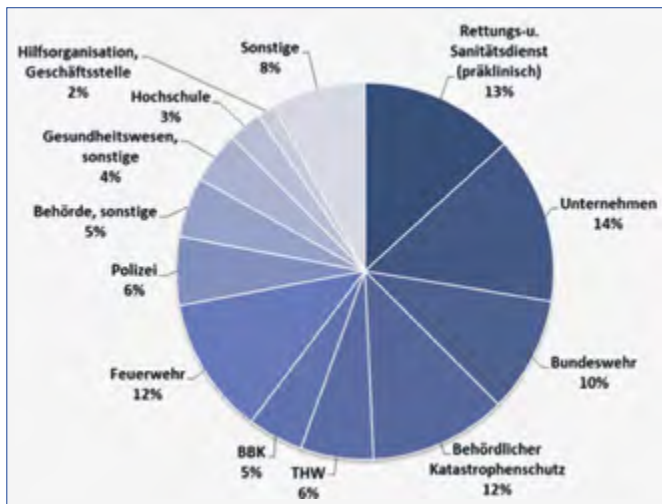


Abb. 3: Berufsfelder, Jahrgänge 1 bis 10. Berufsfelder „Sonstige“ sind z. B. Medien, „Behörde, sonstige“ sind z. B. LKA, BDBOS, DWD, „Gesundheitswesen, sonstige“ sind z. B. klinische Intensivmedizin, Notfallalarmanplanung im Krankenhaus.

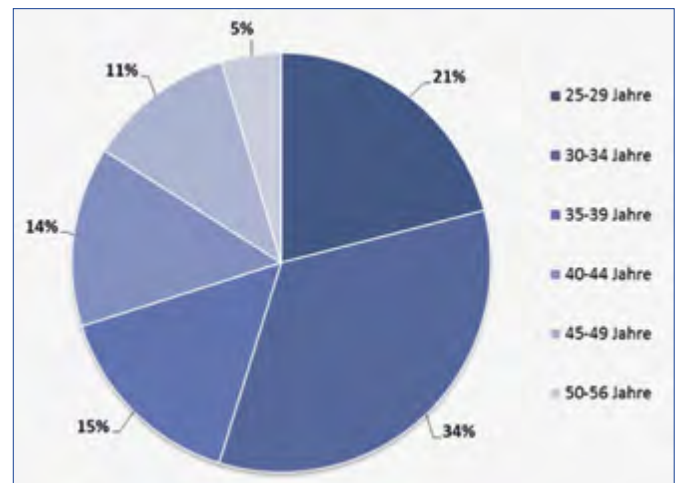


Abb. 4: Altersverteilung, Jahrgänge 1 bis 10.

Weitere Informationen: www.kavoma.de

Das Lehr- und Lernkonzept des Studienganges, mit insgesamt neun Präsenzmodulen, beruht auf dem „blended learning“ Ansatz, der sowohl den Austausch mit den Dozierenden im Seminar, als auch das individuelle und flexible

Dr. Gabriele Hufschmidt studierte Geographie (Diplom) an der Universität Bonn, es folgte eine Promotion zur zeitlichen Variabilität von Risiko. Seit 2010 ist sie Wissenschaftliche Koordinatorin des weiterbildenden Masterstudienganges Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement (KaVoMa) und daneben als Dozentin, Autorin und Gutachterin tätig. Prof. Dr. Lothar Schrott ist Leiter des Studienganges KaVoMa; weitere Informationen im nachfolgenden Interview.

10 Jahre KaVoMa

Interview mit Christoph Unger (BBK) und Professor Dr. Lothar Schrott (Uni Bonn)

Was ist die Motivation, einen Universitätsstudiengang zur Katastrophenvorsorge und zum Katastrophenmanagement anzubieten?

Schrott: Unser Ziel besteht darin, Generalisten mit einem grundlegenden Verständnis für die vielfältigen Aspekte von verschiedenen Gefahren, Risiken und Katastrophen auszubilden, die gleichzeitig über ein spezialisiertes Fachwissen auf dem Gebiet des Katastrophenmanagements verfügen.



„Bedeutend ist, den Studierenden Schlüsselkompetenzen zu vermitteln.“

Bedeutend hierbei ist, den Studierenden Schlüsselkompetenzen zu vermitteln, die für eine nachhaltige Katastrophenvorsorge und damit ein nachhaltiges Katastrophenmanagement insgesamt erforderlich sind. Global wirkende Prozesse wie der Klimawandel oder die steigende Abhängigkeit von Kritischen Infrastrukturen sind eng und in vielfältiger Weise miteinander verknüpft.

In unseren heutigen Lebens- und Wirtschaftswelten bergen daher Gefahren wie Erdbeben, Hochwasser, Pandemien oder technische Havarien Risiken mit höchsten Schadenspotenzialen. Ihr Ausmaß wird durch die gesellschaftlichen Strukturen, den Entwicklungsstand der Katastrophenvorsorge und durch die Qualität des Katastrophenmanagements bestimmt. Dabei müssen verschiedene Akteure zusammenarbeiten, die z.T. aus sehr unterschiedlichen Berufs- und Themenbereichen kommen.

KaVoMa setzt genau an dieser Stelle an und garantiert in diesem berufsbegleitenden Weiterbildungsmaster eine

wissenschaftliche Ausbildung und praxisnahe Handlungskompetenz im Bereich des Risiko-, Krisen- und Katastrophenmanagements. Wichtig ist hierbei, die unterschiedlichen Ansätze und Sichtweisen der beteiligten Akteursgruppen zu kennen und zu verstehen.

Es bedarf daher einer interdisziplinär ausgerichteten Ausbildung – entsprechend unseres Mottos „vernetzt denken – vernetzt handeln“.

Unger: Als Bundesamt haben wir den behördlichen Auftrag, Bevölkerungsschutz zu leisten. Dazu gehören über rein praktische Aufgaben hinaus auch die Forschung, die Ausbildung und Lehre sowie die Information der Bevölkerung.

Ergänzend zu den mehr auf spätere Tätigkeit in der Wirtschaft ausgelegten Studiengängen sollten die Aufgaben des Staates im Rahmen der Daseinsvorsorge und Gefahrenabwehr einen entsprechenden Rahmen bekommen. Gerade im akademischen Bereich ist die Zusammenarbeit mit einer Universität sinnvoll.

Wir bilden heute Führungskräfte für die Herausforderungen von morgen aus. Begrenztes Erfahrungswissen auf vergangenem Stand ist dazu nicht ausreichend. Es sind insbesondere Methoden zur Problemanalyse und -bewältigung erforderlich. Diese zu vermitteln ist klassische Aufgabe einer akademischen Ausbildung, bei der es nicht nur auf das Erlernen von Faktenwissen, sondern besonders auf die Fähigkeit, sich neues Wissen anzueignen, ankommt.

Da die Probleme vorher nicht klar umrissen sind, ist eine enge Verbindung zur Forschung von Vorteil.

Auch im Beruf gilt es, Risikobewusstsein und Bewältigungsoptionen in eigener Verantwortung systematisch weiterzuentwickeln.



„Wir bilden heute Führungskräfte für die Herausforderungen von morgen aus.“

Worin besteht Ihrer Meinung nach der Gewinn in der Zusammenarbeit zwischen der Universität Bonn und dem BBK für den Studiengang KaVoMa?

Schrott: Die Zusammenarbeit stellt in dreifacher Hinsicht einen ungemeinen Mehrwert für unseren Studiengang dar.

Zum einen werden einschlägige inhaltliche Lehrveranstaltungsthemen von kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe abgedeckt. Ein bedeutendes Modul im Studiengang, das beispielsweise die Stabsübung zum Inhalt hat, wird zur Gänze vom BKK konzipiert und durchgeführt. Dies vermittelt spezielle Handlungskompetenzen in Krisensituationen und zeichnet den Studiengang in besonderer Weise aus.

Zum anderen erfolgt die Ausbildung in der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz des BBK. Dadurch ergeben sich vielfältige logistische Vorteile, denn die Studierenden studieren und wohnen in den Räumlichkeiten der Akademie in Ahrweiler. Die kompakte Ausbildung an den Wochenenden garantiert kurze Laufwege und einen optimalen Austausch zwischen den Studierenden. Es entfallen aufwändige tägliche Anfahrtswege und kostspielige Quartiere.

Schließlich garantiert die Zusammenarbeit mit dem BBK Einblicke in die Arbeitsweise des Bundesamtes im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe.



„Die Zusammenarbeit stellt in dreifacher Hinsicht einen ungemeinen Mehrwert für unseren Studiengang dar.“

Unger: Es handelt sich um eine Win-Win-Situation, die für beide Partner Vorteile bringt.

Die Dozenten des BBK bereiten ihre Themen wissenschaftlich auf und präsentieren sie vor einem interessierten Teilnehmerkreis, der auch nach Hintergründen und Zusammenhängen fragt. Durch die Breite der angebotenen Module schauen unsere Dozenten auch über den Teller- rand und profitieren von der generalistisch orientierten Ausbildung.

Die Bedeutung und Konzepte des Bevölkerungsschutzes werden auf breiter Wissensbasis an angehende Führungskräfte vermittelt. Hierbei steht ergänzend zu einem vorhandenen Erststudium und Berufserfahrung die Ver-

netzung im Vordergrund. Wir als BBK sind damit in der Lage, unsere Themen an zukünftige Führungskräfte zu vermitteln.

Die Universität Bonn bekommt praxiserfahrene Dozenten mit direktem Draht zu Entscheidungsträgern in Verwaltung, Wirtschaft und Organisationen. Hierdurch wird relevantes Wissen aus erster Hand weitergegeben und reflektiert.



„Neben gut ausgebildeten Einsatzkräften benötigen wir insbesondere Spezialisten und Führungskräfte.“

Im Abschlussmodul wenden die Studierenden ihr erworbenes Wissen in einem realistischen Übungsszenario als Krisenstab an und erleben Belastungen hautnah. Diese Erfahrung wird reflektiert und gibt Impulse für die weitere Entwicklung der Absolventen. Diese Möglichkeit kann so keine Universität und keine andere Akademie anbieten.

Nach Abschluss des Studiums profitieren Universität, Alumni und BBK von dem gemeinsamen Netzwerk.

Wie werden sich nach Ihrer Einschätzung die Anforderungen im Katastrophenmanagement und in der akademischen Ausbildung entwickeln?

Schrott: Wie eingangs schon angedeutet werden aufgrund zunehmender Extremereignisse, aber auch durch Bevölkerungsmigration oder durch die steigende Abhängigkeit von Kritischen Infrastrukturen die Szenarien und Anforderungen im Katastrophenmanagement nicht nur komplexer, sondern erfordern ein frühes Erkennen notwendiger Anpassungsstrategien und die Entwicklung geeigneter Instrumente und Strategien im Katastrophenmanagement.

Denn schon heute würden wir in bestimmten Schadenslagen, stellen wir uns z. B. eine hochinfektiöse Epidemie vor, relativ schnell an die Grenzen der Bewältigungsfähigkeit kommen. Nur mit Hilfe einer sektorübergreifenden und interdisziplinären Vernetzung wird es gelingen, diese gewaltige Herausforderung zu meistern.

Das heißt, unser Studiengang muss auf diese Veränderungen reagieren können und Möglichkeiten schaffen, auch

das Curriculum entsprechend anzupassen. Nur so wird es gelingen, die akademische Ausbildung bestmöglich für die zukünftigen Anforderungen im Katastrophenmanagement auszurichten.

Unger: Neben gut ausgebildeten Einsatzkräften benötigen wir insbesondere Spezialisten und Führungskräfte. Für Spezialisten ist es wesentlich, ihre Rolle im System zu kennen. Es ist mehr als Fachwissen gefragt.

Für Führungskräfte ist – aufbauend auf einer fachlichen Ausbildung, welche in der Regel wiederum auf einem Studium und Berufserfahrung aufbaut – die Kenntnis über ressortübergreifende Zusammenhänge, Risiken und Bedrohungen, aber auch Bewältigungsmöglichkeiten wesentlich. Über die „Problemlöser“ hinaus werden wir vorausschauend denkende „Manager“ benötigen, die gesamtgesellschaftliche Probleme und Lösungsansätze im Blick haben. Zudem gewinnt der präventive Ansatz immer weiter an Bedeutung, dies drückt sich auch in dem Namen Katastrophenvorsorgemanagement aus.

Bei komplexen Herausforderungen sind nicht Ad-hoc-Lösungen gefordert, sondern fundierte, systematische und nachhaltige Strategien.

Gibt es einen Ausbildungs- und Erfahrungsstand, der für die Aufnahme des Studienganges besonders geeignet ist?

Schrott: Selbstverständlich ist eine langjährige einschlägige Berufserfahrung im Bereich der Katastrophenvorsorge und des Katastrophenmanagements besonders hilfreich. Die Voraussetzung zur Zulassung zum Studiengang ist ohnehin eine mindestens dreijährige Berufserfahrung in den o.g. Bereichen.



„Der Studiengang lebt in besonderer Weise von den vielen verschiedenen Ausbildungsabschlüssen und Erfahrungen der Studierenden.“

Der Studiengang lebt jedoch in besonderer Weise von den vielen verschiedenen Ausbildungsabschlüssen und

Erfahrungen der Studierenden. Vom Wasserbauingenieurwesen oder Geographie, über Notfallmedizin und Psychologie bis hin zu Verwaltungs- und Sozialwissenschaften reicht unser Spektrum.

Die wichtigste Voraussetzung ist daher nicht der individuelle Ausbildungs- und Erfahrungsstand, sondern die Bereitschaft sich in die unterschiedlichen Perspektiven, Ansätze und Sichtweisen im Risiko- und Katastrophenmanagement einzuarbeiten.



„Berufs- und Lebenserfahrung sind über das akademische Wissen hinaus für Krisenlagen unverzichtbar.“

Unger: Für das reine Studium sind sicherlich die formal in den Aufnahmekriterien festgelegten Voraussetzungen ausreichend.

Für die spätere Tätigkeit als Manager, also in einer Führungsposition, bleibt Berufs- und Lebenserfahrung über das akademische Wissen hinaus für Krisenlagen unverzichtbar – eine erfolgreich abgeschlossene akademische Ausbildung ist Grundlage, aber allein nicht ausreichend für den Krisenmanager.

Idealerweise erwarten wir Studierende, die im Beruf schon Verantwortung tragen, und in ihrem Arbeitsbereich so sicher sind, dass sie sich Freiräume für das berufsbegleitende Studium schaffen können.

Allerdings erwarten unsere Dozenten auch wissenschaftliches Interesse – es handelt sich um ein Studium auf Masterniveau, nicht um eine betriebliche Weiterbildung.

Strategien im Katastrophenmanagement müssen stets an neue Anforderungen angepasst werden – wie geht ein langfristig konzipierter Studiengang mit solchen Veränderungen um?

Schrott: Dies kann natürlich nur durch die bereits erwähnte ständige Überprüfung und ggf. Anpassung der Lehrinhalte gemeistert werden. Das hierfür notwendige Zeitfenster reicht jedoch meines Erachtens aus, denn trotz aller teilweise raschen Veränderungen bedarf es einer Kontinuität bei der Vermittlung bewährter Inhalte.

Klimawandel und demografischer Wandel unterliegen bei aller assoziierten Problematik keiner raschen Veränderung. Es müssen jedoch plötzlich eintretende Katastrophen (z. B. Erdbeben) von schleichenden Naturkatastrophen (z. B. Bodendegradation) explizit unterschieden werden. Sie erfordern völlig unterschiedliche Strategien der Vorbeugung und Nachsorge.

KaVoMa vermittelt genau diese Zusammenhänge. Die verschiedenen Themen in den Modulen bieten außerdem eine Grundlage, um im Seminar anhand von Beispielen auf aktuelle Fragestellungen einzugehen.

Auch zusätzliche Gastvorträge oder Impulsreferate der Studierenden, die z. B. von akuten Fragestellungen aus ihrem Tätigkeitsfeld berichten, gewährleisten die Einbindung aktueller Anforderungen.

Unger: Das Curriculum gibt ein Gerüst vor, welches Kompetenzen und beispielhafte Themen beschreibt.

Die Dozenten haben durch ihre enge Praxisanbindung ständig den Kontakt zu Verantwortungsträgern aus dem Krisenmanagement. Durch die Ausbildung an unserer AKNZ haben die dort eingesetzten Dozenten überdies den Auftrag, relevante Ereignisse auszuwerten und für die Lehre aufzubereiten.

Schrott: Der Studiengang KaVoMa garantiert bereits heute deutschlandweit Qualität und Fachkompetenz auf hohem Niveau in der wissenschaftlichen Weiterbildung.



„Für die Zukunft des KaVoMa Studienganges wünsche ich mir die Anerkennung der Herausforderung im Bereich des Bevölkerungsschutzes nicht nur in Krisenzeiten.“

Der Erfolg hängt jedoch maßgeblich von Studierenden und Lehrenden ab. Daher wünsche ich mir vor allem weiterhin viele hochmotivierte und gut ausgebildete Studierende, kompetente Dozentinnen und Dozenten und eine noch bessere Sichtbarkeit innerhalb der Universität.

Für langfristige Planungen ist auch eine Konstanz hinsichtlich der Strukturen notwendig.

Unger: Die Fortsetzung einer guten Zusammenarbeit und die Anerkennung der Herausforderung im Bereich des Bevölkerungsschutzes nicht nur in Krisenzeiten. Die gilt für den politischen und gesellschaftlichen Raum genauso wie in der Wirtschaft.

Das Studium ist berufsbegleitend und eine große Herausforderung für die Studierenden. Haben Sie einen Tipp wie diese Mehrfachbelastung (Beruf, Familie, Studium) zu meistern ist?

Schrott: Zunächst möchte ich in diesem Zusammenhang ein großes Kompliment an all diejenigen richten, die diese Mehrfachbelastung auf sich nehmen. Familie oder Partner müssen Verständnis aufbringen und im Idealfall unterstützend wirken.

Wichtig ist ferner, dass im Vorfeld die Stundenbelastung realistisch eingeplant wird. Die Studierenden sollten daher bereits vor Aufnahme des Studiums die notwendigen Freiräume schaffen und anschließend konsequent für das Selbststudium nutzen. Hohe Motivation ist jedoch die wichtigste Voraussetzung zum erfolgreichen Abschluss.



„Der Erfolg hängt maßgeblich von Studierenden und Lehrenden ab.“

Durch die Stellung als behördliche Akademie ergibt sich häufig ein vertrauensvoller und tiefer Einblick in Abläufe, der Forschern aus Vertraulichkeitsgründen so nicht gewährt würde. Auch wenn Details selbstverständlich vertraulich bleiben, fließt das Resümee in unsere eigene Lehre ein. Davon profitieren über den Studiengang KaVoMa auch die Studierenden.

Was wünschen Sie sich für KaVoMa mit Blick auf die kommenden Jahre?

Unger: Hier ist ein gutes Zeitmanagement gefragt, eine Kompetenz, die in der Tätigkeit als Krisenmanager unbedingte Voraussetzung ist. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen beispielhaft zu sehen.

Ein einzelner Tipp allein reicht nicht – über die Berufserfahrung hinweg sollten die Studierenden es geschafft haben, sich ein solches Zeitmanagement aufzubauen. Diese Anforderung ist charakteristisch für einen Weiterbildungsmaster und zeigt späteren Arbeitgebern auch die Fähigkeit, seine Kräfte sinnvoll einzuteilen und ein begonnenes Projekt abzuschließen.

Wie schöpfen Sie Kraft nach einer langen Arbeitswoche?

Schrott: Beim Tennisspielen, Fahrradfahren oder beim Kochen im Freien. Die größte Ablenkung gelingt allerdings meinen Kindern, die mit ihren Aktivitäten stets eine erfrischende Abwechslung des Arbeitsalltags garantieren.

Christoph Unger ist Jahrgang 1957. Studium der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin und der Universität Hannover. Anschließend Tätigkeit am Verwaltungsgericht in Braunschweig. 1990 Parlamentarischer Referent im Niedersächsischen Landtag. 1998 Leiter des Ministerbüros des Niedersächsischen Innenministers und Referatsgruppenleiter für Sport, Haushalt, Kabinett und Glücksspiel. 2003 Wechsel zum Bereich Katastrophenschutz und gleichzeitig Leiter des Kompetenzzentrums für Großschadenslagen im Niedersächsischen Innenministerium. Seit 2004 ist Christoph Unger Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.



Christoph Unger studierte Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin und der Universität Hannover.

Unger: Wann immer es möglich ist, bei sportlichen Aktivitäten.

Herr Professor Schrott, Herr Unger, vielen Dank für das Gespräch.



Lothar Schrott ist Professor für Geomorphologie und Umweltsysteme am Geographischen Institut der Universität Bonn. (Fotos: BBK)

Prof. Dr. Lothar Schrott studierte an den Universitäten Tübingen und Heidelberg Geographie, Geologie und Sportwissenschaften und wurde 1993 am Geographischen Institut der Universität Heidelberg zum Thema Strahlungs- und Wasserhaushalt in den subtropischen semiariden Hochanden promoviert. 2003 habilitierte er in Bonn zu Sedimentspeichern alpiner Geosysteme. Gastprofessuren führten ihn ans Institute of Arctic and Alpine Research in Boulder/USA (2002-2003) und an die Universitäten von Ottawa und Carlton in Kanada (2011). Lothar Schrott war von 2004 bis 2006 Vertragsprofessor am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien und von 2006 bis 2013 Universitätsprofessor am Fachbereich für Geographie und Geologie der Universität Salzburg.

Seit Oktober 2013 ist Lothar Schrott Professor für Geomorphologie und Umweltsysteme am Geographischen Institut der Universität Bonn. Schwerpunkte seiner Forschungsaktivitäten sind geomorphologische Prozesse und Naturgefahren in Gebirgsräumen (Europäische Alpen, Rocky Mountains, Anden, deutsches Mittelgebirge). Seine Lehrtätigkeiten in der Physischen Geographie fokussieren sich besonders auf theoretische und angewandte Ansätze in der Geomorphologie, den globalen Umweltwandel sowie auf Naturgefahren und Risiken. Seine Professur ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Profilschwerpunktes „Risiko“ des Geographischen Institutes in Bonn. Seit Juni 2014 leitet Lothar Schrott den Weiterbildungsmasterstudiengang Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement (KaVoMa) an der Universität Bonn.

Katastrophenrisikomanagement in der Weiterbildung an Hochschulen – strategische Herausforderungen

Bernd Hoffmann

Vom Dilettantismus zur Professionalisierung – vom Bedarf zum Markt der Möglichkeiten

In der Vorbemerkung zum Weltkatastrophenbericht der „International Federation of Red Cross and Red Crescent“ (IFCR) aus dem Jahr 1993 findet sich die drastische Formulierung: „Katastrophenhilfe scheint das letzte Betätigungsfeld für Amateure und Dilettanten zu sein, auf dem sie sich ungehindert entfalten können.“ Schon 1987 hatte Randolph Kent in seinem Klassiker „Anatomy of Disaster Relief“ nüchtern konstatiert „Institutional interests and procedures will inevitably define responses.“

Schelte und Kritik am Katastrophenrisikomanagement hat es immer gegeben, auch in Deutschland, ob sachlich zutreffend oder nicht, ob organisationsbezogen, interessen- oder mediengeleitet. Die Liste der Themen mit zum Teil unveränderter Aktualität ist lang – vom Versagen der Instrumente politischer Krisenbewältigung und -vorbeugung über das Fehlen von integralen Strategien und Konzepten bis zum unzureichendem Zusammenwirken von Forschung, Lehre und Praxis.

Ein wesentlicher Kritikpunkt war die Kompetenz und Qualität, kurz die Professionalität, des Personals, insbesondere auf den Führungs- und Verantwortungsebenen. Die

Berufliche Aus- und Weiterbildung in der zivilen Sicherheit

„Berufliche Aus- und Weiterbildung in der zivilen Sicherheit“ ist der Titel einer neuen Studie, die einen Überblick über die vielfältigen beruflichen Perspektiven in der zivilen Sicherheit bietet. Vorgestellt werden die Aufgaben und Tätigkeiten von fünf verschiedenen Ausbildungsberufen sowie sieben Fortbildungsabschlüssen. Darunter sind auch neue Berufe, wie der Notfallsanitäter, Werkfeuerwehrlaute, die Fachkraft für Schutz und Sicherheit oder der Elektrotechnikmeister für Kommunikations- und Sicherheitstechnik. Autor der Studie ist das Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) in Potsdam. Gefördert wurde die Studie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Projekts „Schwerpunktzentrum Sicherheit und Technologie – Fit für Europa“.

Die Studie kann auf der Internetseite des BIGS unter: <http://bigS-potsdam.org/index.php/de/publikationen/standpunkt> abgerufen oder als Druckversion bestellt werden.

An welchen Institutionen Aus- und Weiterbildungsangebote zur zivilen Sicherheit in Deutschland zu finden sind, zeigt auch die interaktive Forschungslandkarte des Bundesforschungsministeriums „SecurityResearchMap“ (www.sifo-securityresearchmap.de). Darüber hinaus können sich Interessierte auf der SecurityResearchMap über Studiengänge in der zivilen Sicherheit informieren.

Kritik richtete sich gleichermaßen an staatliche wie nicht-staatliche Organisationen, die international wie national Aufgaben wahrnehmen, auch wenn diese teilweise seit vielen Jahren eigene Aus- und Fortbildungsangebote mit einem breiten Themenspektrum entwickelt hatten und diese bis heute auf Bundes- und Länderebene von der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) bis zu den Feuerwehrschulen oder den Bildungseinrichtungen der Hilfsorganisationen, erfolgreich anbieten.

Bildungsangebote im Hochschulbereich gab es zumindest in Deutschland bis in die frühen 90er Jahre nicht, bis 1994 die ersten Studierenden des Europäische Masterstudienganges „International Humanitarian Assistance“ (NOHA) an der Ruhr-Universität Bochum ihr Studium aufnahmen.

Noch 2001 forderte Wolfram Geier eine Hochschule für Gefahren- und Katastrophenmanagement in Deutschland, initiiert vom Bevölkerungsschutzexperten Horst Schöttler und unterstützt vom damaligen Vorstand des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge (DKKV) durch verschiedene politische Initiativen unter seinem Vorsitzenden Norbert Blüm (Notfallvorsorge 1/2001, S. 27 -29).

Der Bedarf wurde von der Politik, von staatlichen wie nichtstaatlichen Einrichtungen und Organisationen, von Bedarfsträgern in der Wirtschaft und zum Beispiel im Entwicklungsbereich erkannt und von den Hochschulen aufgenommen – auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen im internationalen Vergleich und begünstigt durch die Möglichkeit der Einrichtung von spezialisierten Master- und Bachelorstudiengängen im Zuge der Bologna-Reform.

Aktuell gibt es an Hochschulen in Deutschland 54 Bachelor- und 30 Masterstudiengänge, die Bildung zu Katastrophenrisikomanagement, Katastrophenvorsorge- und -management, Humanitäre Hilfe, Sicherheitsmanagement, Rettungsingenieurwesen, Global Change Ecology – um nur einige Themenbereiche überschriebenmäßig zu nennen – anbieten (<http://www.securityresearchmap.de>).

Der Blick auf die deutsche Hochschullandschaft zeigt: Es mangelt offensichtlich nicht an Angeboten. Sie weisen eine thematische Breite und Vielfalt auf, manche mit fachlicher Spezialisierung, andere mit einer eher generalisierenden Ausrichtung, unterschiedlich gestalteten Curricula, englisch- oder deutschsprachig, in berufsbegleitenden und in Vollzeit zu gestaltenden Formaten. Die Dozenten und Dozentinnen kommen in der Regel sowohl aus dem Wissen-

schaftsbereich wie aus der Praxis, eine Mischung, die sich offensichtlich bewährt hat.

Interessierte Studierende haben oft die Qual der Wahl. Sie finden einen Markt der Möglichkeiten vor, auch wenn sie selbstverständlich die Zulassungskriterien erfüllen und die Aufnahmeverfahren durchlaufen müssen. Gleichzeitig müssen auch die Arbeitgeber das Spektrum kennen um die Eignung von Bewerbern einschätzen zu können.

Allen Studiengängen ist gemeinsam, dass menschliche Sicherheit sowie Katastrophenrisikomanagement mit seinen gegenwärtigen und künftigen Bedrohungs- und Gefährdungsszenarien, von Naturkatastrophen, Konflikten über Cyberattacken bis zum Zusammenhang von Klimawandel, Armut, Governance und Katastrophen, im Mittelpunkt stehen und damit stets Existenz- und Zukunftsfragen unseres Daseins berührt sind.

Festzuhalten ist: zum Katastrophenrisiko- und Sicherheitsmanagement hat in den letzten Jahren im Hochschulbereich in Deutschland eine bemerkenswerte, ja rasante Entwicklung stattgefunden. Die verschiedenen Gründungsdaten der Studiengänge belegen dies. Es wäre eine eigene Darstellung wert, wie zeitgleich die Entwicklung von Trainings- und Fortbildungsangeboten außerhalb von Hochschulen verlaufen ist.

Nicht zuletzt sind die zahlreichen Weiterbildungsmöglichkeiten durch Foren, Veranstaltungen, deutsche und internationale Netzwerke wie zum Beispiel das Katastrophennetzwerk, Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit, Interschutz und das bislang jährlich stattfindende Forum Katastrophenvorsorge des DKKV zu erwähnen.

Strategische Herausforderungen – Anmerkungen und Empfehlungen

Über zwanzig Jahre Bildung und Weiterbildung im Katastrophenrisikomanagement an Hochschulen in Deutschland sind Anlass genug, aus der Außenperspektive einen Blick auf den derzeitigen Stand der Entwicklung zu werfen,

einige Beobachtungen wiederzugeben, Gedankenanstöße und Empfehlungen zu strategischen Herausforderungen inhaltlicher-thematischer und struktureller Art zu wagen und zu einem Diskurs darüber anzuregen.

Die nachfolgenden Überlegungen sind zugleich vor dem Hintergrund einer Diskussion zu sehen, die der Wissenschaftsrat jüngst mit seiner Kritik insbesondere an der Spezialisierung von Bachelorstudiengängen ausgelöst, bzw. intensiviert hat. In einem Gutachten vom 19.10.15 fordert er, dass Bachelorstudiengänge fachlich breit angelegt sein müssten und eine Spezialisierung dann, wenn gewünscht, erst in einem Masterstudiengang erfolgen sollte. Fragen sollten ins Zentrum gerückt werden, die zuweilen ausgeblendet würden, nämlich die Frage der Relevanz für den Arbeitsmarkt. (Quelle: www.deutschlandfunk.de/bachelor-nischenstudiengänge 19.10.2015).

Die Hochschulen müssen sich offensichtlich auch im Katastrophenrisikomanagement mit diesen Fragestellungen, wenn sie es nicht ohnehin schon tun oder bei der Gründung von neuen Studiengängen getan haben, intensiver und systematischer auseinandersetzen.

Dies gebieten auch Rahmenbedingungen wie die demografische Entwicklung, der Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt und seine Bedarfe, künftige Verwendungsmöglichkeiten, die Ansprüche an Qualität und Standards sowie die Wettbewerbssituation zwischen den Hochschulen, auch mit Blick auf Ressourcen.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Frage, welches die wichtigen aktuellen, in der Bedeutung wachsenden inhaltlichen Themen oder gar Zukunftsthemen sind, die bei der Gestaltung der Curricula und Lehrmodule verstärkt, anders gewichtet oder neu berücksichtigt und aufgenommen werden.

Thematische und inhaltliche Fragestellungen

Bei der Zahl, der Vielfalt der Studiengänge, den unterschiedlichen Zielgruppen und inhaltlichen Ausrichtungen,



Für die Betreiber Kritischer Infrastrukturen ist der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis von elementarer Bedeutung.

vor allem jedoch wegen der Fülle und Komplexität der Themen, ist es schwierig, allgemeingültige oder gar spezielle Empfehlungen zu Themen abzugeben.

Allerdings gibt es übergreifende Erkenntnisse und Zusammenhänge, die für die Entscheidung zur künftigen Gestaltung von Studiengängen von Bedeutung sind.

Wichtige Leitgedanken und Elemente finden sich hierzu im Positionspapier der Bundesregierung zur Vorbereitung der „World Conference on Disaster Risk Reduction“ (WCDDR), die im März 2015 in Sendai / Japan stattgefunden hat. Entstanden ist das Papier unter der Federführung des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).



Folgerichtig und unverzichtbar ist, Katastrophenrisikomanagement mit internationalen Prozessen, wie z. B. den Klimaverhandlungen, systematisch und umfassend zu verknüpfen.

Das Dokument mit dem Titel „Katastrophenmanagement im 21. Jahrhundert“ führt unter anderem aus: „In der praktischen Umsetzung geht Katastrophenrisikomanagement im 21. Jahrhundert dabei von einem Verständnis von nachhaltiger Entwicklung, von zielgerichteter Armutsbekämpfung, der Verknüpfung mit Anforderungen an gute Regierungsführung und von einer Ausrichtung auf Wirkungen aus.“

Folgerichtig und unverzichtbar ist daher, Katastrophenrisikomanagement mit internationalen Prozessen wie den Klimaverhandlungen, dem globalen Abkommen zur Gestaltung von nachhaltiger Entwicklung (MDG/SDG), Strategien zur Armutsbekämpfung und Bemühungen der humanitären Hilfe, zum Beispiel im Hinblick auf den „World Humanitarian Summit“ im Jahr 2016, systematisch und umfassend zu verknüpfen. Und mit Blick auf die Wissenschaft: „Ein wirksames, zukunftsorientiertes Katastrophenrisikomanagement ist darüber hinaus auf die Innovationsfähigkeit und die Unterstützung von Wissenschaft und Wirtschaft angewiesen.“

In dem in Sendai verabschiedeten „Framework for Disaster Risk Reduction 2015 - 2030“ finden sich an verschie-

denen Stellen genügend Handlungsfelder und ausdrücklich genannte Ansätze für Wissenschaft, Lehre und Forschung, die es wert sind, allein für Bildungs- und Weiterbildungszwecke vertieft betrachtet zu werden.

Leitgedanken stellen keine Handlungsempfehlungen dar, sie können Orientierung geben und fordern auf, sie auf konkrete Erfordernisse und Anwendungszwecke hin zu untersuchen. Hierzu nachstehend einige wenige Gedankenanstöße zu Themen aus der Praxis von Hilfsorganisationen, aus dem staatlichen Bereich, aus der Wirtschaft und der Wissenschaft, die verstärkt Eingang in die Lehre finden sollten. In ihrer begrenzten, fast willkürlichen scheinenden Auswahl und Zusammenstellung machen sie zugleich die Notwendigkeit eines sehr viel breiteren und systematischen Diskurses zwischen Lehre und Bedarfsträgern aus staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen, Organisationen der Wirtschaft und mit Netzwerken, zwischen Praxis und Wissenschaft deutlich. Sie regen ebenso dazu an, den Austausch zwischen den Hochschulen selbst über ihre eigenen Erkenntnisse und konzeptionellen Vorstellungen zu führen. Formate, in den diese Dialoge geführt werden könnten, gibt es bereits in Deutschland oder könnten im Fall der Hochschulen eigeninitiiert werden.

Ideen und Gedankenanstöße – Stimmen und Meinungen

Lothar Schrott, Studiengangsleiter des Masterstudienganges Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement (KaVoMa), Universität Bonn, weist auch vor dem Hintergrund von Fukushima 2011 auf die Relevanz von NATECH (Natural hazard triggering Technological Disasters) und damit zusammenhängende Risiken und Effekte hin und betont die Bedeutung für künftige Forschung und Lehre. Zugleich fordert er zu einer stärkeren Internationalisierung, Kooperation und Wissenstransfer mit international vergleichbaren Studiengängen auf.

Gabriele Hufschmidt, wissenschaftliche Koordinatorin für denselben Studiengang, betont die Auswirkung von systemischen Risiken von Ereignissen, die zunächst durchaus weit entfernt von uns auftreten können, rasch aber auch bei uns zu spüren und zu bewältigen sind, z. B. Infektionskrankheiten mit entsprechend hohen Krankheits- und Sterbefällen. Da die Einschätzung von Risiken, für diesen Beitrag als Ergebnis von Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß definiert, mit teils hohen Unsicherheiten verbunden ist und die Ressourcen zur Bewältigung begrenzt sind, wirft sie die grundsätzliche Frage nach dem Zustand und der Förderung einer resilienten Zivilgesellschaft und dem Stellenwert der (Eigen-)vorsorge auf. Sie fragt: „Wie kann das System Bevölkerungsschutz mit Unterstützung der Wissenschaft seine Resilienz erhalten und stärken?“ Strukturell sieht sie die selbstverständliche Verankerung und Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung in den deutschen Universitäten und bei den Arbeitgebern im Sinne des lebenslangen Lernens (LLL) als Zukunftsaufgabe.

Johannes Richert, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum, bemerkt kritisch, dass die verschiedenen Komponenten der Gefahrenabwehr zwar ihre Säule gut beherrschen, jedoch die Interdependenz der auslösenden Faktoren und Folgewirkungen nicht im Blick haben und hält interdisziplinäre Gefahren- und Risikoanalysen für notwendig. Zudem gebe es kein ausreichendes Management von Querschnittslagen, weil z. B. medizinischer Bevölkerungsschutz durch Gesundheitsressorts anders gedacht werde als die allgemeinen Lagen durch die Innenressorts.



Die Initiierung oder „Neubelebung“ eines ständigen, regelmäßigen Dialogformates zwischen Hochschule, Lehre und Forschung, und der Praxis, Bedarfsträgern wie Behörden auf den unterschiedlichen Ebenen, Hilfsorganisationen und staatlichen Entwicklungsorganisationen erscheint sinnvoll.
(Fotos / Grafiken: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Wolfram Kantorek, Deutsche Telekom Bonn, weist auf das Bedrohungspotenzial von Cyber-Gefahren und auf die besondere Verantwortung von Betreibern Kritischer Infrastrukturen und ihre Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Hilfsorganisationen hin. In diesem Kontext seien die Zusammenarbeit der Säulen des Bevölkerungsschutzes und das gegenseitige Verständnis von Arbeitsweisen und Prozessen wichtig. An die Adresse der Hochschulen gerichtet gelte es, die Vorteile der Teilnahme von Mitarbeitern von Unternehmen aus der Wirtschaft am Studiengang KaVoMa noch stärker herauszuarbeiten. Allen Akteuren im Bereich Krisenprävention, -bewältigung und -vorbeugung sollten gezielt und systematisch, möglicherweise über eine Datenbank, Forschungsergebnisse und gewonnene Erkenntnisse zum Thema Vulnerabilität and Resilienz zur Verfügung gestellt werden. Als Beispiel sei auf das Forschungsprojekt „Atlas der Verwundbarkeit und Resilienz“ verwiesen, das sich gemeinsam mit Akteuren aus dem staatlichen und nichtstaatlichen Bereich sowie der Wirtschaft auf diese Frage konzentriert, aber auch übergreifend das Thema Wissensmanagement im Bevölkerungsschutz bearbeitet.

Wolfram Geier, Abteilungsleiter *Risikomanagement, Internationale Angelegenheiten* des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn, Dozent Universität Bonn KaVoMa, zieht für Studiengänge des Katastrophenrisikomanagements, die weniger auf Spezia-

lisierung ausgerichtet sind, einen weiten Bogen zu übergreifenden Themen und Prozessen. Es gehe um die Vermittlung von nationalen und internationalen politischen und sozioökonomischen Konzepten und Strategien rund um „Good Governance“, „Risk Governance“, „Risk and Crisis Communication“ und um die Befassung mit dem Prozess der „International Strategy for Disaster Risk Reduction“ (ISDR) und dem Zusammenspiel internationaler und supranationaler Institutionen. Für einen langfristig erfolgreichen und nachhaltigen Bevölkerungsschutz sowie ein effektives Risiko- und Krisenmanagement im eigenen Land sei es unverzichtbar, auf einem qualitativ hohen Niveau, z. B. im Kontext der Europäischen Union oder auf der Ebene der Vereinten Nationen, bei der Weiterentwicklung von Strategien und Konzepten mitzuwirken, dafür inhaltliches Hintergrundwissen zu erwerben, Instrumentarien und ihre Anwendung kennenzulernen.

Folgerungen

Welche Schlüsse ergeben sich aus diesem Meinungsbild?

1. Viele wichtige Themenkomplexe sind verständlicherweise nicht erwähnt. Diese reichen von Urbanisierungsrisiken, dem Zusammenhang zwischen Katastrophenvorsorge und Fluchtursachenbekämpfung, von Frühwarnung bis hin zu Themen wie Evaluierung und interkulturelle Kommunikation, oder Entscheidungs- und Führungskompetenzen für Führungskräfte im Katastrophenmanagement.
2. Es ist eine originäre und permanente Aufgabe der Hochschulen, über die allgemeinen Kriterien zu den Anforderungen an ein Studium, wie Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, fachwissenschaftliche Bildung und Persönlichkeitsbildung hinaus, eigene Kriterien für ihre Studiengänge zu entwickeln. Diese können sich u. a. an dem Profil und bisherigen Lehrstoff des Studienganges, den Interessen und Bedarfen der Zielgruppen, den Lehrkapazitäten und an einer Vergleichs- und Wettbewerbssituation, national wie international, ausrichten.
3. Sind diese mit einem Vermarktungskonzept auf Grundlage einer Bedarfs- und Marktanalyse verknüpft, können sie „Interessenten und Absolventen eine realistische Perspektive bieten“, betont Wolfram Geier.
4. Die strategische Herausforderung liegt in der Auswahl der Themen, ihrer Gewichtung, ihrer Integration in den Lehrstoff und in die Curricula für die angesprochenen Zielgruppen.
5. Die drei wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung sind:
 - die Vernetzung unterschiedlicher Disziplinen;
 - die Transformation von Forschungserkenntnissen in die Lehre und in die Praxis;
 - ein ständiger Dialog zwischen den Bedarfsträgern, d. h. der Praxis, und der Wissenschaft, Forschung und Lehre unter Mitwirkung von Studierenden und Ehemaligen.

Empfehlungen

Zu fragen ist, ob zu diesen eher kursorisch gefassten Folgerungen, denen viele aus ihrem Erkenntnis- und Institutionenhintergrund zumindest theoretisch weitgehend zustimmen werden, Handlungsbedarfe und Verbesserungspotenziale vor allem mit Blick auf die Hochschulen abgeleitet werden können.

Die nachfolgenden Empfehlungen, die eher struktureller und organisatorischer Natur sind, sollen zu einem Diskurs anregen:

1. Es wird die Initiierung und Gründung eines Hochschulnetzwerks „Katastrophenrisikomanagement“ angeregt. Funktionierende Beispiele für derartige Netzwerke gibt es in der deutschen Hochschullandschaft.

Zweck ist der regelmäßige Austausch untereinander, beispielsweise zu aktuellen Themen und Lehrinhalten, zu Zukunftsthemen, zur Bedeutung von internationalen Prozessen und Strategien für Lehre und Forschung, zu Markt- und Bedarfsentwicklungen, Zielgruppenbestimmungen, Qualitätsstandards und Instrumenten wie Wirkungsorientierung und Evaluierung, Erschließung von Ressourcen und Fördermitteln.

Über eigene legitime Interessen hinaus könnte es auch eine positive hochschulpolitische Signalwirkung in einem bewegten Markt erzeugen.

2. Kooperationsformen zwischen Hochschulen im europäischen Raum und außerhalb von Europa sind heute für viele Wissenschaftszweige und Studiengänge schon lange Teil ihres Wirkens durch Dozenten- und Studierendenaustausch, gemeinsame Veranstaltungen, Initiierung von Forschungsvorhaben bis hin zur gemeinsamen Initiierung und Entwicklung von neuen Studiengängen

Wie sieht es damit beim Katastrophenrisikomanagement in Deutschland aus? Wo gibt es bereits solche in der Regel bilateralen Ansätze und mit welchen Erfahrungen?

Wo gibt es Potenziale und Notwendigkeiten, auch geographisch, zum Beispiel nicht nur im angelsächsischen Bereich, im dem sich das sicherlich anbietet, wie dies auch Professor Schrott, Uni Bonn, sieht, sondern auch mit Blick auf unsere Nachbarn im Süden und Osten von Europa und darüber hinaus.

Eine Erörterung über diese Fragestellung in der jeweiligen Hochschule aber auch gemeinsam, z. B. in dem erwähnten Hochschulnetzwerk, ist zu empfehlen.

3. Es wird die Initiierung oder „Neubelebung“ eines ständigen, regelmäßigen Dialogformates zwischen Hochschule, Lehre und Forschung, und der Praxis, Bedarfsträgern wie Behörden auf den unterschiedlichen Ebenen, Hilfsorganisationen, staatlichen Entwicklungsorganisationen wie der GIZ und KfW, angeregt.

Ein solches „Innovationsforum“ hätte den Zweck, durch gegenseitigen und interdisziplinären Austausch Zukunftsthemen zu identifizieren, konkrete Forschungsbedarfe aus der Sicht von Anwendern in die Wissenschaftsszene zu transportieren und anwendungsorientierte Forschungsergebnisse in die Praxis zu vermitteln. Der Zugang sollte dabei allen Interessierten offen stehen und eine dauerhafte, nachhaltige Finanzierung sollte gewährleistet sein.

Es hätte politischen und öffentlichen Aufmerksamkeitscharakter und böte zugleich die Gelegenheit, für politische Adressaten auf einer breiten und fundierten Basis inhaltliche Positionen zu internationalen Strategien und Prozessen zu formulieren sowie zu ihrer Umsetzung beizutragen.

Eine „Institutionalisierung“ könnte im Rahmen bestehender Strukturen wie dem DKKV erfolgen, das seit 25 Jahren als neutrale Plattform über ein Netzwerk aus Wissenschaft und Praxis verfügt und mit internationalen Prozessen und Akteuren eng verknüpft ist.

Anmerkung: Es ist auch hier der Mühe wert, einen Blick ins Ausland zu werfen und von anderen zu lernen. Am „Institute for Risk and Disaster Reduction“, University College London, fand dieses Jahr im Juni der dritte „Academic Summit“ zu „Disaster Risk Reduction and Resilience – Strengthening the Links between Academics and Practitioners“ mit einem bemerkenswerten Programm und ebensolchen Erkenntnissen und Ergebnissen statt.

Schlussbemerkung

Die strategischen Herausforderungen im Katastrophenrisikomanagement sind für alle Akteure gleichermaßen hoch und werden nicht weniger anspruchsvoll werden. Hierin liegen Gefahren und Herausforderungen, aber zugleich Chancen und Anreize für die Hochschulen, ihre Kreativitäts- und Innovationspotenziale noch stärker und gezielter einzubringen und wirkungsvoll nutzbar zu machen. Dies gilt gleichermaßen für eine zielgruppen- und bedarfsorientierte, an einer dem Nutzen der Anwender und den Perspektiven der Studierenden ausgerichteten Gestaltung der unterschiedlichen Studiengänge wie an der Notwendigkeit, die Kooperationsmechanismen national wie international zu intensivieren und neue Dialogformen und -instrumente zu schaffen.

Der Jurist Bernd Hoffmann blickt auf langjährige Tätigkeiten als Wirtschaftsmediator und in leitenden Funktionen bei DRK, DWH und GIZ sowie auf Lehrtätigkeiten (u. a. Gastdozent KaVoMa) und Veröffentlichungen zurück. Er ist Gründer und Leiter des IWM (Institut für Wirtschaftsmediation und Kommunikationsmanagement).
Kontakt: www.hoffmann-bonn.de, bkhhoffmann@web.de

Perspectives on Higher Education in Risk and Disaster Reduction

David Alexander

The process of mitigating, responding to and recovering from disasters is complex, challenging and multidisciplinary. Moreover, these activities take place in a world characterised by rapid and profound change. It therefore follows that disaster education must adapt as circumstances alter over time. Globalisation, global change, climate change adaptation, the impact of information technology, sustainability issues and mass participation are all examples of key issues that have arisen over the last 30-40 years and have profoundly altered the landscape of disaster risk reduction (DRR).

Higher education has a seminal role to play in this field, and one that is distinctive. Few other areas of human endeavour have such an imperative to produce theory that is directly useful to practitioners. With respect to risks, crises, emergencies and disasters, in their various phases, the function of academics is, broadly, to observe and deduce. This is part of a constant search for enlightenment, in which what events in the field form the raw material of research, teaching and advice. A body of existing knowledge is brought to bear on new developments. By synergy, it is augmented during that process.

Academics are the chief producers and utilisers of the theory. If it is any good, theory explains, connects, validates, qualifies and makes practical action more efficient. As the eminent sociologist of disasters, Tom Drabek, noted, it is the road map of disaster reduction and relief because it clarifies issues and fundamental relationships. Leaving aside bad, irrelevant or misconceived theory, which clarifies nothing, DRR and resilience are distinctive, if not unique, in that the test of good theory is its immediate applicability to practical problems. There is little emphasis on storing up theory for use at some undefined time in the future, although, of course, it may turn out to be useful at any time in its existence.

Worldwide, all levels of higher education are engaged with disaster risk reduction, from undergraduate courses to the work of senior researchers. Experience from around the world suggests the most appropriate level of instruction is the Master's degree, i.e. the primary post-graduate level. Here, students may have a grounding in any one of about 40 different disciplines and professions which contribute to this field, and that gives them knowledge with depth. The purpose of a master's course is to complement the deeper understanding with transverse knowledge that spans the various disciplines. In many cases, the aim of a master's course is to educate and train students to be coordinators, who are able to speak enough of the language of

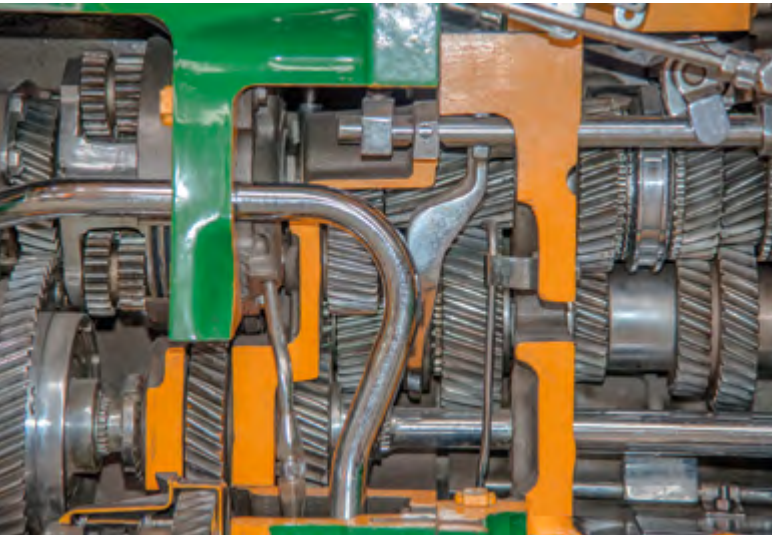
the practitioners in their various professions (geology, engineering, architecture, psychology and so on) to be able to interact with them effectively. Another common aim of master's courses is to help students obtain a common language and common culture, both of which are needed if the complex problems posed by disaster are to be tackled effectively, for they are multi-disciplinary problems with many different facets.



In designing and teaching courses on disaster management, risk reduction, crises, security and resilience we face a number of obstacles and challenges. To begin with, there are perennial debates on the meaning of our key terms, in particular, vulnerability, capacity, coping, exposure and resilience. While it is healthy to have discussions about what concepts mean, there is a sense that we are going around in circles endlessly defining and redefining them. One consequence of this is that disappointment sets in when too much is asked of a term such as resilience. A second problem is failure to agree on a common curriculum. Disaster studies have a pedigree that goes back almost a century, and they have been carried out with increasing intensity over the last 50 years. Despite this, universities have been slow to develop a consensus on the content of courses, and indeed on the qualifications that are needed to manage risks and emergencies or superintend recovery from disaster.

Disaster risk reduction is becoming increasingly popular in universities all over the world, but it is by no means a fully established „discipline“. In the United States, FEMA's

Emergency Management Institute sought to ensure that every state had at least one degree course that dealt with basic knowledge on how to manage an emergency. Other countries have been slower to follow suit, but the subject is now rapidly gaining in popularity. This leads to another of the great challenges, namely, how to connect an education in DRR to the job market. The availability of posts in this field is tied to the emergence of professional figures: humanitarian aid coordinators, disaster response managers, emergency planners and business continuity managers. The degree to which these specialities are recognised as legitimate professional domains varies considerably from country to country. As a result, the professionalism of the people who occupy such positions tends to be highly variable. The paradox of such a situation is that there are places where universities are „overproducing“ graduates in DRR because of a lack of jobs for them, but there is simultaneously an overwhelming need for qualified people to manage risks and emergencies.



In emergency management, half of the work is to understand what other participants are doing, as well as one's own role. (Pictures: CC= Public Domain / pixabay.com)

Another great challenge is to contribute, through teaching and research in higher education, to sustainability. Disaster risk reduction needs to be sustainable in its own right, but it then needs to be integrated with the general sustainability agenda regarding resource usage and stewardship, environmental protection and reduction in harmful forms of production. Climate change will produce more, and more intense, disasters. There are signs that this is beginning to happen, but most of the increase in the magnitude of disasters is currently being caused by increases in human vulnerability driven by population increases and polarisation between rich and poor.

If climate change will become one of the defining issues of our time, poverty reduction is already another. The tendency to see disasters as discrete events was once a hallmark of teaching and research in DRR. There is now widespread recognition that disasters are defined more and more by their context. Disaster researchers may shy

away from studying migration, for instance, but global mobility is a response to the same root cause – poverty – that begets vulnerability to disaster. In the sudden global surge of migration that has occurred in mid-decade we may be seeing the convergence of several issues: disasters, conflict, disenfranchisement, general vulnerability and poverty. In the future it will be difficult to build our courses, and our research problems, in isolation from any of these issues.

In developing a course in DRR, the first issue is to organise it in such a way as to give a broad education or training that emphasises the need for all participants to understand the big picture. In emergency management, half of the work is to understand what other participants are doing, as well as one's own role. This requires breadth of training. The second issue is to select the best, most relevant and useful research in DRR to teach to students or trainees. There needs to be a sense that work in this field will make use of research findings, and decisions will be made with reference to the evidence base that they constitute or reveal. The third issue is to use teaching to help break down the barriers between disciplines and see problems, and their solutions, holistically. This requires teachers who are able to span the disciplines and not see matters purely from one narrowly defined perspective. In this regard, it is essential to improve communication at the boundaries between disciplines, as well as to avoid the isolation brought about by monodisciplinary approaches. Finally, as DRR is a severely practical discipline, teaching and training need to be configured so that they suit the needs of students and trainees. These must be studied and acknowledged so that courses remain relevant and also adapt to changing needs.

The role of higher education in teaching, training, research and policy formulation in DRR has gradually become established and generally acknowledged by society and its leaders. Universities and research institutes have much work to do in this field, as the complexity of disaster is being revealed only very slowly, while at the same time the problems are developing at an accelerating pace as society and the world change. To be a teacher or researcher in this field – better still, to be both – is both challenging and rewarding, but never dull.

David Alexander ist Professor für Risiko- und Katastrophenvorsorge am University College London. Seine Bücher umfassen u. a. die Titel: „Natural Disaster“, „Confronting Catastrophe“, „Principles of Emergency Planning and Management“, „Recovery from Disaster“ (gemeinsam mit Ian Davis). Er ist Chefredakteur des International Journal of Disaster Risk Reduction. Als Wissenschaftler und Dozent befasst er sich mit Naturgefahren, Erdbebenkatastrophen sowie Notfallplanung und -management. Aktuell schreibt er ein Buch über Notfallplanung.

Der Studiengang KaVoMa aus Sicht der AKNZ

Thomas Mitschke und Frank Ehl

Der Studiengang KaVoMa, der im Rahmen einer Kooperation mit der Universität Bonn an der AKNZ in den Präsenzphasen durchgeführt wird, „passt“ sich in hervorragender Art und Weise in die Ausrichtung der AKNZ als der zentralen Bildungseinrichtung für die Notfallvorsorge, das Krisenmanagement und den Bevölkerungsschutz ein.

Die AKNZ zeichnet als Alleinstellung aus, dass an ihr unterschiedlichste Akteure des Bevölkerungsschutzes im Rahmen handlungs- und kompetenzorientierter didaktischer Ansätze aus- und fortgebildet werden. Dabei hat sich die AKNZ in den letzten Jahrzehnten bewusst für weitere Akteure des gesamtstaatlichen Sicherheitssystems wie z. B. den Polizeien von Bund und Länder, der Bundeswehr und der freien Wirtschaft im Bereich der KRITIS-Unternehmen geöffnet. Insofern findet an der AKNZ die von Professor Dikau treffend in seinem Beitrag erwähnte Überwindung der „Versäulung im Denken und Handeln“ in der Bildung als beste Katastrophenvorsorge statt. Das Pädagogische Konzept der AKNZ „passt“ daher in geradezu idealer Weise zum generalistisch-pluralistischen Ansatz von KaVoMa. Unterstrichen werden soll an dieser Stelle auch ausdrücklich die Bewertung des Stellenwertes von Bildung im Bevölkerungsschutz, wie sie Prof. Dikau als den zentralen Schlüssel und Grundlage für risikoreduzierendes Handeln beschreibt.

Die Synergie, die die Universität und das BBK mit seiner zentralen Bildungseinrichtung AKNZ im Kontext des Studienganges eingegangen sind, kann in ihrer Bedeutung für die Studierenden, die Teilnehmer sowie alle involvierten Dozenten der AKNZ nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Geist der AKNZ mit den Kompetenzen ihrer Teilnehmer sowie der Dozenten dringt in den Studiengang kontinuierlich ein. Umgekehrt profitiert die AKNZ erheblich von der Fachexpertise der Studierenden, zumal wenn sie im beruflichen Alltag zu vernetzten handelnden Generalisten heranreifen.

Wie gestaltet sich nun die Durchführung des Studienganges konkret an der AKNZ? Die Präsenzwochenenden des Studienganges finden an der AKNZ statt. Ein optimaler Campus, der kurze Wege, Lehrsäle und Stabsräume sowie Verpflegungsangebot und moderne Einzelzimmer bietet. Neben der Möglichkeit, sich komplett auf das Studium zu konzentrieren, lernen die Studierenden an einem als Wissensdrehscheibe und Plattform im Bevölkerungsschutz anerkannten Ort. Die AKNZ ist dabei für zukünftige Arbeitgeber bereits eine bekannte Marke.

Aus Dozentensicht unterscheiden sich Vorlesungen von regulären Seminaren. Der berufsbegleitende Studiengang erfordert straffe Trennung zwischen Vorlesung, Selbstlern-

phase und abschließender Klausur. Die Studierenden sind, im Gegensatz zu vielen sonstigen Teilnehmern, eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Zielvorstellungen. In einen generalistisch angelegten Studiengang eingeschrieben absolvieren sie vorgegebene Module, haben sich nicht gezielt für ein Fachseminar mit klarer berufliche Verwendung angemeldet. Der Dozent soll einen Einstieg ins Thema geben und die wesentlichen Grundlagen vermitteln, die in der anschließenden Selbstlernphase von ca. acht Wochen vertieft werden. Literatur muss genannt und bereitgestellt werden, ohne dabei auf vertrauliche oder nicht allgemein zugängliche Unterlagen wie z. B. Führungsdienstvorschriften zurückzugreifen. Belastungen der Selbstlernphase sind entsprechend den vorgegebenen Credit Points zu kalkulieren. Die Klausur ist fair und mit gleichen Chancen für Alle zu stellen. Aus Sicht einiger Studierenden ist die Note wesentlich. Aber auch der Dozent fragt sich bei der Korrektur, ob die Fragestellung gerecht war, zu hohe Belastungen in Kombination mit den beruflichen Anforderungen der Studierenden Ursache für unvollständige Antworten sind, oder Vorlesung und Literaturlauswahl möglicherweise nicht optimal waren. Als Dozent hinterfragt man sein Thema bei der Vorbereitung auf wissenschaftlichem Niveau intensiv. Fragen und Diskussionen mit den Studierenden, die ja auch alle bereits über Berufserfahrung und unterschiedliche Hintergründe verfügen, ergänzen dies. Die Klausur bietet Einblick, ob der Inhalt tatsächlich von den Studierenden aufgenommen wurde. Wünschenswert wäre teilweise mehr Zeit, um in eine vertiefte wissenschaftliche Diskussion einsteigen zu können. Die Stabsübung unter Belastung am zweiten Modulwochenende des letzten Moduls bietet den Studierenden die Möglichkeit, erlerntes Wissen anzuwenden und ohne Prüfungsdruck auszuprobieren. In einem herausfordernden Szenario sind sie gezwungen, als Krisenstab voranzuplanen und Entscheidungen zu treffen. Schichtwechsel und Belastungen während der Nachtzeit machen deutlich, wo eigene Grenzen liegen. Dies gilt jedoch nicht nur für die Studierenden, auch für uns Dozenten als Übungsleitung ist jede Übung eine neue Herausforderung und zugleich Abschluss des Studiums. In der Betreuung von Masterarbeiten bietet sich dann noch mal die Möglichkeit, ein Thema intensiv zu behandeln.

Thomas Mitschke ist Leiter der Abteilung *Zivilschutz Ausbildung, Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz* im BBK. Frank Ehl ist Mitarbeiter des Referates *Administrative Führung und Leitung, Internationale Ausbildung* an der AKNZ.

Vielfältiger Studiengang

Zwei beispielhafte Masterarbeiten aus dem berufsbegleitenden Masterstudiengang Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement (KaVoMa) an der Universität Bonn

I Kritikalität, Vulnerabilität und Resilienz von Systemen

Auswirkung eines Erdbebens auf Telekommunikationsdienste im nördlichen Rheinland

Wolfram Kantorek

Im Rahmen einer Masterarbeit, betreut durch das Institut für Neotektonik und Georisiken an der Rheinisch Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der KA Köln.Assekuranz Agentur GmbH, wurde die Auswirkung eines Erdbebens im nördlichen Rheinland untersucht. Motiviert durch den Widerspruch des in vielen Übungsszenarien beschriebenen vollständigen Ausfalles der Fernmeldeversorgung auf der einen Seite und der im Rahmen von Unglücksfällen (z. B. 2011 Erdbeben in Japan) beobachteten Verfügbarkeit des Internets prognostizierte diese Arbeit eine tatsächliche Lage. Weiter wurde die Fragestellung für weitere Forschungen inspiriert, inwieweit

te. Anhand des Post- und Telekommunikationssicherungsgesetzes wurde das Schutzziel festgelegt. Hierbei handelt es sich um Dienste, die bei einem Schadensereignis mindestens von einem Fernmeldenetzbetreiber erbracht werden müssen, um ein Minimum an Sprach- und Datenkommunikation in der Bundesrepublik Deutschland aufrechtzuerhalten. Abgeleitet daraus wurden die Netzwerkelemente des Fest- und Mobilfunknetzes identifiziert, die durch ein Erdbeben in Mitleidenschaft gezogen werden. Entsprechend ihrer Funktion im Netz (aktive oder passive Elemente), ihrer baulichen Eigenschaften (Indoor / Outdoor) und ihrer Kritikalität für das Gesamtsystem wurden sie in sechs Risikoelement-Klassen (RE-Klasse) eingeordnet. Antennen und die menschliche Dimension in Form von Mitarbeitern und Kunden bilden jeweils eine eigene RE-Klasse.

Als Gefahr wurde ein seltenes, aber mögliches Erdbeben im nördlichen Rheinland der Stärke ML 6,5 auf der Richterskala angenommen.

Zur Diskussion der RE-Klassen im Hinblick auf Erdbeben wurden die Begriffe *Kritikalität*, *Vulnerabilität* und *Resilienz* eingeführt. Einem Element wurde eine hohe Kritikalität zugewiesen, wenn bei dessen Ausfall das Gesamtsystem Telekommunikation stark beeinträchtigt wurde. Entsprechend der Auswirkung wurde die Kritikalität operationalisiert. In ähnlicher Weise wurde die Vulnerabilität eingeführt. Als hoch vulnerabel gelten Netzwerkelemente, die vollständig ausfallen und ihre Funktionsfähigkeit nicht aufrecht erhalten können. Für den Begriff der Resilienz wurde die Definition „...the ability to bounce or spring back into shape, position, etc...“ eingeführt (O'Rourke, 2007). Betrachtete Faktoren sind die systemeigene Robustheit, die Redundanzen, die Verfügbarkeit von Ressourcen und die Geschwindigkeit, mit der ein System in den Ursprungszustand zurück fällt. Ressourcen sind Mittel, die den Ursprungszustand wiederherstellen. So können dies Kräfte zur Entstörung, Ersatzteile, Fahrzeuge, um zum Einsatzort zu gelangen, sein. Diese sind vorhanden oder nicht. Die Reaktions-



Mit Hilfe beschriebener Schäden an Strom- und Fernmeldeversorgungsanlagen aus vergangenen Erdbebenereignissen wurde die Einstufung der einzelnen RE-Klassen vorgenommen.

Kritikalität, Vulnerabilität und Resilienz in einem Verhältnis zueinanderstehen.

Methodisch stand dabei die Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Pa-

geschwindigkeit ist der Wert, mit dem die Funktionalität wieder durch eigene oder durch extern zugeführte (manuelles Umschalten) Kraft wieder hergestellt wird. (Resilienzskalierung nach O'Rourke, vom Autor modifiziert).

Mit Hilfe beschriebener Schäden an Strom- und Fernmeldeversorgungsanlagen aus vergangenen Erdbebeneignissen wurde die Einstufung der einzelnen RE-Klassen hinsichtlich ihrer Vulnerabilität und ihrer Resilienz vorgenommen. Die Beobachtungen beziehen sich auf Beben bis Anfang der 70iger Jahre. Ältere Aufzeichnungen sind sehr selten oder geben keinen Aufschluss zu den hier betrachteten Risikoelementen. Besonders erwähnt seien an dieser Stelle der Anschlag auf das World Trade Center, New York, 2001 – einem in seinen Auswirkungen dem Erdbeben gleichzustellenden Ereignis –, das Erdbeben vor Japan 2011, alle grösseren, von Aristotle University of Thessaloniki beschriebenen Erdbeben in Griechenland und dem Northridgebeben, USA, 1995. Weitere Quellen für die Diskussion waren die im „NSTAC Report to the President on Communication Resilience“, USA, 2012 und im Bericht über die „Earthquake Resistant Construction of Electrical Transmission and Telecommunication Facilities ...“, USA von 1990 beschriebenen Auswirkungen.

Die Diskussion brachte folgende Ergebnisse. RE-Klassen niedriger Kritikalität, also solche die bei ihrer Zerstörung keinen oder nur einen örtlich beschränkten Einfluss auf die Erbringung von Fernmeldedienstleistungen haben, wurde eine geringere Vulnerabilität gegenüber Erdbeben zugesprochen. Hierbei handelt es sich Anschlusseinrichtungen, passive Verteilerelemente und Kabel. Erst wenn eine höhere Erdbebenmagnitude überschritten ist, kommt es bei diesen Elementen zum Ausfall mit der Folge, dass aufgrund ihrer recht geringen Resilienz Instandsetzungen länger andauern. Es besteht keine Möglichkeit der Ersatzschaltung und Ressourcen stehen erst später zur Verfügung. Die beobachteten Zerstörungen sind Folgeschäden, wie Trümmerschlag, Wassereintrich, Feuer oder Bodenverflüssigungen. Seltener kommt es zum Zerreißen von Linien durch Aufschwingen im Resonanzfall mit den Erdbebenwellen. Bei zentralen Netzwerkelementen, wie z. B. Betriebsstellen, besteht eine höhere Vulnerabilität aufgrund der externen Stromversorgung und der Klimatechnik. Ausfälle der öffentlichen Stromversorgung werden durch Netzersatzeinrichtungen (Batterien und Aggregaten) nur bedingt kompensiert. Dem steht eine hohe Resilienz der hier betrachteten höheren Netzwerkelemente gegenüber. Ausfälle werden automatisch oder manuell ersatzgeschaltet, Reparaturarbeiten sind aufgrund der Verfügbarkeit von Ressourcen schnell möglich. Antennenanlagen, die in einer eigenen RE-Klasse zusammengefasst wurden, weisen eine hohe Robustheit gegen Erdbeben aus. In den betrachteten Ereignissen kam es kaum zu baulichen Beschädigungen. Als Grund wird die gegen hohe Windlast ausgelegte Konstruktion angeführt. Dagegen ist die Resilienz recht gering. Kommt es tatsächlich zum Ausfall, müssen die Standorte erst erreicht, Ersatzteile herangeschafft und Fachpersonal zur Reparatur alarmiert werden. Resilienzverbessernd wirkt es sich aus, die ehemals versorgten Bereiche durch

Veränderung der Ausleuchtbereiche benachbarter Antennenstandorte so zu verändern, dass in den betroffenen Gebieten wieder Mobilfunkdienste zur Verfügung gestellt werden können. Das Personal, die menschliche Dimension, weist eine hohe Vulnerabilität im Falle der eigenen Betroffenheit aus. Ihre Resilienz ist als hoch anzusetzen. Ausbildung, Standardisierung und Notfall- / Krisenprozesse wirken hier positiv. Der menschlichen Dimension darf auch in einem stark automatisierten Umfeld eine wichtige Rolle bei Schadensereignissen zugesprochen werden.



Generell muss bei einem Erdbeben von einem punktuellen Ausfall von Fernmeldediensten ausgegangen werden. (Fotos: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Die Untersuchung ergab zwei grundsätzliche Erkenntnisse. Zum einen darf bei einem Erdbeben von einem punktuellen Ausfall von Fernmeldediensten ausgegangen werden. Eine großflächige Beeinträchtigung findet nicht statt. Weiter wird Elementen des Systems Telekommunikationsinfrastruktur mit niedriger Kritikalität eine höhere Robustheit gegen Erdbeben bescheinigt. Kommt es aber zu einer Beschädigung, ist aufgrund der geringeren Resilienz mit einem mittel- bis langfristigen lokalen Ausfall zu rechnen. Elemente mit hoher Kritikalität können zwar eher ausfallen, ihre Funktion im Gesamtsystem wird nicht beeinträchtigt und steht schneller wieder zur Verfügung. Dies ist der höheren Resilienz zuzuschreiben. Die letztere Erkenntnis dürfte die Grundlage für weitere Forschungen darstellen.

Wolfram Kantorek ist seit mehr als 25 Jahren im Bereich des Fernmeldewesens bei Firmen im In- und Ausland tätig. Er ist ausgewiesener Spezialist in Sachen Netzwerktechnik und im Bereich des Krisen- und Notfallmanagements.

Der folgende Artikel fasst die Masterarbeit „Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Ausland am Beispiel des Johanniter-Einsatzes in Haiti 2010“ zusammen. Die Arbeit wurde im Rahmen des berufsbegleitenden Masterstudienganges

Katastrophenvorsorge und -management (KaVoMa) der Universität Bonn und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erstellt und im Mai 2013 im LIT Verlag veröffentlicht.

Hilfe für Helfer im Auslandseinsatz

Peter Waterstraat

Ob Nepal-, Erdbeben oder Ebolakrise – Auslandseinsätze nach Naturkatastrophen oder in Kriegen und Krisen stellen für die Einsatzkräfte eine besondere Herausforderung dar. Unter welchen Belastungen leiden diese Einsatzkräfte, welche Schutzfaktoren gibt es, welche Bewältigungsstrategien können wie angewendet werden und inwiefern kann eine psychosoziale Begleitung dazu beitragen, negative Folgen zu minimieren?



Auslandseinsätze nach Naturkatastrophen oder in Kriegen und Krisen stellen für die Einsatzkräfte eine besondere Herausforderung dar.

Diesen Fragen näherte sich die Masterarbeit unter Berücksichtigung der Besonderheiten im Auslandseinsatz zunächst über eine Literaturanalyse. Zusätzlich dazu wurde anhand des Einsatzes des ersten Medical Emergency Response Teams der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. nach dem Erdbeben im Haiti im Januar 2010 überprüft, inwieweit die in der Literatur beschriebenen potenziellen Belastungen, Schutzfaktoren und Bewältigungsstrategien auch in diesem Fall zum Tragen kamen. Des Weiteren wurde die psychosoziale Begleitung während dieses Haiti-Einsatzes betrachtet. Hierzu wurden Experteninterviews mit Einsatzkräften des Johanniter-Teams sowie dem begleitenden Seelsorger geführt und ausgewertet.

Die in der Literatur beschriebenen Belastungsfaktoren, die in humanitären Auslandseinsätzen auftreten können, fanden sich zum Teil auch in den Aussagen der Interviewpartner wieder. Im Haiti-Einsatz wurden in Bezug auf

schwierige Lebensbedingungen vor allem die fehlenden Rückzugsmöglichkeiten und der Geräuschpegel im Camp als belastend wahrgenommen. Bezüglich der Arbeitsbedingungen wurden alle Aspekte, die auch in der Literatur Erwähnung finden, bestätigt. Hierbei spielten die an sich selbst gestellten Erwartungen und auch die Erwartungshaltungen des Umfelds eine besondere Rolle. Die befragten Einsatzkräfte beschrieben auch belastende Eindrücke, wie den Anblick von Verhaftungen und überfallenen Hilfsgütertransporten. Interkulturelle Aspekte, Sprachprobleme und unterschiedliche Wertevorstellungen spielen in Auslandseinsätzen eine Rolle und können belastend wirken. Bezüglich der Sicherheit ist festzustellen, dass die Einsatzkräfte nicht unmittelbar bedroht wurden oder unter ständiger Angst lebten, jedoch wird in den Interviews der permanente Stress, der von der Informationslage über sicherheitsrelevante Themen ausging, deutlich. In Erdbebengebieten ist hierbei die Gefahr von Nachbeben ein zu beachtender Faktor. Dass die erlebte Sinnhaftigkeit eines Einsatzes, wie in der Literatur beschrieben, ein ausschlaggebender Punkt ist, belegen die Aussagen der Interviewpartner. Die Ausrichtung der Hilfeleistungen auf eine langfristige Strategie konnte als wichtiger Stabilisator und Sinngeber für die Einsatzkräfte identifiziert werden. Auch Übergangsprozesse (die bei Ausreise sowie der Rückkehr erlebt werden) stellen einen erheblichen Faktor bei der Verarbeitung der Erlebnisse dar.

Sowohl die Literatur als auch die Ergebnisse der Interviews zeigen in Bezug auf die Schutzfaktoren, dass abgesehen von der Erfüllung von Grundbedürfnissen (siehe Tabelle) eine persönliche sowie fachliche Ausbildung und Vorbereitung auf einen Auslandseinsatz die Grundlage eines erfolgreichen Einsatzes sowie einer gelungenen Verhinderung von negativen Folgen aufgrund von Belastungen darstellt. Es wurde deutlich, dass durch eine verantwortungsbewusste Personalauswahl und Zusammenstellung, professionelle Ausbildung der Helfer, gute organisatorische und psychologische Vorbereitung, klare Führungsstrukturen, klar definierte Funktionen und Rollen, gute materielle Ausstattung, guten Teamzusammenhalt, offene Gesprächskultur, sichere Unterbringung und Arbeitsorte sowie aktive Psychohygiene durch dauerhafte Psychoedukation (vgl. Müller-Lange 2010: 16) viel für den Schutz der Einsatzkräfte getan werden kann.

Bezogen auf die Bewältigungsstrategien im Auslandseinsatz ergaben die Interviews, dass eine Strukturierung und Ritualisierung des Einsatzes Orientierung gibt und hilft, Be-

lastungen vorzubeugen. Eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung stellt sich im Auslandseinsatz auf Grund der Rahmenbedingungen oft als schwierig bis unmöglich dar. Auch der Kontakt zu Freunden und Familie ist aufgrund von fehlenden oder gestörten Kommunikationsmöglichkeiten häufig nur eingeschränkt möglich. Das Fallbeispiel belegt, dass das Team-Erleben äußerst positiv und als Schutzfaktor wirken kann. Die in der Literatur ausgemachten negativen Komponenten, wie fehlende Rückzugsmöglichkeiten, Zusammensetzung des Teams oder ständige Mitgliederwechsel, kamen im Haiti-Einsatz nicht zum Tragen. Die Interviews ergaben zudem, dass es den Einsatzkräften sehr gut tut, ihre eigentliche Aufgabe temporär gegen eine andere Tätigkeit zu tauschen, um Abstand zu gewinnen.

Grundlegende Bedürfnisse nach Maslow	„Übersetzung ins Einsatzgeschehen“
Physiologische Bedürfnisse	Essen, Trinken, Schlafen, Entspannung, Freizeit
Sicherheitsbedürfnis	Physische und materielle Sicherheit, Angstfreiheit, Informationsfluss
Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Liebe	Integration, Zugehörigkeit, Sympathie und Austausch im Team
Bedürfnis nach Achtung	Selbstachtung und Anerkennung durch Kollegen und Vorgesetzte
Bedürfnis nach Selbstverwirklichung	Sich selbst und seine Ideen verwirklichen können, ein Teil des Gesamtauftrags sein

Grundbedürfnisse nach Maslow sowie Übertragung in ein Einsatzgeschehen (Eigene Darstellung nach Maslow 1978: 74-89 und DRK 1997: 4)

Die psychosoziale Einsatzbegleitung im Fallbeispiel wurde von allen Beteiligten sehr positiv bewertet. Sie hat die Möglichkeit, durch kurzfristige Interventionen auf Belastungen einzugehen, kann helfen, diese einzuordnen und dadurch Schutzfaktoren verstärken. Durch Psychoedukation können die Einsatzkräfte immer wieder auf Möglichkeiten des Umgangs mit sowie der Bewältigung von Belastungen erinnert werden. Der alleinige Aspekt der Anwesenheit einer psychosozialen Fachkraft sorgte für Sicherheit bei den Einsatzkräften. Die seelsorgerischen Aspekte können einer Verrohung entgegenwirken und sinnstiftend wirken. Zu diskutieren bleibt, welche Faktoren zu einem Gelingen einer solchen Einsatzbegleitung beitragen können, ob jeder Einsatz begleitet oder dies an bestimmte Kriterien gebunden sein sollte. Hinsichtlich der Frage, welche Faktoren wichtig für das Gelingen von Einsatzbegleitung sind, ist zunächst die Integration des Konzepts in die Ausbildung und Vorbereitung der Einsatzkräfte zu nennen. Dadurch kann gewährleistet werden, dass diese sich mit der Thematik auseinandersetzen und im Falle einer Entsendung in den Auslandseinsatz mit dem Konzept vertraut sind. Notwendig ist zudem die Ausbildung und Vorbereitung der psychosozialen Fachkräfte auf ihre Tätigkeit und das gemeinsame Trainieren des Einsatzfalles mit den anderen Einsatz-

Literatur:

Bronner, U. (2003): Humanitäre Helfer in Krisengebieten. Motivation, Einsatzerleben, Konsequenzen. Eine psychologische Analyse. Berliner Schriften zur Humanitären Hilfe und Konfliktprävention. Band 3. Münster.
 DRK (1997): Psychische Belastungen in einem Auslandseinsatz. Auslandseinsätze. Bonn
 Maslow, A. H. (1978): Motivation und Persönlichkeit. Olten, Freiburg.
 Müller-Lange, J. (2010b): Psychosoziale Notfallversorgung nach dem Einsatz in Haiti. Nachhaltige Hilfe. Teil 2. In: Im Einsatz. Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte. Heft 3/2010. S. 14-17.

kräften. Eine erfolgreiche Einsatzbegleitung ist außerdem maßgeblich von der Persönlichkeit der psychosozialen Fachkraft abhängig. Es kommt darauf an, dass diese fähig ist, sich in das Team zu integrieren und Teil davon zu werden sowie gleichzeitig die Rolle als Einsatzbegleiter wahrzunehmen und auf die Belastungen der Teammitglieder zu achten, Angebote zu machen und auf Kollegen zuzugehen. Diese Aufgabe verlangt viel Fingerspitzengefühl und eine Führung, die das Vorhaben unterstützt.



Verhältnisse und Rahmenbedingungen bei Auslandseinsätzen stellen hohe Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit. (Fotos: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Eine Diskussion um Ausgestaltung und Kriterien für die Entsendung von Einsatzbegleitungen in der Humanitären Nothilfe lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend führen, da es bisher nur sehr wenige Erfahrungen mit dem Konzept der Einsatzbegleitung in Auslandseinsätzen gibt. Die einzelnen Organisationen müssen, auf Grundlage weiterer Praxiserfahrungen, auf die eigene Organisation abgestimmte Kriterien entwickeln. Weitere Einsätze sollten zudem wissenschaftlich begleitet werden, um die Organisationen bei dieser Aufgabe zu unterstützen und das Thema weiter voranzutreiben.

Dipl. Sozialarbeiter/-pädagogin Peter Waterstraat hat 2012 den KaVoMa-Studiengang abgeschlossen und ist seit 2014 für die Koordination der PSNV im Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main zuständig.

„Die breite Ausrichtung hat sofort mein Interesse geweckt“

Vier Fragen an Absolventen und (Noch)Studierende

Um einen Eindruck zu gewinnen von Beweggründen, Erwartungen und Erfahrungen wurden die folgenden Absolventen und Studierenden des berufsbegleitenden Studienganges KaVoMa gebeten vier Fragen zum Thema zu beantworten:

- Gabriele Altmann, ASB, Bundesgeschäftsstelle Köln, Bildungsreferentin (GA)
- Dr. Maria-Nieves Alvarez, GIZ, Abteilung 42: Good Governance und Menschenrechte (MA)
- Ute Dommermuth, Sachbearbeiterin, Ständiger Stab, Polizeipräsidium Köln (UD)
- Gabriele Gotthardt, Leiterin Ordnungsamt der Gemeinde Sylt (GG)
- Arvid Iversen, Leiter Verwaltungsbereich 2, zuständig für Lage und Information, Regionalstab Dresden, Landesdirektion Sachsen (AI)
- Robert Jonas, Sachbearbeiter Katastrophenschutz, Landkreis Havelland, Ordnungs- und Verkehrsamt, Rathenow (RJ)
- Wolfram Kantorek, Deutsche Telekom AG, Bereich Sicherheit, Internationale Kooperationen (WK)
- Thomas Kutschker, Brandamtsrat, Leiter Gefahrenabwehrplanung und Rettungsdienst, Berufsfeuerwehr Offenbach am Main (TK)
- Monika Lieberam, Angestellte im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums bei der Leitung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (ML)
- Katja Scholtes, MHBA, Chefärztin Interdisziplinäre Notaufnahme (INA), Klinikum Niederberg gGmbH, Velbert (KS)
- Markus Schrader, Oberstleutnant, Leiter Virtuelle Kommunikations- und Lernplattformen, Zentrum ZMZBw (Nienburg/Weser) (MS)
- Volker Stillig, Referent im Referat „Ressort- und Länderübergreifende Krisenmanagementübungen, LÜKEX“, BBK (VS)

Warum haben Sie sich für den Studiengang KaVoMa entschieden?

GA: Ich arbeite als Bildungsreferentin im Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. Zu meinem Aufgabengebiet gehört die Konzeption und Begleitung der Lehrkräfte-

schulung für Erste-Hilfe- und Sanitätsdienstausbildung sowie der Führungsausbildung unserer Einsatzkräfte im Katastrophenschutz. Als Ethnologin M.A. und Fachkrankenschwester für Intensivpflege und Anästhesie bot mir das Studienangebot KaVoMa exakt das Themenspektrum, um mich im Bereich Bevölkerungsschutz nebenberuflich weiterzuqualifizieren.

MA: Als langjährige Mitarbeiterin der GIZ und UNICEF habe ich sehr oft Überschwemmungen, Hurricans, Erdbeben, Vulkanausbrüche und Erdbeben in der zentralamerikanischen Region erlebt, aber kein Erlebnis war so erschütternd wie das Erdbeben in Port au Prince (Haiti) im Jahr 2010. Diese persönliche Erfahrung während und nach der Katastrophe hat mir die Bedeutung des Katastrophenmanagements deutlich vor Augen geführt. Deswegen war es mir sehr wichtig, die Lehre aus Haiti im Kontext der wissenschaftlichen, theoretischen Diskussion von KaVoMa besser zu verstehen und zu verarbeiten, sowie als lessons learned zu verbreiten.

UD: Ich habe eine neue Herausforderung gesucht und wollte meinem Kopf mal wieder etwas „Bewegung“ verschaffen, somit war der Blick generell auf ein Studium gerichtet. Ich habe mir dann einige Masterstudiengänge angeschaut, die mich beruflich als Polizeibeamtin weiterbringen. Da sich mein derzeitiges Tätigkeitsfeld unter anderem mit der Gefahr von Anschlägen und größeren Schadenslagen beschäftigt, lag die Wahl für KaVoMa auf der Hand.

GG: Die breite Ausrichtung des Studienganges hat sofort mein Interesse geweckt, der Ansatz „Generalisten“ auszubilden und zu vernetzen quer durch Entscheidungsebenen und aus den unterschiedlichsten Fachgebieten, die mit Katastrophenschutz / Katastrophenvorsorge zu tun haben.

AI: Das Studium habe ich gewählt, weil ich seit langer Zeit im Katastrophenschutz tätig bin und ich mein Wissen erweitern wollte. Die bisherigen Fähig- und Fertigkeiten habe ich mir über verschiedene, eher unstrukturierte, Fortbildungen oder reale Einsätze angeeignet. Nunmehr wollte ich dem Ganzen auf wissenschaftlicher Basis ein Fundament geben, um Prozesse zu verstehen bzw. wie Risiken / Gefahrenpotenziale festgestellt und vorgebeugt werden kann.

RJ: Meine erste Intention, sich für den Studiengang KaVoMa zu entscheiden war der Name des Titels, den man sich damit erwirbt: „Master of Disaster Management and Risk Governance“. Das klingt schon mal repräsentativ. Aber auch die beiden Institutionen, die Universität Bonn sowie das BBK nebst AKNZ, die den Studiengang in Kooperation durchführen, sind Organisationen mit einem respektablem Ruf, an denen ich gern studieren wollte.

WK: Zunächst stand der berufliche Aspekt im Vordergrund. Der angestrebte Master-Abschluss sollte mir neue und erweiterte berufliche Herausforderungen ermöglichen. Schnell änderte sich allerdings die Motivation. Nach der Durchsicht der Module setzte sich schnell das Interesse an den disziplinübergreifenden Themen durch. Die Neugier war geweckt. Weiter war das hybride Lernen – eine gesunde Mischung zwischen Präsenzwochenende und selbständigem Aneignen des Wissens – ein entscheidender Faktor sich für diesen Studiengang zu entscheiden. Nach einer gründlichen Einführung durch die Dozenten wurde der vermittelte Stoff dann vertieft und um neue Wissensgebiete erweitert.“



Ein Studium bietet neue Herausforderungen und neue Erfahrungen.

TK: Nach vielen Jahren im Beruf suchte ich nach einer Herausforderung, die keine Alternative, sondern eine Ergänzung zu meiner Tätigkeit sein sollte. Mir wurde zudem bewusst, dass die immer komplexeren Problemstellungen der modernen Gefahrenabwehr durch wissenschaftliche Erkenntnisse besser bewältigt werden können. Der Studiengang KaVoMa hat mich deshalb vor allem mit seinem sehr breit gefächerten Curriculum überzeugt. Ich empfinde es als fachliche Bereicherung, insbesondere für meine Tätigkeit in der Gefahrenabwehrplanung, einen möglichst interdisziplinären Ansatz verfolgen zu können.

ML: Meine Entscheidung, den Studiengang KaVoMa zu belegen, resultierte aus folgender Überlegung. Zum Zeitpunkt meiner Bewerbung für diesen Studiengang arbeitete ich im THW-Grundlagenreferat. Dort wurde ich mit allen Angelegenheiten, die im Aufgabenbereich einer Katastrophenschutzorganisation des Bundes liegen, konfrontiert. Um diese Aufgabenstellungen bewältigen zu können, fehlte

mir zum einen als Medienwissenschaftlerin das Fachwissen im naturwissenschaftlichen Bereich, zum anderen waren mir die Zusammenhänge zwischen den Prozessen nicht geläufig. Diese Expertise konnte ich mir zum damaligen Zeitpunkt lediglich anlesen, wozu aber im Arbeitsprozess niemals genug Zeit war. Als ich zufällig von KaVoMa las, war mein Entschluss gefasst. Ich wollte noch einmal studieren!

KS: Ich hatte mich nach meiner langjährigen Tätigkeit als Notärztin und in verschiedenen interdisziplinären Notaufnahmen für das KaVoMa-Studium entschieden, da ich es als logische Fortsetzung der rettungsdienstlichen Tätigkeiten gesehen habe.“

MS: Bei der Arbeit in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit ist ein ressort- und fachübergreifendes Denken und Handeln von entscheidender Bedeutung. Die Fachgrenzen zu überspringen war daher nur mit einem breit angelegten Studium möglich, das dieses Denken ermöglicht und dies ist und war KaVoMa.

VS: Nach meinem Bachelorstudium Sicherheitsmanagement und ersten praktischen Berufserfahrungen wollte ich mich gerne weiter akademisch mit dem Bereich Katastrophenvorsorge und –management beschäftigen. Dabei war mir ein berufsbegleitender Studiengang wichtig, sodass ich mich neben der universitären Ausbildung auch beruflich weiterentwickeln konnte. KaVoMa als generalistischer Studiengang gab mir zudem die Möglichkeit, eine breite Übersicht über das Arbeitsfeld zu bekommen.

Was hat Ihnen am Studium gefallen bzw. was gefällt Ihnen am Studium?

GA: Besonders überzeugt haben mich die sehr gute Struktur und das interessante und breite Themenspektrum des Weiterbildungsstudienganges KaVoMa – vertreten durch eine Vielzahl von DozentInnen mit jeweils eigenem wissenschaftlichen Fokus auf Vorsorge und Management von Katastrophen.

MA: Es gibt eine ganze Reihe von Themen, die mir gut gefallen haben: Die Interdisziplinarität des Curriculums, die eine breite Perspektive des Krisen- und Katastrophenmanagements ermöglicht, sowie die gelungene Vernetzung von Wissenschaft und Praxis. Krisen- und Katastrophenmanagement erfordern die Integration verschiedener Disziplinen und Aufgaben der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, die unterschiedliche Schwerpunkte und Einblicke mit sich bringen. Gerade dieser Aspekt ist durch die Auswahl der Wissenschaftler, Dozenten und der Teilnehmer aus verschiedenen Disziplinen besonders zu erwähnen. Nicht zuletzt sind die Seminarräume, Ausflüge und die mehrtägige Stabsübung im Krisenstab in der sehr angenehmen Umgebung der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) positiv hervorzuheben.

UD: Mir gefällt neben der Erweiterung meines Wissensspektrums der Umstand, dass man sowohl bundesweit als auch über das benachbarte Ausland Akteure aus unterschiedlichen Berufssparten der polizeilichen und nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr kennenlernt und somit überregionale Netzwerke ausbilden kann.

GG: Die Vielfalt der Themen und damit verbunden die Vielfalt der Wissensvermittlung hat mich besonders angesprochen. Dinge aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten kann sich bei einer Entscheidungsfindung, insbesondere in Krisensituationen, nur positiv auswirken. Die Möglichkeit, das erworbene Wissen umgehend in die Praxis umzusetzen, macht das Studium besonders reizvoll und motivierend.

AI: Der wissenschaftliche Ansatz gepaart mit praktischem Wissen sowie kompetente und international erfahrene Dozenten – und alles strukturiert aufbereitet – hat mich überzeugt. Positiv war ferner der Umstand, dass meine Kommilitonen aus unterschiedlichsten Bereichen gekommen sind und so unter Einbindung anderer Jahrgänge ein Netzwerk (inkl. Dozenten) entstanden ist und Erfahrungen ausgetauscht werden konnten und können.

RJ: Natürlich spielen die Inhalte, die vermittelt werden, die entscheidende Rolle. Vor allem der Rundumschlag der unterschiedlichsten Themengebiete ist maßgebend für die Attraktivität dieses Studienganges.

WK: Neben den beruflichen Aspekten hat es einfach nur Spaß gemacht an der Universität in Bonn diesen Studiengang zu belegen. Das breitgefächerte Angebot an Themen regte in vielen Fällen das Nachdenken über mein eigenes Handeln an. Aus den gemeinsam an der Unterrichtseinrichtung des BBK in Ahrweiler „durchlernten“ Unterrichtsmodulen hat sich ein bis heute existierendes Netzwerk unter den Mitstudierenden gebildet, das immer noch gut funktioniert. Ich kann diesen Studiengang nur weiterempfehlen.

TK: Berufsbegleitendes Studieren schreckt viele aufgrund des nicht absehbaren Zeitbedarfes und der erforderlichen Logistik der Integration in den Alltag ab. An KaVoMa hat mir deshalb besonders die Anordnung der Module und der zeitliche Abstand der Präsenzzeiten gefallen. Das gesamte Studium wird schon von ersten Tag an planbar und lässt sich deshalb z. B. problemlos in die Urlaubsplanung mit einbeziehen. Ein weiteres Plus ist der Studienort an der AKNZ, der nicht nur eine optimale Lernatmosphäre bietet, sondern auch mit der Ausstattung seiner Lehrsäle und der Möglichkeit der Unterkunft meiner Meinung nach einen deutlichen Vorteil gegenüber vergleichbaren Studiengängen aufweist.

ML: Wie es der Zufall wollte, übernahm ich mit Beginn des Studiums den neu aufzubauenden THW-Forschungsbereich. Schon mit Belegung des ersten KaVoMa-Moduls war mir klar, diese Lehrinhalte bringen mich beruflich weiter.

In jedem Modul waren die unterschiedlichsten Fachexperten als Lehrkräfte tätig, Hochschulprofessoren, Mitarbeiter des BBK, Wissenschaftler verschiedener Institutionen, Kommunikationsexperten ... Diese waren jederzeit ansprechbar, um tiefergehende Fragen zu beantworten. Auch die Verantwortlichen der Universität Bonn standen immer mit Ratschlägen zur Seite.



Blick über den Tellerrand.
(Fotos: CC0 Public Domain / pixabay.com, Grafik: BBK)

Besonders hat mir auch die Zusammensetzung der Studiengruppe gefallen aufgrund der unterschiedlichen Berufsgruppen der berufserfahrenen Teilnehmer, welche die Praxis-Module zu einem besonderen Erlebnis werden ließen – auch wenn sie manchmal die Dozenten mit ihren vielen Fragen und Einzelbeiträgen zum Verzweifeln brachten.

KS: Bis auf das Modul „Public Health, medizinische und psychosoziale Vorsorge und Notfallhilfe“ wurden keine medizinischen Themen vermittelt, dafür viele interessante Themen aus nichtmedizinischen Bereichen. Ich habe mehrfach über den Tellerrand meiner Arbeit gesehen, viele Dinge z. B. aus der Geografie, Soziologie etc. gelernt, von denen ich zuvor nicht sehr viel wusste. Vor allem hat es mir ein globaleres Denken von Risiko- und Krisenmanagement erlaubt. Gerade das globale, generalistische Denken haben wir im Laufe des Studiums und später der Spezialisierung in der Medizin oft verlernt und daher bin ich froh, das Studium gewählt zu haben.

MS: Neben der Vermittlung von fachübergreifenden Kompetenzen und Wissen gefällt mir der Austausch mit berufserfahrenen Kollegen und das bis heute bestehende Netzwerk am besten am Studiengang KaVoMa.

VS: Neben spannenden Vorlesungen war für mich insbesondere der Austausch mit den Kommilitonen wertvoll. Als einer der Jüngeren konnte ich von vielen Erfahrungen der Anderen profitieren, zumal wir in unserem Jahrgang eine ganz breite Mischung an Studenten aus unterschiedlichsten Fachrichtungen hatten. Die einzelnen Module waren immer interdisziplinär und sehr vielfältig aufgebaut.

Was war / ist eine Herausforderung?

GA: Das umfangreiche Lernpensum neben Berufstätigkeit und Familie zu bewältigen war dabei schon eine Her-

ausforderung, aber mir hat dabei geholfen, dass jedes Modul einzeln abzuschließen ist, sodass der Lernstoff im Ganzen überschaubar blieb.

MA: Auf individueller Ebene war es am Anfang eine große Herausforderung, mich an den Rhythmus des täglichen Lernens neben dem Beruf zu gewöhnen und vor allem, nochmals schriftliche Prüfungen abzulegen. Die Anfertigung der Masterarbeit nach dem Studium ohne regelmäßige Betreuung des Studienganges und den Austausch der Gruppe erfordert eine zusätzliche, individuelle Leistung und Selbstdisziplin neben dem Beruf, die nicht zu unterschätzen ist. Generell liegt die größte Herausforderung des Masterstudienganges im noch schwachen Stellenwert, den Entscheidungsträger dem Thema beimessen („bei uns gibt es keine Katastrophe“) sowie in den fehlenden Ressourcen für die notwendige Professionalisierung des Krisen- und Katastrophenmanagements.

UD: Eine große Herausforderung ist, das Stoffpensum neben dem beruflichen Alltag zu bewältigen. Es fällt nicht immer leicht, sich nach dem anstrengendem Arbeitsalltag, welcher häufig noch mit Überstunden verbunden ist, noch aufzuraffen und die Literatur „aufzusaugen“.

GG: Das Studium insgesamt stellt als Weiterqualifikation für Berufstätige eine enorme Herausforderung dar, die nur mit großem persönlichen und zeitlichen Einsatz zu bewältigen ist. Diese Belastungen über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren einschließlich der Masterarbeit erfordern ein gutes Zeitmanagement, insbesondere vor dem Hintergrund, dass persönliche und familiäre Pläne häufig zurückstehen müssen.

AI: Die größte Herausforderung bestand in der Herstellung der Vereinbarkeit des Familien- und Arbeitslebens mit dem Studium. Das berufsbegleitende Studium erforderte, dass ich mein Zeitmanagement neu abstimme. Weder konnte ich zum Lernen Sabbatzeiten einlegen, noch wollte ich keine Zeit für die Familie und Freunde haben.

RJ: Der zeitliche und geistige Aufwand, neben dem Beruf noch zusätzlich Lernstoff zu verinnerlichen und zu verarbeiten, den steckt man nicht einfach so ohne vernünftige Planung des Privat- und Arbeitslebens weg.

WK: Es war schwierig, die Balance zwischen Familie, Beruf und Studium zu halten. Einige gemeinsam geplante Aktivitäten mussten abgesagt werden. Daher war die Familie im Vorfeld der Entscheidung beteiligt. Ohne die Unterstützung meiner Frau und Töchter wäre das nicht durchführbar gewesen. Ein Urlaub in der Normandie wurde um die Literatur der Dozenten erweitert. So wurde das genussliche Sonnenbad am Strand zu einem steten Kampf zwischen Vulnerabilität und Resilienz.

Da in meinem besonderen Falle der Besuch der Hochschule schon einige Zeit zurück lag, musste das Lernen auch neu gelernt werden. Allerdings fand ich im Kreis der

Mitstudierenden schnell in den Rhythmus zwischen Lesen, Nachdenken und Wiedergeben zurück.



Das Lernen muss wieder neu gelernt werden.

TK: Die Bewältigung eines Studiums neben einer Vollzeitstelle und der Familie stellt enorme Anforderungen an das eigene Organisationstalent. Aber es hat sich gezeigt, dass mit festgelegten Lernzeiten, reservierten Tagen für das Studium und der Bildung von kleinen Lern- und Arbeitsgruppen mit Kommilitonen, der zunächst unbezwingbar erscheinende „Berg der Belastung“ plötzlich nicht mehr so hoch war. Wichtig ist, dass die Familie hinter der Entscheidung für das Studium steht und die Zeiteinschränkungen toleriert. Vor allem muss man sich realistische Ziele setzen und die eigene Freizeit darf nicht zu kurz kommen. Sie muss genauso regelmäßig eingeplant werden, wie die Lernphasen. Die Integration der eigenen beruflichen Tätigkeit, z. B. in das Thema der Masterarbeit, erleichtert zudem die Bewältigung des Studiums neben dem Beruf.“

ML: Die wohl größte Herausforderung war das eigene Zeitmanagement und die Konzentration auf das Wesentliche. Die Auswahl der Literatur innerhalb der Module, die für die eigenen Prüfungen wichtig sind. Das Akzeptieren, dass es noch so Vieles gibt, das man ebenfalls gerne vertiefen oder über das man zumindest gern mehr lesen würde; was aber nicht geht, wenn man noch einen Beruf ausübt, bei dem Überstunden und Einsatzzeiten an Wochenenden selbstverständlich sind.

Auch war es nicht immer einfach, als Studiensprecherin die vielen unterschiedlichen Anregungen aus der Gruppe in angemessener Form an die Fakultät weiterzugeben.

Es bleibt die Hoffnung, dass man erkannt hat: Jeder Vorschlag resultierte aus einer aufrichtigen Begeisterung. Und heute weiß ich, dass Vieles davon umgesetzt wurde, wovon die folgenden Studiengänge profitieren.

Persönlich bleibe ich beeindruckt darüber und dankbar dafür, wie selbstverständlich man eine Unterbrechung

des Studiums nach einem schweren Autounfall genehmigte und mir später die Fortsetzung in einem anderen Jahrgang ermöglicht hat.

KS: Das Studium war eine sehr große Anstrengung, da ich als Führungskraft im Krankenhaus keinen geregelten Feierabend kenne und zusätzlich zwischen zwei Städten pendeln muss. Trotz allem jedoch haben mich die Themen so sehr interessiert, dass ich das Lernen nicht als Belastung empfunden habe, sondern mich zuweilen sogar auch auf die Lernphasen gefreut habe. Die Freizeit musste in dieser Zeit natürlich leiden. Deshalb empfehle ich jedem Interessenten, sich vor der Anmeldung zum Studium Rückhalt und Verständnis bei den nächsten Angehörigen einzuholen, damit es nicht zu einem Interessenskonflikt kommt.



„Während des Studiums erforderte die Koordination der Erfordernisse des Studiums und meines Berufs- und Familienlebens eine hohe Disziplin- und Selbstlernkompetenz.“
(Fotos: CC0 Public Domain / pixabay.com)

MS: Während des Studiums erforderte die Koordination der Erfordernisse des Studiums und meines Berufs- und Familienlebens eine hohe Disziplin- und Selbstlernkompetenz.

VS: Ein gutes Zeitmanagement ist zur Absolvierung des Studienganges sehr wichtig. Das ist mir bei den Präsenzveranstaltungen und Selbstlernphasen noch recht leichtgefallen, doch spätestens mit Beginn der Masterarbeit wird die Verknüpfung von Studium und Beruf eine echte Herausforderung.

Was hat Ihnen das Studium für den Beruf gebracht bzw. was bringt Ihnen das Studium bereits für den Beruf ?

GA: Sehr spannend ist auch der berufliche Erfahrungsaustausch unter den Studierenden, die alle aus unterschiedlichen Berufsfeldern zusammenkommen. Der Zugang zu einem Expertennetzwerk ergibt sich quasi von selbst. Diese

Kontakte habe ich schon gut für meine Arbeit im ASB-Bildungswerk nutzen können. Überhaupt hat mir das Studium immer wieder wesentliche Impulse zu meiner beruflichen Weiterentwicklung gegeben.

MA: Als erfahrene Seniorfachkraft hat der Masterstudiengang keine berufliche Weiterentwicklung mit sich gebracht, es war auch nicht das Ziel. Trotzdem war es eine persönliche und akademische Bereicherung! Meine Erkenntnis ist, dass Krisen- und Katastrophenmanagement in Zeiten komplexer, unsicherer und eines sich schnell verändernden nationalen und internationalen Kontextes eine strategische, entscheidende Bedeutung für alle staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen und Unternehmen hat, was in einem interdisziplinären Team professionell umgesetzt werden sollte.

UD: In meinem letzten Einsatz sahen wir uns mit einigen Fragen der Bezirksregierung konfrontiert, welche sich ausschließlich mit Themen und gesetzlichen Vorschriften der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr beschäftigten. Durch das Studium konnte ich die Fragen ohne Weiteres beantworten, da mir die abgefragten Themeninhalte bereits vermittelt wurden. Ohne das Studium hätte ich für dieses Wissen Jahre an Einsatzerfahrung in diesem speziellen Bereich benötigt.

GG: Die Studieninhalte habe ich von Anfang an beruflich genutzt und mein erworbenes Wissen konsequent im beruflichen Alltag eingesetzt / umgesetzt, z. B. durch initiieren eines Gefahrenabwehrplanes für die Insel Sylt anhand der Systematik des BBK für die Risikoanalyse. Interessant ist natürlich auch die Möglichkeit einer beruflichen Weiterentwicklung aufgrund der erworbenen Qualifikation.

AI: Das erlernte Wissen habe ich „leider“ schon während des Juni-Hochwassers 2013 anwenden können. Es hat mir in der Stabsarbeit geholfen, z. B. Raumplanung oder KRITIS. Auch habe ich mir Ratschläge über das KaVoMa-Netzwerk einholen können.

RJ: Im Laufe des Studiums sind viele Themen angerissen worden, die das Verständnis und Verstehen von Zusammenhängen und Abläufen auf jeden Fall intensiviert haben, gerade im Hinblick auf das weite Feld der Risiko- und Gefahrenanalysen.

WK: Das KaVoMa-Masterstudium hat mir eine Vielzahl von Einblicken in die unterschiedlichsten Disziplinen der Prävention, der Bewältigung und der Nachbereitung von Krisen und Katastrophen erlaubt. Dies erleichtert mir bei meiner täglichen Arbeit die Zusammenarbeit mit branchenfremden Fachbereichen. Es fällt mir nun sehr viel leichter, das Fachvokabular von Meteorologen oder Vertretern der Versicherungsbranche zu verstehen. Selbst die Handlungsweise von Behörden ist mir als Mitarbeiter eines Wirtschaftsunternehmens kein Mysterium mehr. Viele Prozesse im Bereich des Krisenmanagements sind nun transparen-

ter. Dies ist für meinen häufigen Umgang mit Behörden im In – und Ausland sehr wichtig.

TK: In meiner langjährigen Berufspraxis haben sich manche Prozesse und Betrachtungsweisen zu sehr gefestigt und auf den eigenen Fachbereich eingeschränkt. Gerade die neuen, komplexen Herausforderungen der Gefahrenabwehrplanung erfordern eine umfassende und interdisziplinäre Perspektive. Das Studium hat mir sehr geholfen, eine erweiterte Sichtweise zu entwickeln und deutlich mehr Aspekte benachbarter Fachdisziplinen in meine Arbeit zu integrieren. Außerdem war es für mich eine spannende und sehr lehrreiche Erfahrung, meine Berufspraxis in einen akademischen Kontext zu setzen.

ML: Kurz gesagt: Das Studium hat mir viel gebracht, nahezu täglich und im Hinblick auf alle neun Module und Unterrichtseinheiten.

Regelmäßig und von sehr unterschiedlichen Einrichtungen wird das THW als nichtpolizeiliche Katastrophenschutzbehörde als Endanwender von Forschungsergebnissen angefragt.

Seit Aufnahme meines Studiums kamen bei diesen Anfragen Themen auf, die ausnahmslos Berührungspunkte zu meinem Studiengang aufwiesen. Allein dies belegt aus meiner Sicht die Praxishöhe des Studienganges.

Und wo es um Fragen zum jeweiligen Forschungsbedarf ging, stellte ich fest, wie sehr sich mein eigener Blick erweitert hat, wie hilfreich meine erheblich vertieften Kenntnisse eines ganzheitlichen Ansatzes von Krisenmanagement sind und, nicht zuletzt, wie nützlich sogar die Lehrgangunterlagen sein können.

Das alles hat – unter anderem und hoffentlich nicht nur für mich – zu einer ergebnisreichen Zeit während meiner Abordnung zum Fraunhofer Innovationszentrum für Öffentliche Sicherheit geführt, wo ich als Leiterin nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr mein KaVoMa-Wissen einbringen konnte.

Heute bin ich beim Technischen Hilfswerk im Stab des Beauftragten des Ehrenamtes zuständig für das Beschwerdemanagement. Und entgegen meiner Annahme, dass es hier keinen Bezug zu KaVoMa gäbe, konnte ich in der Zusammenarbeit mit einem renommierten Konfliktberater feststellen, dass mir hier das Modul Risiko- und Krisenkommunikation mit den Unterrichtseinheiten Kommunikation, Risiko- und Konfliktmanagement sowie Strategische Entscheidungsfindung einige überaus hilfreiche Grundlagen vermittelt hat und mir zumindest einen „Austausch auf Augenhöhe“ mit Experten vom Fach ermöglicht hat.

Entsprechend dankbar bin ich, die Möglichkeit zu diesem Studium gehabt zu haben. Entsprechend sicher fühle ich mich heute, wenn ich als „ausgebildete“ Generalistin im Katastrophenmanagement gefragt bin und „meine Frau“ zu stehen habe.

KS: Im Klinikum Niederberg bin ich als „Krisenmanager“ beauftragt worden, den Krankenhausalarm- und Einsatzplan zu erstellen. Das Studium hat mir indirekt sehr

dabei geholfen. Es hat sogar soweit geführt, dass ich mit Gleichgesinnten eine Arbeitsgruppe (Deutsche Arbeitsgemeinschaft Krankenhauseinsatzplanung = DAKEP) gegründet habe und wir bisher zwei erfolgreiche Symposien veranstaltet haben.

MS: Sowohl während des Studiums wie auch danach konnte ich Inhalte und Kompetenzen gewinnbringend einbringen. Den Zuwachs bei den Kompetenzen: Arbeitsdisziplin, Koordination und Selbstlernkompetenz bezeichne ich als echten Mehrwert, da er die Stressresistenz für meine Aufgaben deutlich erhöht hat. Daneben ist weiterhin das Netzwerk von hoher Bedeutung.

VS: Ja, durch den Studienabschluss bin ich inzwischen als Referent im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe tätig.

Stellungnahmen von Arbeitgeberseite:

Die Mitarbeiter in den unteren Katastrophenschutzbehörden haben in der Regel eine Ausbildung zum gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst (Beamte) oder eine vergleichbare Angestelltenausbildung. Diese vermitteln gute Grundlagen, um der gesamten Bandbreite der Aufgabenstellung einer Kommune oder eines Kreises gewachsen zu sein. Themen aus dem Bereich Krisen- und Katastrophenmanagement sind jedoch nicht enthalten, wie z. B. die Rechtsgrundlagen für den Zivil- und Katastrophenschutz auf Bundes- und Landesebene. Manche Personalabteilungen versuchen daher für den Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr Personen zu identifizieren, die in einer Feuerwehr, beim THW oder einer Hilfsorganisation tätig sind. Dort wird in der Regel zwar eine gute operativ-taktische Ausbildung vermittelt, aber nicht immer auch die Kenntnisse, die in einer Verwaltung gefragt sind. Die Grundlagen für den gesamten Bereich der Vorbeugung und der Planung sind daher in der Regel nicht in ausreichendem Maße vorhanden. So habe ich selber das Studium KaVoMa als anspruchsvolle Fortbildung betrachtet. Daher hat es mich gefreut, dass einer meiner Mitarbeiter im Bereich Katastrophenschutz sich auch auf den Weg gemacht hatte, dieses Studium zu absolvieren. Zwischenzeitlich hat er es auch mit sehr gutem Ergebnis abgeschlossen. Ein besonderer Dank gilt unserer Behörde, die die berufliche Weiterbildung gut unterstützt, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch durch die Gewährung von notwendigen Dienstbefreiungen. Im Austausch mit anderen Studierenden wurde deutlich, dass dies nicht selbstverständlich ist.

Marlis Cremer,
Leiterin des Amtes für Ordnungsangelegenheiten,
Rettungswesen und Bevölkerungsschutz der Städteregion Aachen

Angesichts der weltweit steigenden Anzahl an Katastrophenereignissen wächst die Bedeutung eines umfassenden Risikomanagements. Um Risiken zu minimieren und beherrschbar zu machen ist es unerlässlich, sie zu verstehen. Dies ist eine Kernaufgabe für uns als weltweit tätigen Versicherer. Aber auch unsere Kunden, nämlich Unternehmen, Behörden und Organisationen sind gefordert, Maßnahmen zur Prävention stärker in den Fokus zu rücken. Deshalb müssen wir uns dieser Herausforderung gemeinsam stellen und hier in enger Zusammenarbeit nachhaltige Lösungen entwickeln. Mit ihrem integrativen Studiengang zum Katastrophenmanagement übernimmt die Universität Bonn hier eine wichtige Rolle, indem sie das Verständnis für den Umgang mit Risiken und Katastrophen, sowie den Austausch von Expertise zum Risikomanagement nachhaltig fördert.

Allianz Versicherung, „Allianz Global Corporate & Specialty“

Herausforderungen für das Ehrenamt

Gegenwärtige Entwicklungen im Katastrophenschutz aus Sicht der Trägerorganisationen und Behörden in Schleswig-Holstein

Lena Bledau, Jessica Reiter, Cordula Dittmer, Andrea Jungmann, Daniel F. Lorenz und Martin Voss

Entwicklungen im Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement hat in Deutschland eine lange Tradition, jedoch ist gegenwärtig ein deutlicher Strukturwandel des Ehrenamtes zu beobachten (u. a. Rauschenbach 1999; BMFSFJ)¹. Betrachtet man die Zahlen des Deutschen Freiwilligensurveys, ist die Bereitschaft zu helfen zwar derzeit höher denn je (Gensicke & Geiss 2010), aber die Form des Engagements verändert sich: weg von langfristiger Organisiertheit in Vereinen und Verbänden hin zu eher spontaner, kurz- bzw. mittelfristiger ehrenamtlicher Mitwirkung in Projekten und Initiativen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen und es kommt zu einer stärkeren Professionalisierung des Engagements. Diese treten in eine verstärkte Konkurrenz zu Beruf, Familie und Hobbys und führen somit zu einer Ökonomisierung des Feldes: „[E]s wird abgewogen und bilanziert: was kostet und was nutzt es?“ (Dombrowsky 1998, S. 10f). Trägerorganisationen des Katastrophenschutzes weisen in den letzten Jahren verstärkt darauf hin, dass bereits mittelfristig durch den demografischen Wandel nicht nur quantitativ weniger Helfer zur Verfügung stehen, auch wird qualitativ die Leistungsfähigkeit des Systems durch schrumpfende Anteile junger und physisch leistungsstarker Menschen abnehmen, während zugleich der Anteil hilfebedürftiger Menschen größer wird. Freiwilliges Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz ist mit besonderen und vergleichsweise hohen Herausforderungen verbunden. Hierzu zählen eine intensive Ausbildung, häufige Übungen und Qualifizierungen, Bereitschaftsdienst, Unplanbarkeit und Unvorhersehbarkeit der Einsätze (Enquete-Kommission 2002, S. 345f.).

Die Organisationen des Katastrophenschutzes stehen vor der Herausforderung, die hohen Anforderungen mit diesen Entwicklungen in Einklang zu bringen und bestehende Organisationsstrukturen mit den Erwartungen engagementbereiter und engagierter Personen und anderen demografischen Entwicklungen zu vereinbaren.

Situation in Schleswig-Holstein

Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung wird die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins in Zukunft

rückläufig sein, wobei die Städte Flensburg und Kiel sowie die Kreise Pinneberg und Stormarn noch Zuwächse verzeichnen werden. Mit einer Bevölkerungsdichte von 178 Einwohnern pro Quadratkilometer liegt das Bundesland unter dem Bundesdurchschnitt (Röske-Wagner 2013). Gleichzeitig nimmt der Anteil Alleinlebender in höheren Altersgruppen zu. Überalterung und Bevölkerungsrückgang manifestieren sich am stärksten im ländlichen Raum. Der Anfahrtsweg zum Betroffenen sowie das Zusammenkommen der Katastrophenschutzeinheiten nehmen hier mehr Zeit in Anspruch und es sind weniger Soforthelfer vor Ort verfügbar.

Im Moment beschreiben die Trägerorganisationen die Situation ihrer Helferschaft in Schleswig-Holstein noch als sehr gut. Die Experten betonen, dass es zwar deutlich regionale Unterschiede gebe, insgesamt seien aber bisher keine größeren personellen Engpässe festzustellen. Einige Organisationen seien in bestimmten Regionen aus historisch

Organisationsstudie Schleswig-Holstein

Im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein hat die Katastrophenforschungsstelle (KFS) in Kooperation mit dem Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (FÖS) der Freien-Universität Berlin die Studie „Steuerungsmöglichkeiten für einen zukunfts- und leistungsfähigen Katastrophenschutzdienst in Schleswig-Holstein unter den Gesichtspunkten der Ehrenamtlichkeit sowie veränderter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen“ erstellt. Anhand von ausführlichen internationalen Literaturstudien, Experteninterviews mit VertreterInnen der Trägerorganisationen und unteren Katastrophenschutzbehörden, Workshops und Szenarienbildung wurden Möglichkeiten zur Restrukturierung des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein analysiert, spezifiziert und auf ihre Anwendbarkeit geprüft. Die Studie gibt einen Überblick über zentrale Handlungsfelder, mögliche Ansätze sowie Lösungspotentiale und zeigt in einem differenzierten Querschnitt, wie diese Ansätze von unterschiedlichen Trägerorganisationen und Behörden des Katastrophenschutzes eines Bundeslandes bewertet werden. Maßgebliche Themen der Analyse waren künftige prioritäre Handlungsfelder, die Stärkung freiwilligen Engagements unter Einbezug neuer Helfertypen, mögliche Kooperationsformen über Bundes-, Landes-, und Organisationsgrenzen hinweg sowie die Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. Eine Auswahl an Ergebnissen zum Thema Ehrenamtlichkeit aus den Experteninterviews, sowie die Ergebnisse der wissenschaftlichen Analyse werden im Folgenden zusammengeführt.

Nähere Informationen zur Studie erhalten Sie unter:
<http://bit.ly/1RBfWT5>

gewachsenen Gründen aktiver und anerkannter als andere, viel hinge auch von den jeweiligen Personen ab, die vor Ort tätig seien, so die Meinung der Experten. Allerdings konnten die Organisationen keine wirklich validen Angaben darüber machen, wie viele ehrenamtliche Mitglieder überhaupt aktiv engagiert sind oder welche Motivationen und biografischen Hintergründe aktive, ehemalige und potenzielle Helfer haben. Die ExpertInnen vermuten, dass die Zahlen aufgrund der Abhängigkeit der Finanzierung von der Anzahl der ehrenamtlich tätigen Personen zum Teil geschönt werden. Alle Akteure betonten die Bedeutung der Erhebung und Kommunikation „ehrlicher“ Daten über Altersstruktur und Qualifikation der Helfer, um Lücken gezielt ausfüllen zu können.

Die Fragen, wie die Aufgaben im Katastrophenschutz zukünftig aufgeteilt werden und welche Aufgaben dabei von Haupt- und welche von Ehrenämtern am effektivsten durchgeführt werden können, beschäftigt die Experten durchgehend. Durchweg wird eine grundlegende Reform für notwendig gehalten, die sowohl die gestiegenen Ansprüche an die Ausbildungen, aber auch die verschiedenen Zeithorizonte berücksichtige und gleichzeitig die Qualität sichere. Zugleich sträuben sich die einzelnen Organisationen dagegen, eigene Ressourcen abzugeben, aber: „48 Orte und 52 Feuerwehren, das wird in Zukunft so nicht mehr weitergehen“, so ein Experte. Ein durchweg hauptamtlicher Katastrophenschutz wird abgelehnt, der Rückgriff auf die Vielzahl an Kräften im Bereich des Ehrenamts wird gerade für die zweite und dritte Welle nach der Katastrophe als unabdingbar angesehen.

Führungspersonal

Personelle Engpässe sehen alle befragten Organisationen in Schleswig-Holstein in der Kohorte der 25-40-jährigen, also denjenigen, die körperlich fit und sehr gut ausgebildet sind. Dies entspricht dem Trend, der auch in deutschlandweiten Studien belegt wurde (u. a. Lange et al. 2011, Enste & Olbermann 2012, Geenen 2012). In dieser Lebensphase stünden die berufliche Ausbildung, Karriere, Familiengründung und Weiterqualifizierung im Mittelpunkt. Nach Meinung der Experten sei es gerade für Führungskräfte aufgrund der heutigen gestiegenen Anforderungen sowohl im ehrenamtlichen wie im beruflichen Bereich kaum mehr möglich, zeitliche Ressourcen für die komplexen zeitaufwendigen Ausbildungen und regelmäßige Treffen zur Verfügung zu stellen.

Ein Ansatz, die Verfügbarkeit über gut ausgebildetes Führungspersonal zu steigern, welches im Katastrophenfall gleich in den Führungsstab wechseln kann und einsatzfähig ist, wird von Befragten in der Ausbildung und Verpflich-

tung von Verwaltungspersonal speziell für eine Verwendung im Führungsstab des Katastrophenschutzes gesehen.

So wurde im Kreis Pinneberg in den letzten 10 Jahren eine Reform der lokalen Katastrophenschutzstrukturen durchgeführt. Im Gegensatz zu anderen Kreisen gibt es im Kreis Pinneberg fünf Leiter des Führungsstabes. Die Mitarbeiter der Verwaltungen sind verpflichtet, sich ehrenamtlich im Leitungsstab zu engagieren; Auszubildende absolvieren einen Teil ihrer Ausbildung im Führungsstab. Geplant ist auch, den Führungsstab und weitere Stäbe mit anderen Kreisen zusammenzulegen, um möglichem Personalmangel entgegenzuwirken. Es wird auch darauf hingearbeitet, die Zusammenarbeit der Feuerwehren vor Ort



Neben der gebotenen technischen Ausstattung rückt auch die personelle Ausstattung zunehmend ins Blickfeld.

zwischen den verschiedenen Kreisen zu forcieren, was sich nicht ganz einfach gestalten lässt, so der Experte, da die Feuerwehr relativ konservative Führungsstrukturen besäße und im Vergleich zu anderen Organisationen über eine gute Ausstattung verfüge.

In der Stadt Neumünster wird dieses Problem durch die starke Rolle der Berufsfeuerwehr gelöst, die die Katastrophenschutz- und Regieeinheiten auch im normalen Einsatz führt und dadurch Führungskräfte aus dem hauptamtlichen Bereich zur Verfügung hat. Der Katastrophenschutz des Kreises Neumünster wird zentral in einer integrierten Leitstelle unter Federführung der Berufsfeuerwehr geleitet. Die Berufsfeuerwehr übernimmt sowohl im Alltagsgeschäft als auch im Katastrophenfall die Führung aller anderen Einheiten, die Hilfsorganisationen sind damit fachlich der Berufsfeuerwehr unterstellt. Durch die Leitungsfunktion der Berufsfeuerwehr werden Leitungs- und Führungspositionen im Katastrophenfall schnell durch Hauptamtliche besetzt. Die Katastrophenschutz- und Regieeinheiten arbeiten in allen Einsätzen zusammen, die Verbandsstrukturen lösen sich z. T. komplett auf.

Das Thema „Mangel an Führungspersonal“ ist für die Hilfsorganisationen von zentraler Bedeutung. Aus wissenschaftlicher Perspektive werden vor allem Potenziale herausgearbeitet, die sich aus der Einbindung von Migranten oder Senioren ableiten (u. a. Enste & Olbermann 2012, Ge-

¹ Die umfangreiche Literaturliste kann im Internet eingesehen werden: <http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/...>



semann 2013, Gluns et al. 2012), um Personen mittleren Alters zu rekrutieren und die Erfahrungen qualifizierter Senioren weiter zu nutzen, was von den befragten Akteuren in Schleswig-Holstein jedoch kaum bis gar nicht thematisiert wurde. Aus Sicht der Autoren wird der Mangel an qualifizierten Führungskräften in der wissenschaftlichen Debatte noch nicht ausreichend diskutiert und es gibt nur wenige Lösungsansätze. Hierfür müssen neue Konzepte in der Ausbildung sowie in der zeitlichen Form des Engagements geschaffen werden bzw. wurden zum Teil bereits eingeführt.

Flexible Qualifikation und Zeiteinteilung

Um das Problem der rückläufigen langfristigen Bindungsbereitschaft an eine Organisation zu lösen, werden derzeit in wissenschaftlichen Publikationen vor allem Mitgliedschaften auf Zeit diskutiert, bei denen nicht der ganze Ausbildungsgang durchlaufen werden muss, sondern vor allem die bereits vorhandenen beruflichen Quali-



Ehrenamtliches Engagement geht häufig mit hohen Anforderungen wie intensiver Ausbildung und Qualifizierung oder regelmäßigen Übungen einher. (Fotos: CCO Public Domain / pixabay.com)

fikationen stärker berücksichtigt werden sollten (u. a. Lange et al. 2011, Geenen et al. 2012, Enste & Olbermann 2012, Gluns et al. 2012). Um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten, wird dabei u. a. die Definition von Standards empfohlen, durch die geregelt wird, wann eine berufliche Qualifikation eine Weiterbildung ersetzen kann, um den anspruchsvollen Aufgaben gerecht zu werden. Zudem wird deutlich, dass sich die hohen Ausbildungsanforderungen in erster Linie auf Tätigkeiten beziehen, die in direkter Verbindung mit dem Einsatz stehen; andere mögliche Tätigkeitsfelder wie Öffentlichkeitsarbeit o.ä. werden für Freiwillige häufig noch nicht in Betracht gezogen. Nach Erkenntnissen vorhandener Studien liegt die wesentliche Aufgabe in den Hilfsorganisationen darin, das Aufgabenspektrum auf die individuellen Motivlagen und Qualifikationen von Freiwilligen hin zu organisieren. In Schleswig-Holstein testet die Berufsfeuerwehr Neumünster gerade eine neue

Aufgabenverteilung im Bereich der SEG-Rettung: Die in dieser Gruppe eingeteilten Sanitäter sollen sich bspw. nicht mit dem Aufbau von Zelten beschäftigen, sondern sich sofort ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden. Den Aufbau der Zelte könnten „Laienhelfer“ oder Helfer anderer Organisationen übernehmen.

Eine weitere Innovation der Stadt Neumünster ist eine gemeinsame 6-monatige organisationsübergreifende Grundausbildung aller ehrenamtlichen Einheiten. Dies hat den Vorteil, dass sich die Helfer aus den verschiedenen Organisationen kennen, es gibt Freundschaften, das Vertrauen untereinander wächst. Zudem kann die Grundausbildung öfter angeboten werden und ist somit für Berufstätige leichter zu organisieren. Die Johanniter passen sich ebenfalls an die veränderte Bindungsbereitschaft der Helfer an, indem bspw. die Grundausbildung häufiger angeboten wird, was für die Organisation allerdings mit erheblich höherem personellen wie finanziellen Aufwand verbunden ist.

Ein Experte betont, dass, wenn man sich darauf einstelle, dass ein zeitlich begrenztes Engagement „normal“ sei, man häufiger Grundausbildungen anbieten müsse und auch projektbezogene Fortbildungen im Rahmen von Wochenendveranstaltungen (bspw. Verhalten bei Hochwasser) möglich seien. Aber auch die Organisationen selbst müssten sich in ihrer Selbstdarstellung überdenken, mehr öffnen, demokratisieren und neue Formen von Teilhabe ermöglichen. Dazu gehöre auch die Möglichkeit auf Kreis-/ Ortsverbandsebene individuelle Absprachen zu treffen, wie mit unterschiedlichen Zeit- und Erwartungshorizonten umgegangen werden kann, so die Meinung einiger Experten.

Der Bereich „flexible und angepasste Qualifikationen“ ist bereits Gegenstand einiger umfangreicherer Forschungsprojekte (ENSURE², INKA³, INVOLVE⁴). Diese greifen die Problematik der Ausbildung auf und entwickeln u. a. neue Ausbildungskonzepte, Forschungen zu Führungspersonal liegen bisher für den deutschen Katastrophenschutz nicht vor.

Anerkennung und Ungleichstellung im Ehrenamt

Nicht zuletzt spielt das Thema der Anerkennung eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die ehrenamtliche Mitwirkung im Bevölkerungsschutz zu stärken resp. aufrechtzuhalten. Bereits in den 1990er Jahren wiesen Untersuchungen von Dombrowsky (1998) darauf hin, dass die Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement in Deutschland schwindet und der Ehrenämter gar als der „Dumme“ angesehen und ausgenutzt wird (Dombrowsky, 1998, S. 9). Ziel sollte daher sein, eine Anerkennungskultur auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu etablieren, die im täglichen Leben spürbar ist. In der Literatur lassen sich verschiedene Möglichkeiten hierfür identifizieren. Sie beinhalten die Anerkennung durch entsprechende Qualifikatio-

² Homepage Ensure: <http://bit.ly/1IfEjBt>

³ Homepage INKA: <http://www.inka-sicherheitsforschung.de>

⁴ Homepage INVOLVE: <http://bit.ly/1RL0baD>

nen innerhalb der Organisationen sowie die Anerkennung außerhalb, etwa durch den Arbeitgeber. Auch politische Akteure/Kommunen können im Rahmen ihrer Möglichkeiten, beispielsweise durch den Abbau bürokratischer Hürden, Auszeichnungen, die Ehrenamtskarte oder eine „Ehrenamtsrente“ nach einer gewissen Anzahl an Dienstjahren einen Beitrag zur Anerkennung leisten (Lange et al. 2012; Gluns et al. 2012). Unterschiedliche Anreize wie Boni bei Versicherungen, Anerkennung als Wartesemester für die Bewerbung zum Studium oder Steuervergünstigungen sind möglich, um das Ehrenamt attraktiver zu gestalten und eine Wertschätzung für das Geleistete zum Ausdruck zu bringen (Lange et al. 2012).

Die Experten in Schleswig-Holstein verweisen auf die schlechte Darstellung einzelner Organisationen in der Öffentlichkeit und fordern ein Umdenken. Ein Engagement im Katastrophenschutz sollte als etwas Besonderes und Ehrenwertes kommuniziert werden, der „Katastrophenschutzmuff“ müsse weggenommen und eine positive Katastrophenschutzidentität geschaffen werden. Eine weitere Idee für die Steigerung der Attraktivität des Katastrophenschutzes wird in direkten Investitionen gesehen, etwa durch die Anschaffung von neuem technischem Gerät. Es wird argumentiert, dass solcherlei Investitionen keinesfalls „sinnlos“ seien, sondern direkt der Qualität des Katastrophenschutzes zugutekommen, weil darüber die Qualität des Personals gesteigert werde. Auch könne die Zusammenarbeit mit Unternehmen bei der Erstellung eigener Katastrophenschutzpläne neue Mitglieder generieren.

Ein weiteres, sehr gravierendes Problem sei nach Meinung der Befragten die unterschiedliche und als unfair empfundene Entlohnung der Helfer. Dies berühre auch die Frage danach, wann der Katastrophenfall ausgerufen wird. In der Wahrnehmung der befragten Organisationen spielen sich viele der Einsätze unterhalb des Katastrophenalarms ab, binden aber ebenso viele Helfer wie ein Katastrophenfall mit dem Unterschied, dass im Fall der Katastrophe Lohnausgleich gezahlt wird, der Einsatz unterhalb der Katastrophenschwelle hingegen nicht finanziell ausgeglichen wird. Die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Entlohnung wird dringend angemahnt. Hier werde ein Konflikt zwischen Behörde und Trägerorganisation deutlich, denn wenn kein Katastrophenfall ausgerufen wird, bezahlen die Organisationen die Einsätze, im Katastrophenfall hingegen bezahlt der Kreis/Land/Bund. Die Entscheidung darüber, ob der Vorfall als Katastrophe zu definieren ist oder nicht, ist damit in der Hand derjenigen, die dadurch unmittelbar profitieren. Dieses Ungleichgewicht gelte es zu korrigieren, so die Organisationen.

Ein weiterer problematischer Punkt der im Rahmen der Interviews von Experten der Feuerwehren und des THW angesprochen wurde, ist das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt. Hierbei werden Konfliktfelder aufgrund unterschiedlich wahrgenommener Kompetenzen und unklarer Abgrenzung zwischen den Zuständigkeiten deutlich. So wird von Seiten hauptamtlicher Akteure (z. B. Berufsfeuerwehr) eine häufig unzureichende Qualifikation von Ehrenamtlichen insbesondere für Führungsaufgaben

und komplexe Lagen sowie fehlender politischer Weitblick beanstandet, weshalb diese Aufgaben ihrer Ansicht nach teils von Hauptamtlichen übernommen werden müssten. Außerdem seien bspw. die Auswahlkriterien bei den Freiwilligen Feuerwehren für Ausbildungen, Lehrgänge und Führungsaufgaben nicht so scharf wie bei den Berufsfeuerwehren. Auf der anderen Seite werden aus Sicht von ehrenamtlichen Akteuren wichtige Kompetenzen und Arbeiten der Ehrenamtlichen von Hauptamtlichen nicht ausreichend erkannt und genutzt (z. B. in der Planung oder Verwaltung). Das THW begegnet dem Problem, indem das Ehrenamt durch hauptamtliche Strukturen „überdacht“ wird. Beim Kreisfeuerwehrverband Ostholstein wurden Verwaltungsaufgaben für die Feuerwehren vom Hauptamt zum Ehrenamt umgewandelt, da Ehrenamtliche dort oft besser ausgebildet seien als Hauptamtliche, die sonst was ganz anderes machen, so der Experte. Aus Sicht der Experten findet nach anfänglichem Widerstand in den Kreisen auch dort ein Umdenken statt.

Fazit

Zusammenfassend fällt auf, dass sich die Themen bzw. Schwerpunkte der Hilfsorganisationen in Schleswig-Holstein nur zum Teil in der wissenschaftlichen Literatur wiederfinden. Personalmangel im Bereich der Führungskräfte und Anerkennung der Kräfte im Katastrophenschutz sind bislang von der Wissenschaft unzureichend betrachtet worden. Hier besteht ein Forschungsbedarf, um gemeinsam mit den Organisationen Lösungsstrategien für einen künftig personell gut ausgestatteten Katastrophenschutz zu gewährleisten. Hierfür sind insbesondere sozialwissenschaftliche Studien von Nöten, um die gesellschaftliche Perspektive und Motivation mit den Problemstellungen der Hilfsorganisationen zu verknüpfen. Im letzten Jahrzehnt wurde im Katastrophenschutz viel über die technische Ausstattung diskutiert, die personelle Ausstattung hingegen war nicht im Fokus der Debatte. Wenngleich die Sicherstellung der Ausstattung weiterhin gewährleistet werden muss, empfiehlt es sich, die Personen im Katastrophenschutz in den Vordergrund zu stellen und die sozialwissenschaftliche Forschung in diesem Bereich zu intensivieren. Wie die Erfahrungen in Schleswig-Holstein zeigen, präsentieren sich die Hilfsorganisationen sehr offen und bereit zusammenzuarbeiten. Sie haben von einem bereits bestehenden guten Austausch und neuen Möglichkeiten, diesen zu intensivieren, berichtet. Es gilt, diese wissenschaftlich aufzuarbeiten und bestehende Initiativen sowie die gemeinsame Entwicklung von Lösungen mit den Akteuren zu fördern.

Die Sozialwissenschaftler Lena Bledau, Jessica Reiter, Cordula Dittmer, Andrea Jungmann, Daniel F. Lorenz und Martin Voss sind Mitarbeiter der Katastrophenforschungsstelle (KFS), Freie Universität Berlin. Die KFS ist eine katastrophensoziologische und -ethnologische, interdisziplinär arbeitende Einrichtung. Weitere Informationen finden Sie unter: www.polsoz.fu-berlin.de/kfs

Städtische Stromversorgung während eines langanhaltenden Stromausfalles

Thorsten Höser

Das deutsche Stromnetz ist Teil des Europäischen Verbundnetzes der UTCE (Union for the Coordination of the Transmission of Electricity). Durch das Synchronisieren von Teilnetzen unterstützt diese Union eine sichere Versorgung mit elektrischer Energie. Vorfälle, wie sie beim Abschalten einer Höchstspannungsleitung über der Ems im Jahre 2006

digener Energieerzeugung und -verteilung, die nach dem Wegfall des Übertragungsnetzes aufgebaut werden.

Grundsätzliche Voraussetzungen für eigenständige Stromnetze innerhalb von Großstädten wurden in einem zweimonatigen Projekt durch Experteninterviews erhoben. Auf diesen Informationen basiert ein Verfahren, das den Status eines städtischen Netzes

erfasst und hinsichtlich seiner Inselnetzfähigkeit untersucht. Dieses Verfahren, die grundsätzlich notwendigen Voraussetzungen sowie aktuelle Probleme und Potenziale von städtischen Inselnetzen sind Gegenstand dieses Beitrages.

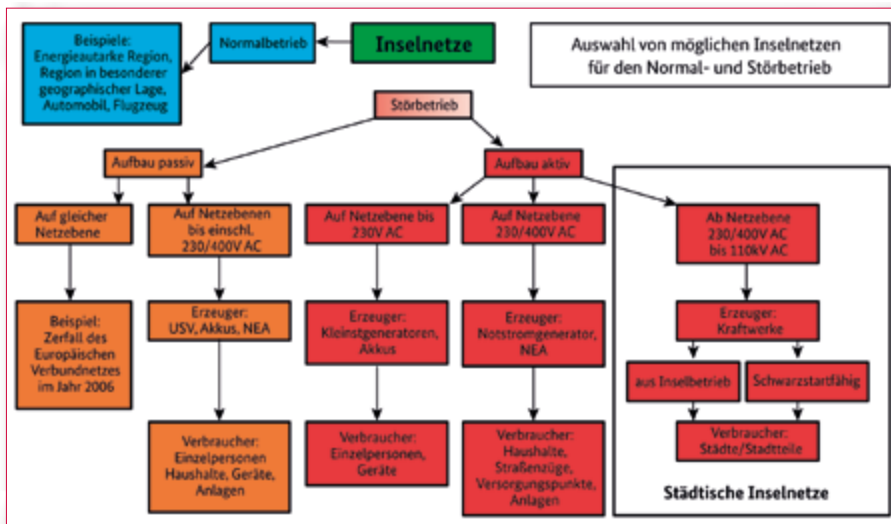


Abb. 1: Beispiele für Inselnetztypen und ihre Entstehung. Durch einen Störfall hervorgerufenen Inselnetze sind nach Art des Aufbaus, Netzebene, Erzeugertechnik und Verbraucher differenziert. Passiver Aufbau = automatisches Umschalten oder Auffangen des Netzes, aktiver Aufbau = eine aktive Handlung muss vorgenommen werden, um das Netz in Betrieb zu nehmen. (verändert nach Höser 2015, S. 18).

Städtische Inselnetze

Inselnetze sind Netze mit eigener Stromerzeugung, -verteilung und -steuerung. Ihre räumliche Ausdehnung und Versorgungsleistung variiert je nach Spannungsebenen und Energieerzeugertechnik, die am Inselnetz beteiligt sind.

Abb. 1 zeigt einige Möglichkeiten, welche unterschiedlichen Ausprägungen Inselnetze voneinander differenzieren.

Eine Rangfolge, wann ein Inselnetz besser ist als ein anderes, besteht dabei nicht per se, sondern ist von individuellen Umständen abhängig.

Städtische Inselnetze zeichnen sich dadurch aus, dass sie

- in Ballungsräumen die Versorgung der Infrastruktur und Bevölkerung übernehmen,
- durch Kraftwerke im Stadtgebiet auf einer Spannungsebene ab 110kV agieren und
- die Kraftwerks- und Netzbetreiber den Aufbau und Betrieb aktiv steuern müssen.

auftraten, zeigen aber auch, wie sich lokale Störungen in diesem Netz ausbreiten und zu Ausfällen und einem kurzfristigen Zerfall dieses Verbundnetzes führen können. Ein Ausfall des Europäischen Übertragungsnetzes konnte verhindert werden. Dessen Ausfall und großflächige, langanhaltende Blackouts kämen jedoch einer Katastrophe gleich, wie sie das Büro für Technikfolgenabschätzung beschreibt (Petermann et al. 2011). Von einem solchen Stromausfall stark betroffen wäre gerade die in Städten lebende Bevölkerung, wie in einer Abschlussarbeit aus dem Jahr 2013 festgestellt wurde (Rhein 2013).

Dieser Artikel geht auf die in Großstädten bestehenden Strukturen ein, wie sie die Auswirkungen eines langanhaltenden Ausfalles des Übertragungsnetzes mildern und die Kapazitäten von Einsatzkräften entlasten können. Der Fokus liegt dabei auf städtischen Inselnetzen zur eigenständigen

Der Versorgungsgrad städtischer Inselnetze gegenüber dem Normalzustand liegt selten bei 100%, häufig können durch die eigenständige Stromerzeugung und Steuerung

etwa 50 % des Normalbedarfs im städtischen Netz versorgt werden.

In dem Projekt zur Untersuchung städtischer Inselnetze wurden Experteninterviews mit Netz- und Kraftwerksbetreibern in Großstädten geführt. Trotz unterschiedlicher Probleme und Lösungen wurden grundlegende Bedingungen in der Ausstattung der Netzinfrastruktur sowie bei der Organisation zum Aufbau und Betrieb des Inselnetzes übereinstimmend genannt.



Abb. 2: Schematischer Ablauf zur Erörterung und stetigen Verbesserung der Inselnetzfähigkeit.

Organisatorische Mindestanforderungen:

- Netzwiederaufbaupläne und Übungen dieser Aufbaupläne
- Kraftwerke im potenziellen Inselnetz, die sich nicht in Revision befinden
- Ausreichend Primärenergieträger, um das Inselnetz hochzufahren

Bei den Übungen des Inselnetzaufbaus ist darauf zu achten, dass diese möglichst realitätsnah stattfinden und neben simulierten Netzen auch das reale Hochfahren von Kraftwerken getestet wird. Der Unterschied zum Normalbetrieb ist, dass die Kraftwerke im Inselnetz die Frequenzführung übernehmen müssen, die sonst vom Übertragungsnetz vorgegeben wird. Das Kraftwerkspersonal muss demnach auf diesen Betrieb vorbereitet sein.

Technischen Mindestanforderungen:

- Ein schwarzstartfähiges Kraftwerk (aus einem spannungslosen Zustand hochfahrbar) oder ein Kraftwerk aufgefangen im Inselbetrieb (Kraftwerksbetrieb ohne angeschlossene externe Verbraucher, nur zum eigenen Aufrechterhalten des Betriebes) ist vorhanden und kann die übrigen Kraftwerke (Kohle, Müll, Gas etc.) auf dem Netzgebiet sukzessive hochfahren
- Ein schnellregelfähiges Kraftwerk ist im Netzgebiet vorhanden, um Lastschwankungen auszuregeln
- Schaltanlagen auf dem Netzgebiet sind gepuffert oder notstromversorgt, um das Inselnetz aufbauen zu können
- Es existiert eine stromausfallsichere Kommunikationsanlage zwischen Verteilnetzbetreiber und Kraftwerksbetreiber (zuständig für die städtische 110kV Ebene) und Übertragungsnetzbetreiber. Diese Anlage ist vom Per-

sonal bedienbar (siehe organisatorische Mindestanforderungen)

Von den Experten wurde angegeben, dass die Phase des Inselnetzaufbaus von rund 2 bis 6 Stunden nach dem Stromausfall die schwierigste und entscheidende ist. Kann ein stabiles Kernnetz aus den im Netzgebiet vorhandenen Kraftwerken hergestellt werden, sind der Betrieb und die Versorgung auch von volatilen Verbrauchern möglich. Für diese erste Phase sind die Verfügbarkeit von Primärenergieträgern, die Kombination von Kraftwerken auf dem Netzgebiet und ein gut vorbereiteter Wiederaufbauplan entscheidend.

Verfahren zur Abschätzung der Inselnetzfähigkeit

Um einen grundsätzlichen Überblick zu erhalten, wie das städtische Netz aufgebaut ist und inwiefern sich der Betrieb eines städtischen Inselnetzes realisieren lässt, wurde ein Verfahren entwickelt. In diesem werden die notwendigen Informationen mit Hilfe von Netz- und Kraftwerksbetreibern erhoben und anschließend ausgewertet. Das Verfahren gliedert sich hauptsächlich in zwei Schritte: Datenerhebung über einen Fragebogen und dessen Auswertung durch eine Checkliste.

Ziel des Verfahrens ist es, den Status der „Inselnetzfähigkeit“ festzustellen und den ausführenden Behörden ein verbessertes Verständnis über die physischen und administrativen Gegebenheiten des örtlichen Verteilnetzes zu vermitteln.

Der Fragebogen besteht aus fünf Themenblöcken, die Fragen zur organisatorischen Vorbereitung wie Wiederaufbauplänen und Übungen und zur technischen Ausstattung von Kraftwerken bis hin zu Kommunikationsanlagen behandeln. Außerdem wird die Leistung im Normalbetrieb und die mögliche Leistung im Inselnetzbetrieb abgefragt und hieraus der Versorgungsgrad abgeleitet. Ebenso soll angegeben werden, wie lange der Inselnetzaufbau dauert und wie lange das Inselnetz betrieben werden kann.

Nach der Datenerhebung durch den Fragebogen werden diese im zweiten Schritt mithilfe einer Checkliste ausgewertet. Die Checkliste umfasst 15 Fragen. Diese sind so gegliedert, dass zuerst essenzielle Eigenschaften hinsichtlich ihrer Inselnetzfähigkeit überprüft werden. Je mehr Fragen positiv beantwortet werden, desto besser ist ein städtisches Netz auf einen Inselnetzbetrieb vorbereitet. Soll die Inselnetzfähigkeit weiter ausgebaut werden, kann der Check nach einer negativen Antwort unterbrochen werden um Maßnahmen durchzuführen, nach denen die Frage positiv beantwortet und die Checkliste fortgesetzt werden kann. (Abb. 2; Höser 2015).

Herausforderungen und Potenziale städtischer Inselnetze

Dem Aufbau und Betrieb eines Inselnetzes stehen neben den bereits genannten Mindestvoraussetzungen weite-

re Hindernisse gegenüber. Das größte ist die Finanzierung. § 13 des Energiewirtschaftsgesetzes verhindert, dass Kosten, die seitens der städtischen Verteilnetz- und Kraftwerksbetreiber für ein städtisches Inselnetz ausgegeben werden, auf die Kunden umgelegt werden. Gleichzeitig muss nach § 11 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien Strom aus erneuerbaren Energieträgern vorrangig abgenommen werden, was zu hohen Stillstandzeiten von konventionellen Kraftwerken führt (Fietze 2014). Hierdurch sind konventionelle Kraftwerke teils unrentabel und wirtschaftlich nicht weiter tragbar. Das Potenzial erneuerbarer Energien und dezentraler Erzeugung kann zu einer erhöhten Stromausfallsicherheit führen (vgl. Gawlik 2014), jedoch werden vor der Entwicklung robuster und flächendeckender Lösungen die vorhandenen Strukturen aufgrund des Kostendruckes abgebaut. Diese konventionellen Kraftwerke sind es aber, die aktuell in Städten die Grundlage für ein Inselnetz bilden.

Trotz dieser Hindernisse existieren städtische Netze, die in der Lage sind, ihre Inselnetzfähigkeit weiter auszubauen und zeigen, wie durch effiziente Kraftwerke die Gefahrenabwehr sogar über die Grenzen des Netzgebietes hinaus verbessert wird. Als ein Beispiel sollen die Stadtwerke Düsseldorf genannt werden, die im April 2015 ein modernes Gas- und Dampfturbinenkraftwerk erstmals gezündet haben. Zusammen mit einem vorhandenen Gasturbinenkraftwerk kann die Spitzenlast der gesamten Stadt abgedeckt werden.

Dieses Beispiel zeigt, dass durch den Betrieb städtischer Inselnetze das Potenzial besteht, vorhandene Strukturen zu nutzen, um einen einerseits vergleichsweise verwundbaren und andererseits großen Teil der Bevölkerung bei einem Stromausfall zu versorgen. Zugleich können auch überregionale Versorgungseffekte erzielt werden, indem das Stadtgebiet auch für die im Umland lebende Bevölkerung als Anlaufstelle dient. Die Entlastung der Einsatzkräfte und ihrer technischen Kapazitäten an mobilen Netzersatzanlagen ist dann bedeutsam, wenn hunderttausende Menschen durch vorhandene, stationäre Anlagen versorgt werden.

Der Einsatz von städtischen Inselnetzen hängt davon ab, wie lange die Kraftwerke mit Primärenergieträgern versorgt sind. Je nach Kraftwerkskombination im Netzgebiet und Robustheit der Versorgungswege der Primärenergieträger schwankt der Betrieb zwischen Stunden und Wochen. Somit kann während eines langanhaltenden, flächendeckenden Stromausfalles zur gleichen Zeit an verschiedenen Standorten die Energieversorgung wie im Normalfall stattfinden oder auch komplett ausfallen. Jedes stabile städtische Inselnetz trägt dann dazu bei, die Kapazitäten der Einsatzkräfte zur Erhaltung der absoluten Mindestversorgung zu entlasten.

Mit Hilfe des hier vorgestellten Instrumentes kann eine erste Auseinandersetzung mit einem städtischen Inselnetz vorgenommen werden. Der Gebrauch der Checkliste und die wiederkehrende Bearbeitung nicht erfüllter Voraussetzungen steigern dann kontinuierlich die Fähigkeit, ein städtisches Inselnetz betreiben zu können.

Literatur

- Fietze, D. (2014): Vorläufiges Stilllegungsverbot und Weiterbetrieb „systemrelevanter Anlagen“.
Rechtsfragen der Stilllegung von Kraftwerken. In: EWeRK 6/2014. S. 351-357.
- Gawlik, W. (2014): Innovative Regelstrategien für eine flexible und sichere Stromversorgung. In: energy innovation austria 2/2014. S. 6-7.
- Höser, T. (2015): Praktikumsbericht. Inselnetzversorgung bei einem langanhaltenden, flächendeckenden Stromausfall. Bonn.
- Petermann, T., Bradke, H., Lüllmann, A., Poetsch, M. und U. Riehm (2011): Was bei einem Blackout geschieht. Folgen eines langandauernden und großräumigen Stromausfalls. In: Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (Hrsg.): Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag 33. (edition sigma) Berlin.
- Rhein, S. (2013): Kapazitäten der Bevölkerung zur Bewältigung eines lang anhaltenden, flächendeckenden Stromausfalles. Empirische Untersuchung für das Bezugsgebiet Deutschland. In: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (Hrsg.): Praxis im Bevölkerungsschutz 13. (WM Druck + Verlag) Rheinbach.

Zusammenfassung

Bei einem langanhaltenden Ausfall des Übertragungsnetzes werden Einsatzkräfte wie Feuerwehren und THW über mobile Aggregate Teile der Bevölkerung mit Strom versorgen. Eine Möglichkeit, die Einsatzkräfte stark zu entlasten und die Gefahrenabwehr robuster zu gestalten, ist es, vorhandene Strukturen zu nutzen, die nicht auf ein funktionierendes Übertragungsnetz angewiesen sind.

Die Verwundbarkeit der in Großstädten lebenden Bevölkerung gegenüber langanhaltenden Stromausfällen ist hoch. Gleichzeitig befinden sich Kraftwerke und Verteilnetze in diesen Städten, die das Potenzial haben, die Bevölkerung eigenständig mit Strom zu versorgen. Durch die Versorgung von bis zu mehreren Millionen Menschen über vorhandene Anlagen würden die Einsatzkräfte stark entlastet werden. Um dieses Potenzial nutzen zu können, benötigen eigenständige, städtische Inselnetze jedoch technische und organisatorische Mindestanforderungen. Diese wurden hier zusammen mit einem Instrument zur Erhebung und Auswertung der Inselnetzfähigkeit von Städten vorgestellt.

Soziale Medien in Krisen- und Katastrophensituationen

Ein Vergleich zwischen Deutschland, Norwegen und Frankreich

Robert Hillert, Pinar Küçükbalaban, Sandra Lemanski, Daniela Knuth und Silke Schmidt

Durch den Einzug des Internets in die Privathaushalte hat sich auch die öffentliche Kommunikation gewandelt. Neben klassischen Medien wie Fernsehen oder Zeitung haben sich schnell soziale Medien wie Facebook oder Twitter etabliert. Während in Deutschland 69% der Bevölkerung soziale Netzwerke täglich nutzen, sind es in Norwegen 59% der Bevölkerung und in Frankreich nur noch 30% (Bitkom, 2013; Engen, & Futsaeter, 2013; Eurobarometer, 2014).



Soziale Medien eröffnen neue Kommunikationswege.

Die Nutzung sozialer Medien eröffnet für Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz neue Kommunikationswege in Krisen- und Katastrophensituationen, wobei sich zwei Nutzungsformen unterscheiden lassen. Eine Hauptanwendung besteht in der Informationsverbreitung und daraufhin erhaltende Rückmeldungen aus der Bevölkerung über Kommentare, Pinnwandeinträge und Abstimmungen (Lindsay, 2011).

Eine weitere Nutzungsmöglichkeit liegt in der Integration sozialer Medien in das Krisenmanagement. Dies beinhaltet unter anderem die aktive Notfallkommunikation mit Betroffenen in Notsituationen oder das Hochladen von Bildern in Katastrophensituationen für die Erstellung eines Lageberichtes. Diese Anwendungen stecken aber noch in den Anfängen.

Zurzeit beschränkt sich die Nutzung sozialer Medien durch den Zivil- und Katastrophenschutz in erster Linie auf die Verbreitung von Informationen (Lindsay, 2011). Z. B. wurde im Juni 2015 die Notfall-Informations- und Nach-

richten-App (NINA) vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vorgestellt. Diese App warnt deutschlandweit und auf Wunsch auch standortbezogen vor Katastrophensituation wie z. B. Unwettern, Hochwasser und anderen Großschadenslagen. Damit stellt NINA eine Erweiterung des bestehenden modularen Warnsystems von Bund und Ländern dar. Neben aktuellen Warnungen werden auch ereignisbezogene Verhaltenshinweise und allgemeine Notfalltipps von Experten bereitgestellt (Dimroth, 2015).

In Norwegen versucht man mit Hilfe von Apps das Absetzen eines Notrufes zu erleichtern. Für Urlaubsreisen, oder wenn man mit dem Auto unterwegs ist und nicht genau weiß, wo man sich befindet, bietet die norwegische Luftrettung für den Fall einer Notsituation die kostenlose 113 App an, mit der ein gezielter Notruf inklusive genauer Koordinaten abgegeben werden kann. Außerdem enthält die App verschiedene Standortinformationen, die es den Rettern erleichtert, die betroffene Person zu finden (Ekelund, 2013).

Eine weitere Nutzung von Apps findet sich in Frankreich. Mit der CSII App bietet der französische Bevölkerungsschutz die Möglichkeit, Personen aus der näheren Umgebung einer Notsituation zu informieren und zu Hilfe zu rufen. Damit verkürzt sich die Rettungskette und die Überlebenschancen der betroffenen Person werden stark erhöht. Die App bietet verschiedene Möglichkeiten der Alarmierung. So kann direkt nach Ersthelfern in der näheren Umgebung gerufen werden, oder die Einsatzleitung kann nach der Aufnahme eines Notrufes umliegende Ersthelfer informieren. Jeder der die App runterlädt, nimmt an dem Programm teil und steht zur Alarmierung zur Verfügung (Cotinaut, 2014).

Aufgrund der vielseitigen Einsatzmöglichkeiten sozialer Medien in Krisen- und Katastrophensituationen war das Ziel der vorliegenden Untersuchung, mehr über die Einstellungen und die Nutzung sozialer Medien durch Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes zu erfahren.

Untersuchungsmethode

Im Rahmen des iSAR+ Projektes wurden 971 Personen aus Deutschland (n = 461), Frankreich (n = 258) sowie Nor-

wegen (n = 252) online befragt. Das iSAR+ Projekt wurde von der Europäischen Kommission im Rahmen des 7th Framework Programms gefördert (Förderkennzeichen 312850).

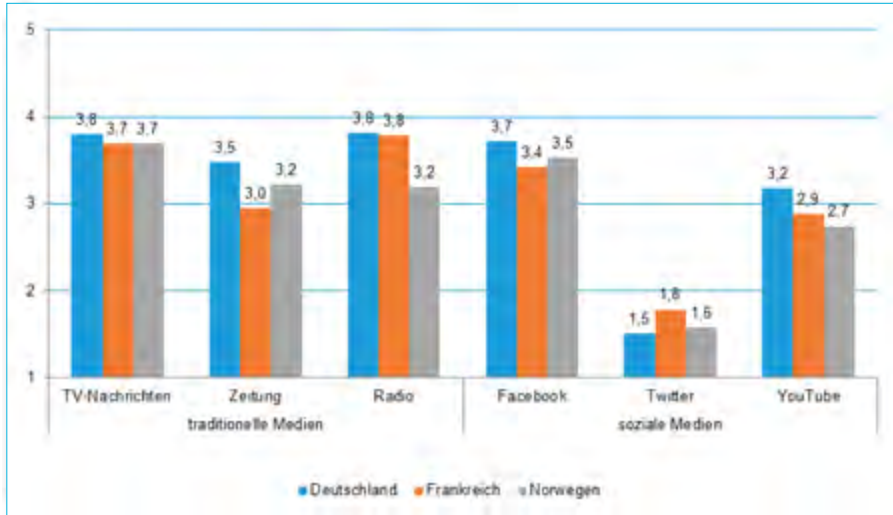


Abb. 1: Ländervergleich der allgemeinen Nutzung von traditionellen und sozialen Medien.

Ziel des Projektes war unter anderem die Entwicklung einer Plattform, die einen direkten Informationsaustausch zwischen Einsatzkräften und der Allgemeinbevölkerung in Notfall- und Krisensituationen mit Hilfe von neuen und sozialen Medien ermöglicht. Die französische Stichprobe setzte sich vorrangig aus Mitarbeitern des Roten Kreuzes (71 %) zusammen, während der Großteil der norwegischen Teilnehmer angab, beim Rettungsdienst (93 %) beschäftigt zu sein. In Deutschland konnten vor allem Feuerwehrpersonal (52 %) und Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes (32 %) für die Befragung gewonnen werden.

Nutzung von sozialen Medien im Alltag und im Rahmen der Arbeit im Bereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Um den generellen Einsatz von Medien, d.h. sowohl traditioneller als auch neuer Formate, im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes einschätzen zu können, wurden die Teilnehmer zunächst gefragt, wie häufig sie verschiedene Informationskanäle verwenden.

Dabei wurden die Nutzung im Allgemeinen und die Nutzung zu Arbeitszwecken unterschieden. Zur Bewertung der Nutzungshäufigkeit stand den Teilnehmern eine fünfstufige Skala von 1 = „gar nicht“ bis 5 = „sehr oft“ zur Verfügung.

Schaut man sich die allgemeine Nutzung der Medien an (Abb. 1), fällt auf, dass traditionelle Medien häufiger genutzt werden als soziale Medien. Eine Ausnahme bilden

hier die Zeitungen, welche in Deutschland und Frankreich weniger häufig genutzt werden als Facebook. Insgesamt ist Facebook das am häufigsten genutzte soziale Medium, welches in der Nutzungshäufigkeit mit den traditionellen Medien vergleichbar ist.

Demgegenüber wird Twitter am wenigsten im Vergleich zu allen anderen Medien genutzt. Der Vergleich über die verschiedenen Länder zeigt, dass Twitter „gar nicht“ bis „etwas“ genutzt wird und somit aktuell keine bedeutende Rolle innerhalb der sozialen Medien spielt. Unter den traditionellen Medien wurden TV-Nachrichten in allen Ländern gleichermaßen oft genutzt und liegen nur knapp unter dem am häufigsten genutzten Informationskanal, dem Radio, das in Deutschland (M = 3.81) und Frankreich (M = 3.78) das am häufigsten genutzte Medium ist.

Schaut man sich nun die Mediennutzung im arbeitsbezogenen Kontext an, fällt die wesentlich geringere Nutzung im Gegensatz zur Allgemeinen auf (Abb. 2). Dieser Unterschied zeigt sich in der norwegischen Stichprobe besonders deutlich.

Hier kamen die sozialen Medien wesentlich seltener im Arbeitskontext zum Einsatz als die traditionellen Medien. Vor allem für Facebook ist diese Differenz sehr ausgeprägt.

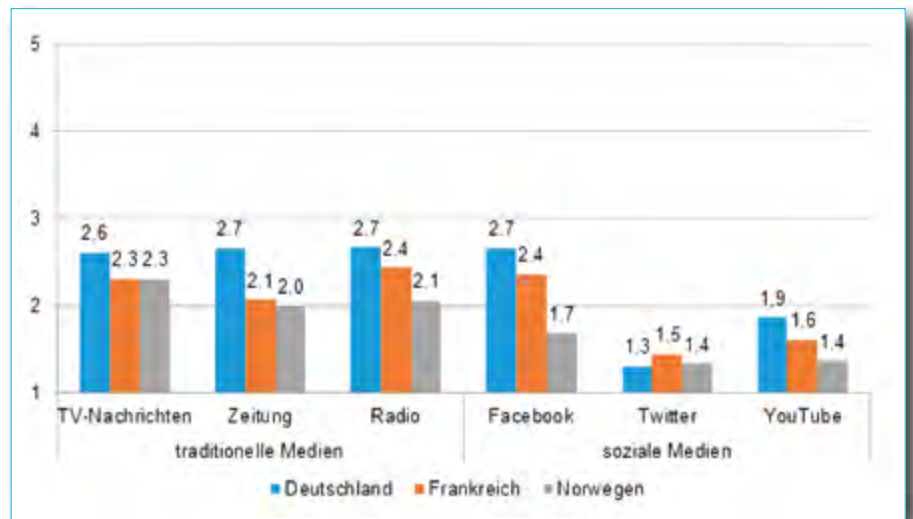


Abb. 2: Ländervergleich der Nutzung traditioneller und sozialer Medien im Rahmen der Arbeit.

Wurde Facebook im allgemeinen Kontext in Norwegen (M = 3.53) noch häufiger genutzt als in Frankreich (M = 3.42), ist die Nutzung im Arbeitskontext (Norwegen, M = 1.69, Frankreich, M = 2.37, Deutschland, M = 2.67) weit abgeschlagen im Ländervergleich. Im Gegensatz dazu gaben die deutschen Teilnehmer an, Facebook im Arbeitskontext genauso häufig zu nutzen wie traditionelle Medien. Die generelle Nutzungshäufigkeit der verschiedenen Medien im Arbeitskontext stellt sich im Vergleich zur allgemeinen Nutzung ähnlich dar. So wird Twitter auch im Arbeitskontext im

Ländervergleich am wenigsten genutzt. Hinsichtlich der YouTube-Nutzung ergaben sich nur geringe Unterschiede zwischen den Ländern, wobei sich die Einschätzungen der Nutzungshäufigkeiten im Bereich von „gar nicht“ (Norwegen, $M=1.38$) bis „selten“ (Deutschland, $M=1.88$) bewegten.

Damit spielen Twitter und YouTube so gut wie keine Rolle in der Informationsverbreitung im Rahmen der Arbeit von Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes. Bei YouTube fällt besonders der Unterschied zwischen allgemeiner und arbeitsbezogener Nutzung auf. So wurde YouTube „mäßig“ im allgemeinen Bereich genutzt und arbeitsbezogen nur noch „gar nicht“ bis „selten“.

Vertrauen in Informationen, die von der Allgemeinbevölkerung über soziale Medien erhalten wurden.

Um zu erfahren, welchen Informationen, die von der Allgemeinbevölkerung über soziale Medien verbreitet werden, Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes vertrauen, wurden die Teilnehmer dieser Erhebung gefragt, wie stark sie den nachfolgend genannten Medien auf einer Skala von 1 = „gar nicht“ bis 5 = „sehr“ in einer Krisensituation vertrauen würden.

Wie in Abb. 3 zu erkennen ist, ist das gesamte Vertrauensniveau gegenüber sozialen Medien in allen drei Ländern relativ gering. Hierbei gaben die französischen Teilnehmer im Vergleich zu den beiden anderen Ländern an, allen drei sozialen Medien am meisten zu vertrauen. Bei deutschen Teilnehmern wurde angegeben Informationen, welche über Facebook ($M=2.41$) verbreitet wurden, am meisten zu vertrauen. Damit vertrauten sie nur etwas weniger als französische Teilnehmer ($M=2.46$) Informationen, welche über Facebook bereitgestellt wurden und dies obwohl die arbeitsbezogene Nutzung von Facebook in Deutschland wesentlich höher angegeben wurde als in den beiden anderen Ländern.

Demgegenüber gaben norwegische Teilnehmer an, Informationen, welche über Facebook ($M=2.13$) bereitgestellt wurden, relativ wenig zu vertrauen, was mit der geringen Nutzung im Arbeitskontext einhergeht. Weiterhin gaben norwegische Teilnehmer an, am wenigsten Informationen zu vertrauen, welche über YouTube ($M=1.62$) bereitgestellt wurden.

Damit liegen sie im Ländervergleich weit unterhalb von Deutschland ($M=2.11$) und Frankreich ($M=2.33$). Besonders Interessant ist das im Ver-

gleich zur Nutzung recht hohe Vertrauen in Informationen, welche über Twitter verbreitet wurden. Obwohl Twitter in allen drei Ländern wenig genutzt wird, ist das Vertrauen in dieses Medium ähnlich hoch wie bei den beiden anderen sozialen Medien. In Norwegen sogar höher als bei YouTube.

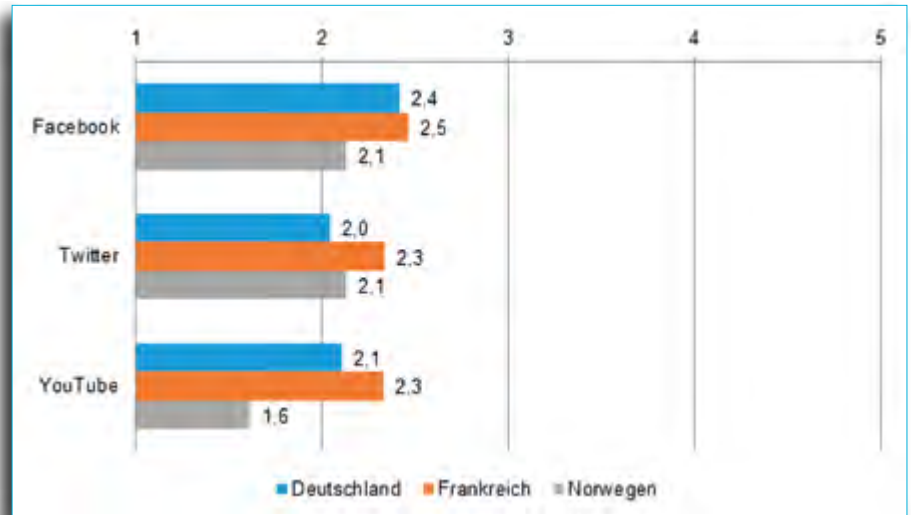


Abb. 3: Vertrauen in Informationen, welche von der Bevölkerung über soziale Medien bereitgestellt wurden.

Einschätzung der Nützlichkeit von Facebook im Rahmen der Arbeit im Bereich Zivil- und Bevölkerungsschutz vor / während / nach einer Katastrophensituation

Da Facebook das am meisten genutzte soziale Netzwerk ist, wurde es näher untersucht. Dazu wurden die Teilnehmer gefragt, für wie hilfreich sie Facebook in Krisen- und Katastrophensituationen erachten.

Aspekte der Nützlichkeit für den Informationsaustausch wurden für die verschiedenen Phasen vor, während und nach einer Katastrophensituation untersucht und beinhalteten den Informationsaustausch zwischen Ersthelfern untereinander, zwischen Ersthelfern und der Allgemeinbevölkerung sowie die Bestätigung von Informationen.

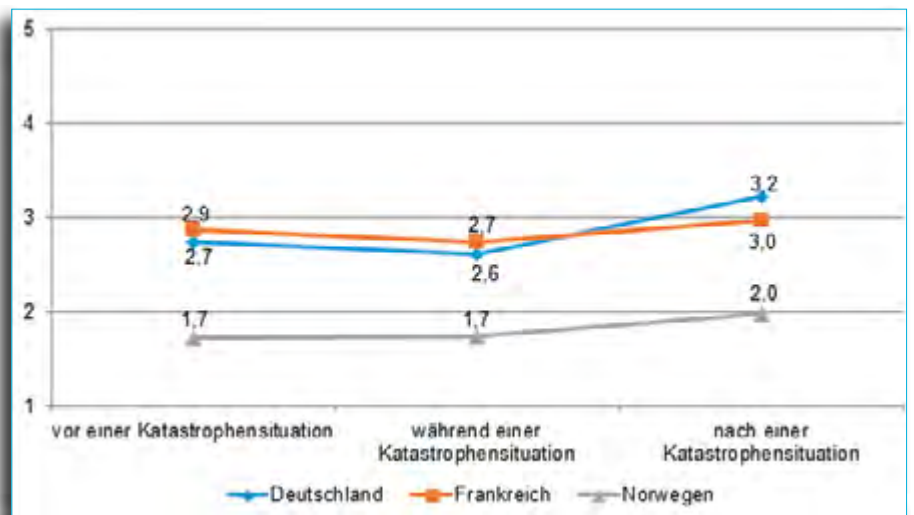


Abb. 4: Nützlichkeit von Facebook vor / während / nach einer Katastrophensituation.

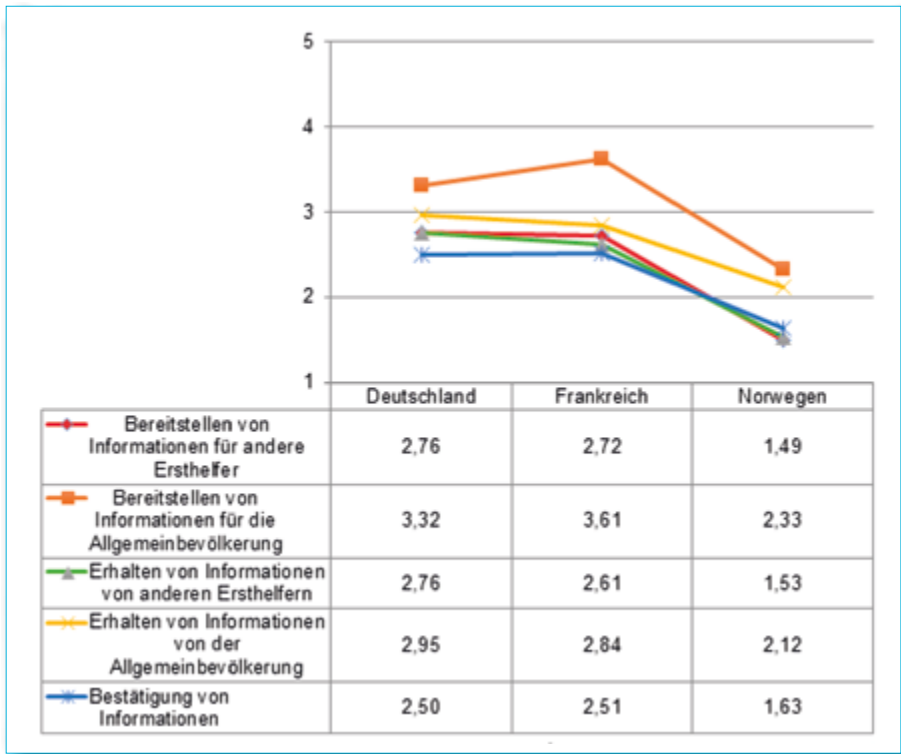


Abb. 5: Bewertung der Nützlichkeit der verschiedenen Bereiche von Facebook. (Grafiken: Lehrstuhl Gesundheit und Prävention, Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald)

Dabei konnten die Teilnehmer die verschiedenen Aspekte auf einer fünfstufigen Skala von 1 = „gar nicht“ bis 5 = „sehr“ bewerten.

Das Bild der arbeitsbezogenen Nutzung von Facebook spiegelt sich auch in der Einschätzung der Nützlichkeit wieder (Abb. 4). Norwegische Teilnehmer bewerten die Nützlichkeit von Facebook am geringsten im Vergleich zu den anderen beiden Ländern.

Bei Betrachtung der Nützlichkeit von Facebook in Bezug auf die Phasen einer Katastrophensituation fällt auf, dass die Nützlichkeit während einer Katastrophensituation bei allen drei Ländern im Vergleich zu den beiden anderen Phasen geringer bewertet wurde.

So schätzen die Teilnehmer der drei Länder die Nützlichkeit von Facebook nach einer Katastrophensituation höher ein als vor und während einer Katastrophensituation.

Diese Bewertung ist besonders im Vergleich zu anderen Befragungen des iSAR+ Projektes interessant, bei denen die Einschätzung der Bevölkerung zur Nützlichkeit sozialer Medien erhoben wurde. Dort ergab sich ein gegenteiliges Bild.

Die Bevölkerung bewertete die Nützlichkeit von Facebook gerade vor und besonders während einer Katastrophensituation höher als danach (Kücükbalaban, Knuth, Szymczak, Lemanski, & Schmidt, submitted).

Besonders deutlich wird in Abb. 5 die mit großem Abstand zu den anderen Bereichen bewertete Nützlichkeit hinsichtlich der Bereitstellung von Informationen für die Allgemeinbevölkerung. Dieser Bereich wurde am höchsten von französischen Teilnehmern ($M = 3.61$) bewertet.

Aber auch deutsche und norwegische Teilnehmer sahen die Bereitstellung von Informationen für die Allgemeinbevölkerung als wichtigsten Nutzen von Facebook bezogen auf die fünf erfassten Bereiche an. Den Erhalt von Informationen aus der Allgemeinbevölkerung schätzen die deutschen Teilnehmer ($M = 2.95$) im Ländervergleich am höchsten ein. In der französischen Stichprobe wurde dieser Aspekt wesentlich geringer bewertet als die Bereitstellung von Informationen für die Allgemeinbevölkerung.

Somit sahen die befragten Einsatzkräfte in erster Linie die Kommunikation mit der Allgemeinbevölkerung und weniger die Kommunikation untereinander als Nutzen von Facebook für ihre Organisationen an.

Schlussfolgerungen

Soziale Medien sind ein wichtiger Teil der alltäglichen Kommunikation geworden und müssen ebenfalls im Rah-



Die Informationsgewinnung über digitale Medien nimmt im Alltag und im Rahmen der Arbeit zu.

men der Krisen- und Katastrophenkommunikation eine stärkere Beachtung finden. Dabei wird das soziale Medium Facebook am stärksten genutzt und hat sogar die traditionellen Medien eingeholt.

Besonders relevant scheint den befragten Einsatzkräften dabei die Informationsgewinnung nach einer Katastrophensituation zu sein, wohingegen während und vor



Soziale Medien sind ein wichtiger Teil der alltäglichen Kommunikation geworden.
(Fotos/Grafiken: CC0 Public Domain / pixabay.com)

einem Ereignis die sozialen Medien als weniger nützlich eingeschätzt werden. Dies könnte sich aber in den kommenden Jahren ändern, da mit Hilfe von Projekten wie dem iSAR+ Projekt daran gearbeitet wird, neue Kommunikationswege zu erschließen oder bestehende zu verbessern.

Dies beinhaltet auch den Nutzungsbereich, welcher sich momentan noch auf die Informationsbereitstellung für und den Informationserhalt aus der Allgemeinbevölkerung beschränkt.

Noch scheint dazu das Vertrauen der Einsatzkräfte in soziale Medien zu gering, aber mit fortschreitenden Erfahrungen und einer Verbesserung des Datenschutzes sowie mit Hilfe von Technologien zur Validierung von Informationen könnte sich das Vertrauen in die sozialen Medien in den kommenden Jahren verbessern.

Erste Projekte wie die NINA App in Deutschland, die 113 App in Norwegen und die CSII App in Frankreich befinden sich bereits in der Testphase und sollen die Kom-

Literatur

- Bitkom. (2013). Soziale Netzwerke 2013 - Eine repräsentative Untersuchung zur Nutzung sozialer Netzwerke im Internet (pp. 16–20). Berlin. Retrieved from https://www.bitkom.org/Publikationen/2013/Studien/Soziale-Netzwerke-%E2%80%93-dritte-erweiterte-Studie/SozialeNetzwerke_2013.pdf (20/08/2015)
- Cotinaut, C. (2014). CXII: La solution pour tous les secouristes! Protection Civile. Retrieved from <http://www.alert112.com/> (20/08/2015)
- Dimroth, J. (2015). Hannover: Neue Warn - App des Bundes steigert den Schutz der Bevölkerung. Pressereferat im Bundesministerium des Innern. Berlin. Retrieved from http://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Presse/Pressemeldung_2015/PM_NINA_Vorstellung.pdf?__blob=publicationFile (20/08/2015)
- Ekelund, T. (2013). Hjep med et tastetrykk. Norwegian Air Ambulance Foundation Magazin, (1), 35.
- Engen, G., & Futsaeter, K. (2013). Measuring media content across several platforms in a highly developed media market. Print and Digital Research Forum 2013, 1. Retrieved from <http://www.tns-gallup.no/tns-innsikt/measuring-media-content-across-several-platforms-in-a-highly-developed-media-market> (20/08/2015)
- Eurobarometer. (2014). Media Use in the European Union. European Commission (p. 20). Retrieved from http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_media_en.pdf (20/08/2015)
- Kücübalaban, P., Knuth, D., Szymczak, H., Lemanski, S., & Schmidt, S. (n.d.). Einsatz von sozialen Medien in Krisen- und Katastrophensituationen – Vergleich zwischen Deutschland, Großbritannien und Polen.
- Lindsay, B. R. (2011). Social Media and Disasters: Current Uses, Future Options and Policy Considerations. Congressional Research Service, 1–2.

munikation zwischen Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Bevölkerung stärken.

Robert Hillert war Forschungspraktikant im iSAR+ Projekt am Institut für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald.

Prof. Dr. Silke Schmidt ist Professorin des Lehrstuhles Gesundheit und Prävention am Institut für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald.

Pinar Kücübalaban ist Diplom-Psychologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention des Institutes für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald.

Sandra Lemanski ist Diplom-Psychologin und arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention des Institutes für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald.

Dr. Daniela Knuth ist Diplom-Psychologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention des Institutes für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald.



Arbeiter-Samariter-Bund: Herausforderungen meistern

Flexibilität und Engagement sind bei der Flüchtlingshilfe unverzichtbar

Weltweit sind zurzeit so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Viele von ihnen kommen nach Europa. Die Situation der Flüchtlinge ist ohne Zweifel auch eine große Herausforderung für die deutsche Gesellschaft. Wahrscheinlich werden in diesem Jahr etwa 800.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag stellen. Das wären etwa viermal so viele wie im Jahr 2014.



Die Hebamme Sarah Werner (links) kommt zur Untersuchung des Neugeborenen einer somalischen Familie in Zwickau. Immer dabei: ASB-Mitarbeiterin Khadouma Leistner (Mitte), die ins Arabische und Deutsche übersetzt.
(Foto: ASB / L. Dahmen)

Solche Zahlen stellen alle Verantwortlichen vor große Aufgaben. Oft müssen Kommunen innerhalb kürzester Zeit für die Unterbringung und Betreuung neu ankommender Flüchtlinge sorgen. Dabei ist die Unterstützung durch Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen unverzichtbar. Auch der ASB beweist täglich vielerorts, dass er trotz des großen Zustroms in der Lage ist, schnell und gezielt zu helfen – zum Beispiel in Bayern und Sachsen:

In Wilkau-Haßlau, einer sächsischen Kleinstadt am Fuße des Erzgebirges, leben seit vergangemem Dezember 50 Flüchtlingsfamilien in Genossenschaftswohnungen, die der ASB Zwickau angemietet hat. Das Wohnprojekt hat der Kreisverband quasi von einem auf den nächsten Tag aufgebaut. „Als der Kreistag im vergangenen Oktober beschlossen hat, dass Wilkau-Haßlau 150 Flüchtlinge aufnehmen soll, haben wir uns in kürzester Zeit in das Thema Flüchtlingshilfe eingearbeitet“, berichtet Projektleiterin Annegret Baumann. Die Sozialpädagogin war zuvor beim ASB für das Betreute Wohnen für Menschen mit Behinderung zuständig. „Nach oft dramatischen Wochen der Flucht ist es wichtig, dass die Menschen in den eigenen vier Wänden zur Ruhe kommen und sich selbst versorgen können“, berichtet sie.

Manchmal muss es schnell gehen

Ortswechsel: Auch dort, wo eine solche Unterbringung nicht möglich ist, können ASB-Helfer viel bewirken. Zum Beispiel im fränkischen Erlangen. Dort betreut der ASB Erlangen-Höchststadt eine Notunterkunft für 300 Flüchtlinge in einem ehemaligen Möbellager am Rande der Innenstadt und eine weitere für 200 Menschen in einer ehemaligen Tennishalle. In der Regel kommen die Flüchtlinge in Bussen an, die Helfer erhalten nur wenige Stunden vorher Bescheid. Nach einem ersten herzlichen Willkommen machen sie bei den Neuankömmlingen einen medizinischen Grundsatzcheck, um festzustellen, ob sie an ansteckenden Krankheiten leiden.

Beklemmende Erinnerungen

„Ich habe kein Zuhause mehr, unser Haus, unser Stadtviertel, das Krankenhaus, in dem ich gearbeitet habe – alles ist zerstört.“ Dr. Bassam Askari¹ sitzt im Aufenthaltsraum der Notunterkunft in Erlangen. Der Mittdreißiger stammt aus der Nähe von Faludja im Irak. Über seine Flucht will er nicht viel erzählen. Er hat wohl kaum etwas gegessen und nur selten etwas trinken können.

„Viele Flüchtlinge kommen in einem desolaten Zustand hier an“, berichtet Nadine Naujoks. Die ASB-Mitarbeiterin nimmt regelmäßig Familien in Empfang, die nicht einmal ein Gepäckstück dabei haben, sondern nur noch das besitzen, was sie anhaben.

Zukunftspläne in Sachsen

Auch die sechsköpfige Familie von Amir² hat eine monatelange Flucht voller Repressalien hinter sich. Über die Türkei und Bulgarien ist sie nach Wilklau-Haßlau gelangt. „Als unser 19-jähriger Sohn zum Militär eingezogen werden sollte und unser Haus bei Kämpfen niedergebrannt wurde, sahen wir für uns keine Zukunft mehr in Syrien“, berichtet Amir.

ASB-Mitarbeiterin Khadouma Leister übersetzt ins Deutsche. Die studierte Arabischlehrerin mit algerischen Wurzeln ist beim Wohnprojekt unabkömmlich. Sie begleitet – ebenso wie die beiden ASB-Sozialbegleiter – die Bewohner zu Ärzten und Behörden. Denn wie in Erlangen, ist auch der ASB in Zwickau für die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge zuständig. Die zentrale Anlaufstelle für die mittlerweile 170 Flüchtlinge des Wohnprojekts ist das ASB-Büro. Hier stehen die Gemeinschaftswaschmaschinen, die von den Familien rund um die Uhr genutzt werden können. Hier finden auch Integrationsangebote wie der beliebte Mutter-Kind-Treff statt, und hier können sich die Flüchtlinge bei Annetta Baumann und ihrem Team Rat holen.

Ehren- und Hauptamt gemeinsam

Zurück nach Erlangen: Auch in der fränkischen Stadt ist das Engagement der Mitarbeiter groß. „Hauptamtliche und freiwillige Helfer wirken nahtlos zusammen“, berichtet Jürgen Seiermann, Geschäftsführer des ASB Erlangen-Höchststadt. Während die hauptamtlichen Mitarbeiter immer für die Flüchtlinge in der Unterkunft als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, bei organisatorischen Fragen, beim Ausfüllen von Formularen und beim Vereinbaren von Arztterminen helfen, organisieren Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Jugend (ASJ) Spielenachmittage für die Kinder.

Andere Freiwillige übernehmen den Fahrdienst zum Sportgelände, wo donnerstagabends Fußball gespielt wird und am Samstag Tischtennis, Basketball und Mutter-Kind-Turnen angeboten werden.

Doch der Einsatz bringt die freiwilligen Helfer manchmal auch an ihre Grenzen. Vor allem dann, wenn innerhalb weniger Tage eine neue, zusätzliche Notunterkunft für mehrere hundert Flüchtlinge aufgebaut werden muss.

„Wenn so ein Anruf von der Kommune kommt, halten alle zusammen und arbeiten, ohne auf die Uhr zu sehen. Trotzdem sind die Situation und vor allem der extreme Zeitdruck belastend“, sagt Jürgen Seiermann, der in Erlangen schon zweimal vor solch einer Situation stand. „Wir würden uns freuen, wenn man uns rechtzeitig informiert und bereits bei den Planungen ins Boot holt.“



In Erlangen arbeiten hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter eng zusammen, um die Flüchtlinge willkommen zu heißen und zu betreuen.
(Foto: ASB/M. Nissen)

Den größten Sorgen begegnen

Doch egal, wie fordernd die Einsätze sind, die ASB-Helfer haben ein offenes Ohr für die Menschen, die nach der Flucht bei ihnen ankommen. Vor allem zwei Sorgen treiben viele Flüchtlinge um: Da ist zum einen der Wunsch nach Arbeit. Zum anderen möchten Flüchtlinge so schnell wie möglich Deutsch lernen. Anspruch auf einen Deutschkurs haben sie aber erst, wenn der Asylantrag geprüft wird. Das kann viele Monate dauern. Aussichtslosere Asylanträge, wie die von Bewerbern aus den Balkanländern, werden im Moment bevorzugt bearbeitet. Dadurch geht aber für die anderen, die schließlich in Deutschland bleiben können, viel kostbare Zeit zur Integration verloren. Der ASB Zwickau bietet deshalb vier Deutschkurse in der Woche an, die von Freiwilligen geleitet werden und gut besucht sind.

Der ASB ist an vielen Standorten bundesweit längst zu einem verlässlichen Partner bei der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen geworden. Dieses Engagement für ein friedliches Miteinander will der ASB weiterhin in die Zivilgesellschaft einbringen und dazu beitragen, dass aus Flüchtlingen und Migrantinnen Mitbürger und Freunde werden.

^{1,2}Namen von der Redaktion geändert

Drei Stufen zum Erfolg: die Ausbildung im THW

Ob für Einsätze in Deutschland oder weltweit: Eine qualifizierte Ausbildung im Vorfeld ist unerlässlich. Das THW bildet seine ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer aus, damit sie für die Herausforderungen des Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gewappnet sind. Jährlich nehmen tausende THW-Kräfte die Aus- und Fortbildungsangebote des THW wahr.

Das Ausbildungskonzept des THW ist gekennzeichnet von drei verschiedenen Stufen: der Einsatzbefähigung, Fachbefähigung und Weiterbefähigung.



Bei der THW-Grundausbildung gehört auch ein gewisses Repertoire an Stichen und Bunden zum Lernstoff – jeder Handgriff muss sitzen.

Grundausbildung als erster Schritt

Zu Beginn steht für jeden Anwärter und jede Anwärterin die Grundausbildung. Durch sie erlangen die Ehrenamtlichen eine grundlegenden Vorbereitung auf kommende Einsätze. Sie bildet die erste Stufe für die Arbeit im THW. Neben dem richtigen Umgang mit Werkzeugen und Geräten aus der Standardausrüstung des THW gehört Wissen über das THW, den Bevölkerungsschutz und das Verhalten im Einsatz genauso dazu. Die Ausbildung der werdenden THW-Einsatzkräfte erfolgt einheitlich. Dies stellt den gleichen Wissenstand sicher und sorgt dafür, dass im Einsatz-

fall die praktischen Handgriffe von allen gleich gut beherrscht werden.

Die Grundausbildung wird üblicherweise in einem der 668 THW-Ortsverbände über einen Zeitraum von etwa sechs Monaten absolviert. In diesem Zeitraum finden mehrere Ausbildungstage unter der Woche oder am Wochenende statt. Da sich alle Helferinnen und Helfer ehrenamtlich im THW engagieren, ist so gewährleistet, dass sich die Grundausbildung mit Schule, Studium oder Beruf vereinbaren lässt. Das THW bietet aber auch die Möglichkeit, die Grund-

ausbildung im Rahmen von Kompakt-Lehrgängen zu absolvieren. Erfahrene Ausbilder bereiten die künftigen THW-Kräfte dann eine Woche lang ganztätig auf die theoretische und praktische Prüfung vor. Im vergangenen Jahr absolvierten mehr als 2.300 Helferinnen und Helfer die Grundausbildung; in diesem Jahr waren es bereits knapp 1.500 neue Einsatzkräfte.

Spezialausbildung und Auffrischung von Wissen

Ist die Prüfung nach der Grundausbildung bestanden, stehen den neuen THW-Helferinnen und Helfern auf der zweiten Ausbildungsstufe, der Fachbefähigung, verschiedene Wege offen. Diese differenziert sich in die Fach-

ausbildung, die Führungsausbildung, die Ausbildung für Funktionen und die Ausbildung für Auslandseinsätze. Viele Möglichkeiten also, weitere Qualifikationen zu erwerben. In der Regel folgt eine Ausbildung für die verschiedenen Fachgruppen im THW beispielsweise für die Fachgruppe Räumen, die die Feuerwehr bei der Brandbekämpfung unterstützt, oder die Fachgruppe Wassergefahren, die für Rettung und Technische Hilfe an und auf dem Wasser zuständig ist.

Qualifikationserhaltende Maßnahmen, jährliche Unterweisungen und Anpassungsfortbildungen folgen in der

dritten Stufe. Im Rahmen dieser Weiterbefähigung vertiefen die Teilnehmenden ihr vorhandenes Wissen und lernen neue Erkenntnisse und Methoden kennen. Hier finden sich zudem die zahlreichen praktischen Übungen, in denen Handlungsabläufe für den Einsatz vertieft werden. Im Mittelpunkt steht das gemeinsame Training mit Rettungsdiensten und Feuerwehren, die das THW häufig zu Unterstützung anfordern. Allein im vergangenen Jahr übten die Ehrenamtlichen deutschlandweit fast 330.000 Stunden.

Eigene Ausbildungseinrichtung mit zwei Standorten

Für die umfangreichen Fort- und Weiterbildungsangebote sind einerseits Fernlehrgänge mit Präsenzphasen sowie externe Standorte vorgesehen. Andererseits betreibt das THW eine eigene Ausbildungseinrichtung mit zwei Standorten: Sowohl im niedersächsischen Hoya als auch in Neuhausen/Baden-Württemberg bietet sich den Teilnehmenden ein Spektrum aus mehr als 200 verschiedenen Lehrgangsarten und Seminaren für die Bergungs- und Fachgruppen des THW. Darüber hinaus bereiten sich

die Helferinnen und Helfer dort intensiv auf Auslandseinsätze vor.



Die Ausbildung im THW umfasst auch Spezialkenntnisse, die für die unterschiedlichen Fachgruppen benötigt werden. (Fotos: THW)

All diese Aus- und Weiterbildungsangebote sorgen für gut ausgebildete Einsatzkräfte im THW, die jederzeit für den Ernstfall gewappnet sind.



Einsatz des DLRG Landesverbandes Bayern während des G7-Gipfels

Der G7-Gipfel im Juni 2015 war in erster Linie ein großer Staatsbesuch. Dazu wurden aber, neben den Staats- und Regierungschefs mit ihren Delegationen, auch 4.000 Medienvertreter und eine Vielzahl von Demonstranten, erwartet.

Für die Sicherheit aller Menschen vor Ort haben sämtliche Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Bayern eng zusammengearbeitet. Die Hilfsorganisationen

übernahmen gemeinsam mit ihrer „Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsschutz (Arge BVS)“ die rettungs-, sanitäts- und betreuungsdienstliche Absicherung. Rund 1.500 Einsatzkräfte aller Hilfsorganisationen waren dabei im Einsatz. Darunter waren auch täglich bis zu 140 Helfer der DLRG. Obwohl der Einsatz relativ ruhig verlief, war er für die Hilfsorganisationen einer der größten geplanten Einsätze, der in Bayern bisher abgearbeitet wurde.

Die Arbeit aller Helfer der fünf Hilfsorganisationen wurde in einem gemeinsamen Stab der Arge BVS koordiniert. In diesem Stab, der im Dreischichtbetrieb gearbeitet hat, war in jeder Schicht mindestens ein DLRG Vertreter eingesetzt.



Bereich „Lage“ im Führungsstab des Einsatzabschnitts Logistik.

Die Aufträge an den Stab wurden vom Staatsministerium des Inneren gestellt. Im Wesentlichen ging es während der Zeit um die Logistik und die Verpflegung aller Helfer von Hilfsorganisationen, Polizei und Bundeswehr.

Insgesamt waren jeden Tag etwa 20.000 Einsatzkräfte zu versorgen. Zur Planung und Führung wurde dazu im Einsatzabschnitt 4 „Logistik“ ein eigener Führungsstab eingerichtet. Dort hatten die wesentlichen S-Funktionen jeweils mehrere Führungsassistenten. In der Planung war die DLRG zunächst für diesen Führungsstab nicht vorgesehen. Sehr schnell stellte sich jedoch heraus, dass die geplante personelle Besetzung für die anfallenden Aufgaben nicht ausreicht. Auf Anforderung durch das GELZ stellte die DLRG daher sehr kurzfristig täglich mehrere Führungsassistenten als Stabpersonal. Die meisten dort eingesetzten Helfer hatten mindestens eine Zugführerausbildung und mehrjährige Einsatzerfahrung als Führungskraft. Dies war zur Bearbeitung der dort anfallenden Arbeit auch notwendig.

Aufgrund der Wetterprognosen forderte der Führungsstab des Einsatzabschnittes 4 „Logistik“ zusätzliche geländegängige Fahrzeuge an. Diese waren notwendig, um die Verpflegung auch zu Einsatzkräften an unzugänglichen Stel-

len im alpinen Raum zu bringen. So rückten schon sehr bald Allradfahrzeuge der DLRG aus den Bezirken Franken, Schwaben und Oberbayern nach Garmisch aus. Jeden Tag waren somit fünf DLRG Trupps, mit insgesamt etwa 35

Helfern, im Bereich Logistik im Einsatz. Der Schwerpunkt der Aufträge lag in der Verteilung von Verbrauchsmaterial, der Verteilung von Verpflegung, der Verpflegungsausgabe und dem Transport von Personen.

Was erst einmal recht einfach klingt, stellte die Einsatzkräfte teilweise vor ungeahnte neue Herausforderungen. Neben dem Fahren in unbekanntem, teilweise unbefestigtem Gelände bei Tag und Nacht, die Passage der Kontrollstellen und -schleusen der Polizei, forderte das extreme Wetter mit starker Hitze, aber auch Starkregen die Einsatzkräfte.

Der Planungsstab hatte eine Vielzahl möglicher Gefahrenlagen in unterschiedlichen Größenordnungen durchgespielt. Zur Absicherung von etwaigen Wassergefahren hatte die DLRG vorsorglich einen speziell zusammengestellten G7-Wasserrettungszug aus den Bezirksverbänden Alpenland und Oberbayern bereitgestellt.



Verteilung von Verbrauchsgütern.

Dieser bestand aus bis zu 96 Helfern. Der Wasserrettungszug wurde während des G7-Gipfels durchgehend kurzfristig ausrückbereit vorgehalten.

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine wasserrettungsdienstliche Gefahrenlage im Raum Garmisch tatsächlich eintreten und der DLRG Wasserrettungszug dort zum Einsatz kommen würde, war nicht besonders hoch. Während der Pla-



Arbeit im ELW2 des Führungsstabes „Logistik“ der Hilfsorganisationen.
(Fotos: DLRG LV Bayern)

nungsphase war jedoch vollkommen offen, ob das Partnerprogramm, also die Veranstaltungen für Angehörige der Regierungschefs, sich zu einem der großen Seen im Alpenland begeben würde.

Insgesamt hat die DLRG auch bei diesem Einsatz gezeigt, dass sie als große Hilfsorganisation neben der Aufgabe Wasserrettung auch beispielsweise Führungs- oder Logistikaufgaben hochprofessionell abarbeiten kann.

*Andreas Klingberg
DLRG Bundesgeschäftsstelle*



„Feuerwehren im Einsatz für die Menschlichkeit“

DFV-Präsident Kröger dankt für bundesweites Engagement für Flüchtlinge

Sie leisten Erste Hilfe, geben Essen aus, bauen Feldbetten zusammen, transportieren Material, bauen Infrastruktur auf – Feuerwehren sind im Zuge der aktuellen Flüchtlingssituation in ganz Deutschland im Einsatz für die Menschlichkeit. „Der Einsatz der ehren- und hauptamtlichen Kräfte ist mehr als nur ein öffentlich-rechtlicher Auftrag, eine Amtshilfe: Feuerwehren zeigen von Neumünster bis Halberstadt, von Lebach bis Neuenstadt, was gelebte Nachbarschaftshilfe bedeutet!“, würdigt Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), das bundesweite Engagement für Flüchtlinge.

Der Verbandspräsident dankt auch den Arbeitgebern, die ihre Betriebsangehörigen für diese besonderen Einsätze freistellen.

„Die Feuerwehr steht für eine Gemeinschaft, die Menschen Hilfe leistet unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und Ansehen der Person. Die Feuerwehr steht für ein solidarisches Miteinander, Zusammenhalt, Kameradschaft und eine verlässliche Gemeinschaft“, zitiert Kröger aus dem Leitbild des Deutschen Feuerwehrverbandes zur Interkulturellen Öffnung.

Nicht nur durch kurzfristigen Einsatz sind die Feuerwehren aktiv: Sie stellen – oft gemeinsam mit der Jugendfeuerwehr – ihr Engagement bei Besuchen und Übungen in Flüchtlingsunterkünften vor, sorgen für Abwechslung im schwierigen Alltag der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, und betreiben die aktive Integration von Asylbewerbern in den Einsatzdienst. „Feuerwehren stehen in der Mitte der Gesellschaft, sind Kulturträger und lebendiges

Teil der demokratischen Grundordnung. Wer sich in ihnen engagiert, ist wahrlich in Deutschland angekommen“, erläutert Kröger.

Bereits in der Vergangenheit beschäftigte sich der Deutsche Feuerwehrverband mit der Interkulturellen Öffnung der Feuerwehren sowie dem Interkulturellen Dialog. Unter Kofinanzierung des Europäischen Integrationsfonds entwickelten Feuerwehrangehörige mit und ohne Migrationshintergrund neben dem mehrsprachigen Leitbild zur Interkulturellen Öffnung auch Schulungsmaterialien für Feuerwehren sowie eine Kommunikationskampagne. Diese gab wichtige Tipps zum richtigen Verhalten im Notfall, informierte über das deutsche Feuerwehrsystem und zeigte Möglichkeiten zum Engagement in den Feuerwehren auf.

Informationen zur DFV-Kommunikationskampagne „112 Feuerwehr – Willkommen bei uns“ gibt es online unter www.112-willkommen.de.



DFV-Präsident Hans-Peter Kröger würdigte das bundesweite Engagement der Feuerwehren für Flüchtlinge.

Die Materialien des Projekts stehen unter www.feuerwehrverband.de/112-projekt.html zum Download zur Verfügung.



Integration: Feuerwehren gehen auf Flüchtlinge zu

Rekord: 130 Parlamentarier bei 10. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren

„Wir sagen ‚Unsere Welt ist bunt‘ und ‚Willkommen bei uns!‘“, würdigte Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), beim 10. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren das Engagement von ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen angesichts der aktuellen Flüchtlingslage. Mehr als 130 Bundestagsabgeordnete und 500 Gäste aus Feuerwehren, Verwaltung und Verbänden nutzten die Gesprächsplattform des DFV in der Regierungsfirewache Berlin-Tiergarten.

„Welche Integrationsleistung ist wohl besser, als mit offenen Armen auf Flüchtlinge zuzugehen und sie in der großen Gemeinschaft der ‚helfenden Hände‘ willkommen zu heißen“, lobte Kröger die zahllosen Initiativen von Feuerwehren in ganz Deutschland. Dieser „Einsatz für die Menschlichkeit“ zeige, was gelebte Nachbarschaftshilfe bedeute.

Kröger appellierte zudem an die anwesenden Parlamentarier, sich für die Finanzierung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz einzusetzen: „Der Regierungsentwurf für 2016 sieht für die Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zi-

vilschutz nur 47,2 Millionen Euro vor – und damit 4,3 Millionen Euro weniger als 2015.“ Der Verbandspräsident forderte angesichts der aktuellen Lage: „Feuerwehren müssen gerade im humanitären Einsatz unterstützt werden!“

„Die Demographie hinterlässt auch in den Feuerwehren ihre Spuren. Hier können Sie noch aktiver werden und offen auf die Zuwanderungsbewegung zugehen“, appellierte Roger Lewentz, Vorsitzender der Innenministerkonferenz, an die Feuerwehr-Führungskräfte. Er forderte dringend weitere Fahrzeuge für den Katastrophenschutz: „Der Bevölkerungsschutz ist ein gesamtstaatlicher Aufgabenbereich, den wir gemeinsam angehen müssen.“

„Die Feuerwehren leisten gelebte Solidarität in unserer humanitären Verantwortung“, lobte der hessische Innenminister Peter Beuth. Angesichts der verstärkten Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren betonte er: „Diese Gesellschaft, dieser Staat dürfen sich das nicht gefallen lassen!“

DFV-Präsident Kröger begrüßte den hessischen Vorstoß, Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr mit dem „Paragraphen 112“ künftig härter zu ahnden: „Es kann nicht angehen, dass Feuerwehrleute und Rettungskräfte genau wie



Präsentation von Fahrzeugen am Berliner Abend.
(Fotos: Rico Thumser /DFV)

Polizeibeamte zunehmend tätlichen Angriffen ausgesetzt sind und die Täter nicht spürbar bestraft werden!“

Wilfried Gräßling, Landesbranddirektor der Berliner Feuerwehr, freute sich als Hausherr über die anhaltend hohe Resonanz der etablierten Gesprächsplattform. Diese nutzte auch CSM Deutschland zur Übergabe eines symbolischen Spendenschecks in Höhe von 450.600 Euro – diese

Summe war den Jugendfeuerwehren vor Ort in den vergangenen fünf Jahren durch die Aktion „Florians Brot“ direkt zugegangen.

Der 10. Berliner Abend wurde mit freundlicher Unterstützung von Mercedes-Benz, T-Mobile und der Berliner Feuerwehr durchgeführt.



DRK-Betreuung von Flüchtlingen in Deutschland

In den vergangenen Monaten haben sich die Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland dramatisch verändert. Das DRK richtet auf der Grundlage des Auftrages von Ländern und Bund immer mehr Notunterkünfte ein. Im Herbst ist wegen der Witterung eine Unterbringung in den Zelten besonders schwierig. Das DRK unternimmt größte Anstrengungen, um auf Zeltcamps für Flüchtlinge so weit wie möglich verzichten zu können.

Das DRK unterstützt Bund, Länder und Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und stellt z.B. Zelte, Feldbetten und Lebensmittel zur Verfügung. Wo behördlich bereitgestellte Unterkünfte und Einrichtungen nicht ausreichen, unterstützt das DRK bei der Einrichtung z.B. von Turnhallen als provisorische Notunterkünfte. In Ausnahmefällen und als kurzfristige Notlösung kommen Zelte als Unterkünfte zum Einsatz.

In fast allen Bundesländern sind Landes- und Kreisverbände des DRK in die Flüchtlings-nothilfe eingebunden. Über 100.000 Flüchtlinge werden derzeit in mehr als 325 Unterkünften durch mehrere Tausend ehrenamtliche Hel-



Blick auf Wohnbereiche in einer Zeltunterbringung.

fer und Hauptamtliche betreut, um die Not der Menschen zu lindern. Zusätzlich unterstützt das DRK die Bundesregierung bei der Bereitstellung tausender weiterer Erstaufnahmeplätze für Flüchtlinge. Im Auftrag des Bundes hat das DRK im September zusätzliche Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtlingen in den Warteraum-Unterkünften in Bayern in Feldkirchen bei Straubing sowie in Erding nordöstlich von München geschaffen. Die zelt-



Mit gemalten Bildern im Kinderzelt drücken die Flüchtlingskinder ihre Gefühle aus.

basierten Unterkünfte in Feldkirchen werden nach und nach durch winterfeste, beheizbare Zelte ergänzt. Auch in Erding finden bald bis zu 5.000 Menschen in einer Warteraum-Unterkunft Schutz.

Mit Unterstützung seiner Schwestergesellschaften mobilisiert das DRK große Mengen an Hilfsgütern wie Feldbetten, Schlafsäcken, Decken und Hygienepaketen. So stellte etwa das Kanadische und das Amerikanische Rote Kreuz 15.000 dringend benötigte Feldbetten zur Verfügung, die von Lufthansa Cargo zum Selbstkostenpreis nach Deutschland transportiert wurden.

Das Bayerische Rote Kreuz, der DRK Landesverband Baden-Württemberg und das Badische Rote Kreuz setzen



Flüchtlinge und Helfer in der Kleiderausgabe.

darüber hinaus sanitätsdienstliches Personal für die Begleitung der Flüchtlings-Sonderzüge ein.

Die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer werden durch ausländische Rotkreuz-Delegierte der Schwesterge-



Barcode-Scan bei der Essensausgabe im Camp. (Fotos: DRK)

sellschaften aus Belgien, Dänemark, Finnland, Kanada, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und der Schweiz unterstützt. Über das Programm „Helfende Hände“ werden die Teams auch durch Bundeswehr-Soldaten ergänzt.

DIE JOHANNITER



Die Flüchtlingshilfe der Johanniter

Interview mit Magnus Memmeler

Die Johanniter engagieren sich in Deutschland an mehr als 100 Standorten in der Flüchtlingshilfe und betreuen dort aktuell mehr als 35.000 Menschen. Im Rahmen ihrer Aufgaben im staatlichen Katastrophenschutz sind die regionalen Untergliederungen der Johanniter-Unfall-Hilfe mit ihren meist ehrenamtlichen Helfern derzeit fast ständig im Einsatz, um Notunterkünfte zu errichten und die Ankommenen sanitätsdienstlich zu versorgen.

Magnus Memmeler begleitet als Referent für die Einsatzdienste der Johanniter im Landesverband Nordrhein-Westfalen die Flüchtlingshilfe.

Herr Memmeler, zurzeit erleben wir allerorten, dass Kräfte des Katastrophenschutzes in die Hilfe für Flüchtlinge eingebunden werden. Wie sieht ein typischer Einsatz aus?

Magnus Memmeler: Aufgrund der unterschiedlichen Infrastruktur vor Ort, den bisweilen extrem knappen Vor-



Magnus Memmeler ist Referent der Johanniter im Landesverband Nordrhein-Westfalen.

laufzeiten und den unterschiedlichen Betreuungsansprüchen kann es den typischen Einsatz in der Flüchtlingshilfe nicht geben. Die Hilfeleistungen, diesen Begriff halten wir

Johanniter für geeigneter, haben gemein, dass alles, was für die Schaffung einer Unterbringung mit Betreuungsstrukturen notwendig ist, sehr schnell bereitgestellt werden muss. Neben den zwingend erforderlichen Schlafstätten, also dem Bettenaufbau, brauchen wir ein individuelles Verpflegungskonzept, medizinische Erstsichtung und die Ertüchtigung von Hygienekomponenten, das heißt Duschen, Bereitstellung von Hygiene-Artikeln und Toiletten. Schon in dieser Phase müssen ebenfalls die erforderlichen Strukturen der erweiterten Betreuung der zum Teil schwer traumatisierten Menschen bedacht werden.

Hierzu zählt, dass auch in ungünstigen Infrastrukturen, wie zum Beispiel in Sporthallen, ein größtmögliches Maß an Privatsphäre geschaffen werden muss und vom ersten Tag an Betreuungsangebote für Kinder und traumatisierte Personen vorhanden sein müssen.

All dies ist in der Anlaufphase einer Notunterkunft und bei der Erstaufnahme nur durch ein starkes Engagement von Ehrenamtlichen möglich, die bereits über alle erforderlichen Qualifikationen verfügen. Hier profitieren wir Johanniter und alle anderen Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutzsystem der Bundesrepublik davon, dass wir unsere Helfer und Helferinnen kontinuierlich schulen und qualifizieren, um im Einsatzfall sofort über hochqualifizierte und motivierte Einsatzkräfte verfügen zu können.

Unterstützen ehrenamtliche Einsatzkräfte dauerhaft die Unterbringung von Flüchtlingen?

Jein. Weil wir uns als Hilfsorganisation dazu verpflichtet haben, die Bevölkerungsschutzkonzepte von Bund, Ländern und Kommunen sicherzustellen, bemühen wir uns natürlich, so schnell wie möglich ehrenamtliches Personal durch hauptamtliche Kräfte zu ersetzen. Dennoch engagieren sich viele unserer ehrenamtlichen Helfer auch dann noch in unseren Unterkünften, wenn diese schon über ausreichend hauptamtliches Personal verfügen.

Unser Ehrenamt will sich, soweit dies beruflich und privat vereinbar ist, für Menschen engagieren, die aus Krieg und Elend geflohen sind. Das freut uns ganz besonders. Trotzdem müssen in der Flüchtlingsbetreuung relativ zeitnah Strukturen geschaffen werden, die die derzeit sehr hohe

Inanspruchnahme von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Bevölkerungsschutz verringern.

Könnte der große Einsatz der Bevölkerungsschutz-Einheiten dazu führen, dass wir für den Katastrophenfall, wie zum Beispiel eine Flut, nicht ausreichend geschützt sind?

Diese Gefahr könnte relevant werden, wenn die Beanspruchung der Bevölkerungsschutzeinheiten weiter zunimmt. Wir Johanniter befinden uns jedoch im permanenten Dialog mit den beteiligten Ministerien, um den notwendigen Grundschutz der Bevölkerung stets aufrechtzuerhalten. Alle Hilfsorganisationen sowie die Städte, die Länder und der Bund sollten sich dieser Verantwortung bewusst sein und das bei der momentanen Beanspruchung der vorhandenen Bevölkerungsschutzstrukturen nicht außer Acht zu lassen.

Deshalb fühlten wir uns auch ausreichend vorbereitet, Unterstützungsangebote aus der Bevölkerung koordiniert und im Sinne der Betroffenen zu lenken. Die seit Wochen anhaltende und großartige Unterstützungsbereitschaft bedarf jedoch einer guten Organisation. In der Startphase jeder Unterkunft kann es deshalb dazu kommen, dass wir nicht unmittelbar auf jedes Unterstützungsangebot reagieren können. Alle unsere Verbände sind gehalten, zunächst alle Angebote von Ärzten zu bearbeiten, die uns bei der erforderlichen medizinischen Betreuung und Versorgung unterstützen wollen. Parallel werden Mitarbeiter der Johanniter, wenn möglich, von ihrer eigentlichen Tätigkeit freigestellt, um alle Unterstützungsangebote beantworten zu können. Die Mitarbeiter koordinieren dann zum Beispiel Sprachförderangebote, mit denen Pädagogen sich bei uns engagieren wollen, Hilfsangebote für unsere Kleiderkammern, Betreuungsangebote für Kinder und Angebote zur Unterstützung bei Behördengängen und Arztbesuchen.



Beschäftigung der Johanniter Helferinnen mit den Kleinsten.
(Fotos: Birte Zellentin)

Problematischer als die Verfügbarkeit der erforderlichen Einheiten des Bevölkerungsschutzes ist in bestimmten Katastrophen-Szenarien sicherlich die kurzfristige Bereitstellung von eventuell geforderten Unterkünften und zum Beispiel Betten, wenn diese lokal bereits zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen gebunden sind. Gleiches gilt im Übrigen für Mittel, die wir Johanniter und andere Organisationen aus eigenen Beständen für diese Zwecke bereitstellen. Auf Ressourcen kann nur einmal zugegriffen werden.

Wie gehen Sie mit nicht-ausgebildeten Ehrenamtlichen aus der Bevölkerung um, die helfen wollen?

Zunächst möchte ich betonen, dass wir jede Form der Unterstützung aus der Bevölkerung begrüßen und jeden einladen, den Kontakt zu uns zu suchen, um uns bei der Flüchtlingshilfe zu unterstützen. Seit geraumer Zeit beschäftigen sich die Johanniter mit der im Einsatz- und Betreuungsfall erforderlichen Koordination von Spontanhelfern.

Welche Unterstützung erwarten Sie von Bund und Kommunen, um die Hilfe für Geflüchtete aufrechterhalten zu können?

Genauso wie Länder und Kommunen sehen wir zuallererst den Bund verpflichtet, uns bei der Bewältigung unserer Betreuungsverantwortung zu unterstützen.

Wichtig erscheint uns hier die temporäre Aussetzung des Vergabeverfahrens für diese Betreuungsleistungen, da die Hilfe für Flüchtlinge aktuell besonders schnell organisiert werden muss und qualifiziertes hauptamtliches Personal nur gewonnen werden kann, wenn wir mindestens für 24

Monate eine berufliche Perspektive bieten können. Die schnellere Bereitstellung und Ertüchtigungen von Liegenschaften des Bundes sind ebenso elementar, da aus unserer Sicht nur so eine humanitäre Unterbringung, unter Verzicht auf Zelte und Turnhallen, umsetzbar sein wird.

Die bereits vorhandenen Willensbekundungen der Politik müssen nun unmittelbar durch die verantwortlichen Behörden umgesetzt werden. Neben der Bereitstellung von Liegenschaften muss die temporäre Verschlankung des Baurechts umgesetzt werden, damit Länder und Kommunen ebenfalls in die Lage versetzt werden, angemessenen Wohnraum und Betreuungsunterkünfte bereitstellen zu können. Die angekündigte Aufstockung von sogenannten BFD-Stellen würde ebenso dazu beitragen, unseren Betreuungsauftrag zu erleichtern. Spontane Bereitschaft könnte dann eventuell in einem zwölfmonatigen zivilgesellschaftlichen Engagement erbracht werden. Und viele soziale Betreuungsangebote, die wir aus Überzeugung erbringen und die über „warm, satt und trocken“ hinausge-

hen, könnten flächendeckend und nachhaltig ermöglicht werden. Für Bund, Länder und Kommunen gilt, dass alle Hilfsorganisationen und Betreuungsverbände nur dann Hilfs- und Integrationsangebote etablieren können, wenn die erforderliche Planungssicherheit geschaffen wird. Dazu zählt auf allen drei Ebenen die Zusage, dass das zunächst immer geforderte ehrenamtliche Engagement in der Akutversorgung in einer verlässlichen, vertraglich gesicherten Beauftragung mündet. Andernfalls entstünde schnell der Eindruck, dass Ehrenamtliche gern als bereitwillige Helfer in allen Lagen genutzt werden, ihre Organisation

aber zu Gunsten privatwirtschaftlicher Interessen unberücksichtigt bleibt. Das Gebot zum wirtschaftlichsten Angebot ist allen Hilfsorganisationen bewusst. Hierzu zählt aus unserer Sicht aber auch, dass Traumabegleitung, Sprachförderung und frühzeitige Integrationskonzepte bereits in Notunterkünften nachhaltig dazu beitragen, gesamtgesellschaftliche Folgekosten zu vermeiden. Die frühzeitige Etablierung von qualifizierten hauptamtlichen Beschäftigungsverhältnissen ist dazu der richtigste und wichtigste Beitrag.

Das Interview führte Verena Götze.



Malteser Einsatzdienste – Beispiel Mainz

„Zusammenhalt und Gemeinschaft sind etwas Besonderes bei den Maltesern“, sagt Thomas Häfner, Mitglied der Ortsleitung und Leiter Einsatzdienste bei den Maltesern in

UHS-Zelt geschlafen. Essen und Duschen waren einen Kilometer Fußmarsch entfernt. Und trotzdem kein einziges Murren aus unserer Einsatzgruppe!“ Am Rosenmontag sind die Mainzer Malteser mit 150 Kräften in ihrem Altstadt-Abschnitt im Einsatz und werden dabei traditionell von auswärtigen Helfern unterstützt. Nach ihrem Umzug konnten die Gastgeber den Helfern aus Ingolstadt, Berlin und Kenn statt der üblichen Schule die nun größere Dienststelle als Unterkunft anbieten – einschließlich gemütlichem Zusammensein. „Wir hatten allerdings nur zwei Duschen, und ich habe mir schon den Stau am Morgen vorgestellt“, erzählt Häfner, „doch dazu kam’s nicht, die Gliederungen haben einfach Duschzeiten ausgemacht, und es hat funktioniert.“



Beim Rosenmontagszug sind die Mainzer Malteser im Großereinsatz. (Foto: Holger Mueller-Gottwald)

Mainz, und belegt das gleich mit zwei Beispielen: „Einsatz in Freiburg beim Papstbesuch 2011. Nach der Hinfahrt hatten wir sieben Stunden Pause im Bereitstellungsraum. Unsere Unfallhilfsstelle konnten wir erst mitten in der Nacht aufbauen. Den Rest der Nacht haben wir in unserem kalten

Bei der Abreise gefragt, ob nächstes Mal die Schule nicht doch wieder besser wäre, kam es unisono: „Nein, lieber wieder hier. Offenbar haben Dienst und Gemeinschaft einen höheren Stellenwert als Bequemlichkeit. Da weiß man dann wieder, warum man Malteser ist.“

warum man Malteser ist.“

Gut 120 Ehrenamtliche sind bei den Mainzern aktiv. Neben den ehrenamtlichen Sozialdiensten und den klassischen

Einsatzdiensten gibt es unter anderem eine von Thomas Häfner verantwortete Rettungshundestaffel mit langer Tradition, Besuchs- und Begleitungsdienst mit Hund, die Malteser Jugend und sogar einen ehrenamtlichen Organtransport. „Etwa alle zwei Jahre veranstalten wir ein Helferwochenende“, berichtet Häfner, der als selbständiger Grafik-Designer und Fotograf arbeitet. „Dort stellen die einzel-



Thomas Häfner im Einsatz.
(Foto: Nina Geske)

nen Dienste den anderen ihre Arbeit vor – und das muss nicht immer ernst ablaufen“. Etwas für die Mitglieder zu tun, ist ihm ein besonderes Anliegen. Einen zweimonatlichen Stammtisch für Jung und Alt hat der 37-Jährige ins Leben gerufen, zu dem Aktive wie auch Ehemalige kommen und dessen 15. Treffen nun ansteht – eine weitere kleine Erfolgsgeschichte.

Vom Schulsanitätsdienst in die Einsatzdienste

Rund 7.000 von den Maltesern ausgebildete Schulsanitäterinnen und -sanitäter sind bundesweit an Schulen im Ein-

satz – eine wertvolle Ressource für die Gliederungen vor Ort, um auch Nachwuchs für die Einsatzdienste zu gewinnen. Wie dies gelingt, dafür entwickeln 15 Ausbilder, Leiter SSD, Ortsbeauftragte und Diözesanreferenten sowie Kathrin Hellwig, die Bundesreferentin für den Malteser Schulsanitätsdienst, in der „AG Brückenschlag“ Ideen und Informationsmaterial. So wie Boris Falkenberg, Stadtbeauftragter in Wetzlar, dessen Gliederung zwölf Schulsanitätsdienste betreut: „Gesicht zeigen und miteinander reden“ ist sein Rezept. „Unser Leiter SSD besucht regelmäßig die Schulen mit einem Rettungswagen und erzählt den Schülern, was sie bei uns erleben können.“ Auch für Florian Hambach, Kreisbeauftragter der Kreisgliederung Rems-Murr, hat der SSD „einen großen Stellenwert in unserer Gliederung.“ Mindestens die Hälfte der aktuell etwa 30 Helferinnen und Helfer in den Einsatzdiensten hat einen schulsanitätsdienstlichen Hintergrund. Dafür tut die Gliederung einiges: Im „Mittwochstreff“ werden weiterführende Themen für interessierte Schulsanitäter behandelt, es gibt Praktika für angehende Helferinnen und Helfer ab 16 Jahren im Sanitätsdienst, und der Leiter SSD vertritt die Interessen seiner Zöglinge im Führungskreis der Gliederung. Die Nachwuchsgewinnung, weiß Florian Hambach aus Erfahrung, „ist kein Selbstläufer – es ist Engagement nötig, um die Schüler für die Malteser zu begeistern.“

Malteser Einsatzdienste 2014

Sanitätsdienst
455 Einheiten
9.612 Helferinnen und Helfer
18.450 Einsätze

Betreuungsdienst
196 Einheiten
2.487 Helferinnen und Helfer
1.180 Einsätze



Kriseninterventionsteam (KIT) des Landkreises Schwäbisch Hall

Für die psychosoziale Unterstützung und Notfallversorgung von Betroffenen und Einsatzkräften in besonders

schweren Not- und Unglücksfällen sowie Katastrophen wurden in Deutschland unter dem Dach verschiedener

Hilfsorganisationen, der Kirchen und anderer Akteure Angebote zur Krisenintervention und Notfallseelsorge entwickelt. Wesentlich für die fallbezogene Integration in die Einsatzabläufe ist deren konsequente Einbindung in die Ablauforganisationen auf den jeweiligen Führungsebenen.

Im Landkreis Schwäbisch Hall hatte 1999 die Notfallseelsorge der beiden großen Kirchen ihre Arbeit aufgenommen. 2006 initiierten die Pfarrer den Aufbau eines Kriseninterventionsteams, in dem alle im Landkreis vertretenen Katastrophenschutzorganisationen integriert sein sollten. 2008 nahm dann die erste Gruppe an einer Ausbildung zur Notfallnachsorge an der DRK-Landesschule Baden-Württemberg in Pfalzgrafenweiler teil. Das KIT des Landkreises besteht derzeit aus 60 Seelsorgerinnen und Seelsorgern der evangelischen und katholischen Kirche sowie 30 ehrenamtlichen Frauen und Männern aus Feuerwehr, THW, DRK, ASB und DLRG.

Die Aufgabe von KIT ist es, Menschen in akuten psychischen Ausnahmesituationen beizustehen. Dabei geht es dem Team nicht um eine therapeutische Intervention, sondern um erste menschliche Hilfe an der Seele, nicht um eine Langzeitbetreuung. Hierzu bildet die Regieeinheit des Landkreises eine landesweit einmalige „Integrierte Task Force“, deren herausragende Stellung Michael Knaus, Erster Landesbeamter im Landkreis, anlässlich des diesjährigen Fachtages der Einheit in Wolpertshausen besonders hervorhob. Es ist eine bundesweite Besonderheit, dass Notfallseelsorge und alle Katastrophenschutzorganisationen im Landkreis Schwäbisch Hall unter dem Logo des Landkreises in einer Einheit zusammenarbeiten.

Die Alarmierung der Einheit erfolgt durch die Integrierte Leitstelle. Die Einsätze selbst werden durch eine Unterleitstelle selbst organisiert und überwacht. So kann gewährleistet werden, dass das KIT an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr einsatzbereit ist. Aus Gründen der Selbstfürsorge sind in der Regel (stets) Notfallseelsorger und ehrenamtliche KIT-Mitglieder gemeinsam an Einsätzen beteiligt. Notfallseelsorger verfügen kraft Amtes über ein Zeugnisverweigerungsrecht. Sie können daher im Fall belastender Äußerungen von Betroffenen das ehrenamtliche Personal hiervon entlasten.

Die Mitglieder der KIT helfen bei:

- Not- und Unglücksfällen aller Art
- Gewalt- und Missbrauchshandlungen
- Kriminellen Handlungen und Tötungsdelikten
- Geiselnahmen und Amoklagen
- Hilfe für Einsatzkräfte der Feuerwehren, Rettungsdienste und Ersthelfer nach psychisch belastenden Einsätzen
- Stressbewältigung in Großschadenslagen und Katastrophen

Beispielhafte Aufgaben betreffen:

- die Betreuung von Angehörigen am Unfallort
- die Betreuung Angehöriger nach erfolgloser Wiederbelebung
- die Überbringung von Todesnachrichten in Zusammenarbeit mit der Polizei



Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bilden sich in regelmäßigen Ausbildungsveranstaltungen, Supervisionen und Fortbildungen weiter.

- die Betreuung der Opfer von Haus- und Wohnungsbränden oder der Eltern bei Kindernotfällen
- die Unterstützung bei Suizidandrohung oder -versuch
- die Unterstützung von Familien nach Suizid

Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bilden sich in regelmäßigen Ausbildungsveranstaltungen, Supervisionen



Gruppenbild des Kriseninterventionsteams des Landkreises Schwäbisch Hall. (Fotos: Landkreis Schwäbisch Hall.)

und Fortbildungen weiter. Dazu gehört der informelle Austausch mit den örtlichen Hilfs- und Rettungskräften, der Polizei und den Notärzten ebenso wie die Teilnahme an Unterrichtseinheiten beispielsweise der Feuerwehr.

Zur Unterstützung des KIT wurde 2009 der Förderverein Krisenintervention und Notfallvorsorge im Landkreis Schwäbisch Hall e.V. gegründet, deren Vorsitz wechselweise von kommunalen und kirchlichen Vertretern und Vertreterinnen übernommen wird.

Die bundesweite Beachtung der integrativen Organisation der Krisenintervention und Notfallvorsorge des Landkreises Schwäbisch-Hall überzeugte die Jury für den Förderpreis „Helfende Hand 2015“ des Bundesministers des Innern. Die

Regieeinheit des Landkreises wurde in der Kategorie „Innovative Konzepte zur Unterstützung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz“ nominiert. Die Preise werden im Dezember in Berlin durch Bundesinnenminister Thomas de Maizière überreicht.

Weitere Informationen unter <http://www.krisenintervention-sha.de>



Klaus-Dieter Kühn

NACHRICHTEN

BBK ist „Partner der Feuerwehr“

Auszeichnung würdigt Vereinbarkeit von Haupt- und Ehrenamt

Gerade am Schreibtisch angekommen, alarmiert der Piepser das Einsatzteam BBK/THW der Freiwilligen Feuerwehr Bonn. Die hauptamtliche Arbeit der Mitarbeiter ist für den Moment Nebensache. Dass Ehrenamt, Beruf und vor allem schnelle Einsatzbereitschaft trotzdem vereinbar sind, beweist die Auszeichnung „Partner der Feuerwehr“, die der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) dem Bundesamt für Bevölkerungs-

satzteam über die Ehrung, fand viele lobende Worte, aber verdeutlichte auch die Bedeutung des Ehrenamtes für andere Arbeitgeber: „Für uns als BBK ist es – und eigentlich müsste es für jede Behörde genauso sein – eine Selbstverständlichkeit, das ehrenamtliche Engagement unserer Mitarbeiter im Bevölkerungsschutz besonders zu unterstützen.“

Partner der Feuerwehr

Die vom DFV vergebene Plakette „Partner der Feuerwehr“ ist ein sichtbares Zeichen der Partnerschaft von Hand-



Die Präsidenten Kröger (DFV, v. m.) und Unger (BBK, l.), dahinter Mitglieder des Einsatzteams BBK/THW. (Foto: BBK)

schutz und Katastrophenhilfe (BBK) nun verliehen hat. Das THW wird seine Auszeichnung im November entgegennehmen. BBK-Präsident Christoph Unger freute sich gemeinsam mit dem Ein-

satzteam über die Ehrung, fand viele lobende Worte, aber verdeutlichte auch die Bedeutung des Ehrenamtes für andere Arbeitgeber: „Für uns als BBK ist es – und eigentlich müsste es für jede Behörde genauso sein – eine Selbstverständlichkeit, das ehrenamtliche Engagement unserer Mitarbeiter im Bevölkerungsschutz besonders zu unterstützen.“

Partner der Feuerwehr
Die vom DFV vergebene Plakette „Partner der Feuerwehr“ ist ein sichtbares Zeichen der Partnerschaft von Handwerk, Handel, Gewerbe, Verwaltung und Industrie mit der Feuerwehr. Damit werden Arbeitgeber ausgezeichnet, die in ihrem Betrieb ehrenamtliche Feuerwehrangehörige beschäftigen und diese bei der Ausübung ihrer Feuerwehropflichten unterstützen. Bei der Übergabe der Plakette an das BBK und sein

Einsatzteam stellte Hans-Peter Kröger, Präsident des DFV, die Bedeutung des Einsatzes im öffentlichen Dienst heraus: „Es ist ein bemerkenswertes Engagement, dass aktive Feuerwehrleute vom

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe während ihrer Arbeitszeit ausdrücken! Gerade die öffentliche Hand hat bei Freistellungen eine besondere Verantwortung. Lobenswert ist auch die tolle Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Bonn, durch die hier ein Fahrzeug stationiert werden konnte.“ Jochen Stein, Leiter der Berufsfeuerwehr Bonn, sorgt gemeinsam mit dem Einsatzteam BBK/THW dafür, dass die Einsatzfähigkeit in Lengsdorf sichergestellt ist.

Qualifizierte Hilfe zu jeder Zeit

Die Freiwilligen Feuerwehren mit mehr als einer Millionen ehrenamtlichen Einsatzkräften haben immer wieder Schwierigkeiten, bei Alarmen tagsüber während der Arbeitszeit auf qualifiziertes ausgebildetes Personal in der gebotenen Eile und in ausreichender Zahl zurückgreifen zu können. Schutz und Hilfe für die Bevölkerung als elementarer Teil der Daseinsvorsorge wären aber ohne Freiwillige Feuerwehren flächendeckend nicht leistbar, selbst in Großstädten mit Berufsfeuerwehren. Mit der Aktion „Partner der Feuerwehr“ möchte der Deutsche Feuerwehrverband auf dieses Thema hinweisen und so die Situation im beruflichen Arbeitsumfeld der Feuerwehren verbessern helfen. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Feuerwehren und den für den Brandschutz verantwortlichen Kommunen zu fördern.

Filmpremiere, Brandhaus, Workshops und Chaos-Rallye für wissbegierige Kinder

Erste Aufführung des Films „Auf den Notfall vorbereitet“ im Odysseum Köln
Am Internationalen Tag der Katastrophenvorbeugung wurden den kleinen und wissbegierigen Besucherinnen und Besuchern des Odysseums in Köln vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) viel Spannendes und Lehrreiches geboten.



Hochinteressiert verfolgten die kleinen und großen Besucherinnen und Besucher des Odysseums in Köln den Film „Stromausfall“.

Die Premiere des Films „Stromausfall“, von und mit Christoph Biemann, bekannt aus der „Sendung mit der Maus“ erklärt den Kindern mit einer unterhaltsamen Geschichte, wie sie sich auf einen Notfall, zum Beispiel auf einen Stromausfall vorbereiten können. Im Film werden allerlei Fragen gestellt, die Christoph auch beantwortet: Was mache ich bei einem Stromausfall und an was muss ich vorher alles denken? Was gehört in meinen „Notrucksack“ und wieviel Wasser und welches Essen benötige ich eigentlich in der Speisekammer? Wichtige und ernsthafte Fragen, auf die die Kinder danach eine Antwort wussten. Ab sofort ist der Film und noch zwei andere Filme zu den Themen Orkan und Blitz und Donner online unter www.max-und-flocke-helferland.de zu finden.

Bundespräsident besucht Behörden des Bevölkerungsschutzes

BBK und THW zeigen zukunftsfähige Konzepte und innovative Technik
Bundespräsident Joachim Gauck besuchte am 31. August 2015 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) in Bonn besuchen. Der Bevölkerungsschutz ist in den letzten Jahrzehnten auf veränderte Herausforderungen getroffen. Er hat sich den neuen Bedingungen angepasst und weiterentwickelt. Mit seinem Besuch in Bonn hat sich der Bundespräsident über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Bevölkerungsschutz informiert. Dabei wurden ihm zentrale Aufgaben und Bereiche der Arbeit von BBK, THW, Hilfsorganisationen und Feuerwehr vorgestellt.

Das Programm beinhaltete: einen Rundgang durch das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ), eine Präsentation auf dem Außengelände - Fahrzeuge und



Kinder und Jugendliche wurden am BBK-Stand über wichtige Verhaltensregeln zu den Themen Brandschutz, Erste Hilfe und Selbsthilfe informiert.

Einsatztechniken, Vorstellung der Aufgaben der Koordinierungsstelle Nachsorge-, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH), des Selbstschutzes und der Selbsthilfe. Zum persönlichen Austausch standen ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürgern und hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung.

60 Jahre Fachinformationsstelle des BBKs

Die Fachinformationsstelle des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wurde im Herbst 2015 60 Jahre alt. Was 1955 mit dem Kauf einiger Bücher begann, ist heute die größte Fachbibliothek auf dem Gebiet des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik. Seit 1955 das erste Buch in das erste Regal gestellt und die erste Karte für den Kartenkatalog getippt wurde, hat sich einiges getan im Bibliothekswesen und in der FIS. Fachliche Expertise und Kundenorientierung des FIS-Teams begründen seit jeher den schnellen und umfassenden Service.

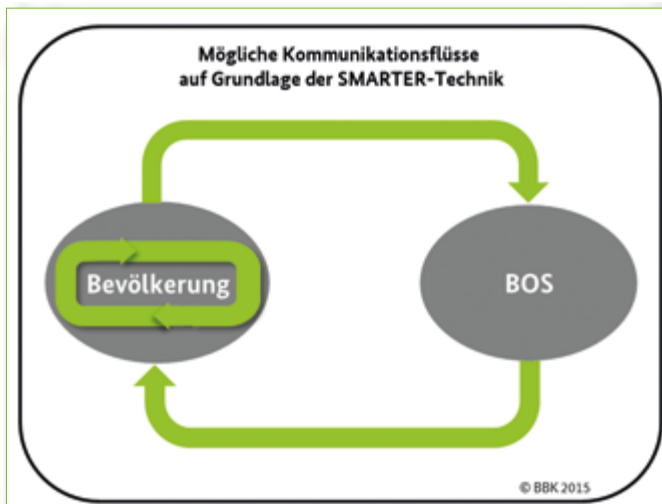


Während früher alles fein säuberlich handschriftlich vermerkt wurde, geht das heute dank moderner IT-Technik sehr viel schneller. Das Medienangebot der FIS ist vielfältig und umfasst neben Büchern und Fachaufsätzen auch Karten, DVDs und elektronische Ressourcen wie E-Paper, Online-Zeitschriften oder Datenbanken. Es gibt sogar ein Buch in Braille-Schrift. Immer die aktuellste und wichtigste Grundlagenliteratur im Bestand zu haben, aber auch neue und innovative technische Verfahren und Recherchertools zu finden, um den Kunden die gewünschten Informationen möglichst komfortabel und effektiv vermitteln zu können, ist unser Anspruch und Ansporn. An der FIS-Homepage wird täglich gearbeitet, um Informationen zu aktualisieren oder neu zu strukturieren. Sie ist ein wichtiges Portal zur Wissensvermittlung im Bevölkerungsschutz.

Forschungsprojekt SMARTER

Smartphone-basierte Notfallkommunikation bei Netzausfall

Katastrophen, die durch extreme Naturereignisse wie Stürme, Überschwemmungen und Dürren verursacht werden, nehmen weltweit zu. Auch in Deutschland häufen sich in den letzten Jahren außergewöhnliche Natur- und Wetterereignisse. Nicht selten kommt es bei derartigen Schadenslagen zu Überlastungen des Telefon- und Mobilfunknetzes oder infolge eines Stromausfalls sogar zu einem vollständigen Zusammenbruch dieser Kommunikationsnetze, und zwar über Stunden, manchmal auch Tage.



Dadurch sind die starken Bedürfnisse nach Information und Kommunikation sowie danach, Anteil zu nehmen und zu helfen, die die meisten Menschen angesichts einer Krise oder Katastrophe haben und die in der heutigen Zeit zunehmend über Soziale Medien gedeckt und vermittelt werden, gar nicht oder nur sehr eingeschränkt erfüllbar. Für die Betroffenen bedeutet diese Situation eine erhebliche psychosoziale Belastung, für das Krisenmanagement, dass wichtige Selbsthilfe- und Hilfepotenziale der Bevölkerung zeitweise nicht wirksam werden können.

In dem durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten und durch den Projektträger VDI Technologiezentrum GmbH begleiteten Forschungsprojekt SMARTER

(**S**martphone-based **C**ommunication **N**etworks for **E**mergency **R**esponse) wird eine Technik entwickelt, die es erlaubt, ein zuverlässiges und ausfallsicheres infrastrukturunabhängiges Ad-hoc-Kommunikationsnetz aufzubauen. Damit sollen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Schadensfällen mit Ausfall des Mobilfunknetzes dennoch sowohl untereinander als auch mit Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) über einige Basisfunktionen kommunizieren können (vgl. Abb.).

Projektpartner sind neben dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die Technische Universität Darmstadt mit ihrem Fachgebiet Sichere Mobile Netze (SEEMOO) und das Hessische Telemedia Technologie Kompetenz Center e.V. (httc) für die Technikentwicklung. Darüber hinaus beteiligt sind neben der Universität Kassel mit ihrer Projektgruppe Verfassungsrechtliche Technikgestaltung (provet) für rechtliche Aspekte verschiedene assoziierte Partner und Endanwender (Deutsche Telekom Technik GmbH, Vodafone GmbH, die Feuerwehren der Städte Darmstadt und Frankfurt, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)) sowie Unterauftragnehmer (Institut für Gefahrenabwehr GmbH (IfG), wer denkt was GmbH). Das BBK übernimmt in diesem Forschungsprojekt die Projektkoordination, ist aber auch aktiv in die Forschungsarbeit eingebunden. Im Schwerpunkt beschäftigt sich das BBK mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen zum Thema Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen, mit der Nutzung von sozialen und mobilen Medien sowie der Planung und Begleitung der Feldübung zur Erprobung der entwickelten Technik, die für das letzte Projektjahr geplant ist. Ziel der Arbeiten ist es,

dass sich die zu entwickelnde Technik an den Nutzern und ihren gewohnten Verhaltensweisen orientiert.

Die Ergebnisse werden im Verlaufe des Projektes (03/2015-02/2018) veröffentlicht und somit allen Anwendern und Interessierten zur Verfügung gestellt.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn Postfach 1867, 53008 Bonn redaktion@bbk.bund.de <http://www.bbk.bund.de>

Redaktion:

Ursula Fuchs (Chefredakteurin), Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein, Tel.: 022899-550-3609
Margit Lehmann, Tel.: 022899-550-3611
Petra Liemersdorf-Strunk, Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:

30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. **Bestellungen und Adressänderungen** bitte an: margit.lehmann@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht. (Titelfoto: picture alliance/Ulrich Baumgarten)

Heute: Würzburger Residenz, Bayern



Am Rande der Innenstadt von Würzburg steht seit dem Jahre 1719 die bedeutendste Schlossanlage des Spätbarocks in Europa. Die Würzburger Residenz einschließlich Residenzplatz und der Nebengebäude wurde im Jahre 1981 von der UNESCO in den Rang eines Weltkulturerbes erhoben. Fürstbischof Johann Philipp Franz von Schönborn erteilte im Jahre 1719 dem noch jungen und unbekanntem Baumeister Balthasar Neumann den Auftrag zum Bau der Residenz. Nach dem Ableben des Fürstbischofs im Jahre 1724 ließ sein Nachfolger nur noch das Karree um den vorderen nördlichen Ehrenhof fertigstellen und unter der Regentschaft des Bruders des Verstorbenen von Schönborn erfolgte in den Jahren 1729 bis 1746 der umfangreiche Weiterbau. Im Jahre 1744 wurde der Rohbau an Silvester vollendet und Friedrich Carl von Schönborn zog in den südlichen Flügel und ließ dort eine Hofkirche einrichten. Nach und nach ließ er die Paraderäume, das Spiegelkabinett, einen ersten Festsaal und den Weißen Saal erbauen. Sein Nachfolger Anselm Franz Graf von Ingelheim entließ Baumeister Neumann und stoppte damit den Ausbau der Anlage bis zum Jahre 1749. Ab dieser Zeit erfolgte der Innenausbau unter der Herrschaft Karl Philipp von Greiffenclau zu Vollrads.

Bildhauer aus Italien, Belgien und Deutschland gestalteten mit Fresken und Stuckaturen das einzigartige stützenfreie

überwölbte Treppenhaus, den Kaisersaal, die Hofkirche, den Gartensaal, das Spiegelkabinett und den Weißen Saal im Rokokostil aus. In den Jahren von 1755 bis 1779 unter dem nachfolgenden Fürstbischof wurde die imposante Residenz fertig ausgestaltet. Mit dem grünlackierten Zimmer im Jahre 1778 schloss eine fast 60 Jahre andauernde Bauzeit endgültig ab. Die prachtvollen Gärten legte man in den Jahren von 1765 bis 1780 an. Von 1779 bis 1814 besaßen die Fürstbischöfe von Würzburg das Schloss. Beim Bombenangriff auf Würzburg im März 1945 wurden fast sämtliche Arbeiten der zwei vergangenen Jahrhunderte ausgelöscht. Nach dem Jahr 1945 erfolgten der Wiederaufbau und die aufwändige Restaurierung bis zum Jahre 1987. Heute ist die Residenz in erster Linie ein Museum mit über 40 wiedergestellten Räumen und ist ganzjährig für Besucher zugänglich. Ergänzend eingerichtet ist ein öffentlicher Gedenkraum über die Zerstörung der Residenz im Zweiten Weltkrieg, der an die Katastrophe erinnert.

Weitere Infos unter: www.residenz-wuerzburg.de

ml



Abgebildet ist die Würzburger Residenz mit der Gartenfront

(Foto: „Würzburger Residenz, Gartenfront“ von Rainer Lippert - Eigenes Werk. Lizenziert unter Gemeinfrei über Wikimedia Commons)

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn
PVSt, Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt, G 2766

